

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 26. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienabende: Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zustellungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Wohin?

Die Frage, was aus der Reichsfinanzreform werden wird, läßt sich heute fast noch schwerer beantworten, als zur Zeit der Veröffentlichung der Syndikatischen Steuerprojekte. Scharf und erbittert prallen die verschiedenen wirtschaftlichen Interessen aufeinander. Die geheimen Verhandlungen des zur Findung eines Ausgleichs eingesetzten Unterausschusses der Finanzkommission haben, wie die gestern wieder aufgenommenen Beratungen dieser Kommission beweisen, zu keinem Resultat geführt. Wohl sind die Zentrums- und die konservative Partei einander näher gerückt, und haben miteinander Fühlung genommen, aber zu einem eigentlichen Kompromiß sind sie nicht gelangt, da der Erfolg, den die Agrarkonservativen mit ihrer an die niedrigsten Profitsinkte appellierenden demagogischen Agitation gegen die Nachlasssteuer erreicht haben, ihr Machtgefühl gewaltig gesteigert hat, so daß sie heute bereits jede Steuer, die die Besitzenden belasten könnte, rundweg ablehnen.

Ihre Plan läuft darauf hinaus, daß zunächst die vom Reichsschatzsekretär geforderten Erhöhungen der Steuern auf Bier, Branntwein und Tabak in der Finanzkommission beraten und erledigt werden, und zwar gedenken sie bei dieser Beratung einzelne Steuerfälle über das vorgeschlagene Maß hinaufzuschrauben, so daß diese hauptsächlich von den unbemittelten Volksklassen zu tragenden Verbrauchssteuern der Reichskasse einen höheren Betrag einbringen, als in den Steuervorlagen veranschlagt ist. Den Verbrauchssteuern soll dann zur Ergänzung noch eine Erhöhung des Stakkezzolles hinzugefügt werden, die jährlich 40-50 Millionen Mark abwirft, und schließlich wollen die Herren Agrarier, wenn das alles noch nicht reichen sollte, um wenigstens vorläufig die Regierung aus der jetzigen Finanzlaminität zu befreien, großmütig eine Sinauffegung der von den einzelnen Bundesstaaten an das Reich zu zahlenden Matrikularbeiträge bewilligen. Auf diese Weise hofft man um die Versteuerung des Besitzes und der großen Einkommen für Reichszwecke herumzukommen. Deshalb lehnt auch die konservative Reichstagsfraktion es strikte ab, den liberalen Blockblöcken, den Nationalliberalen und Freisinnigen, die von diesen geforderte bindende Zusicherung zu geben, daß dann, wenn die Verbrauchssteuern durchgezogen sind, die Konservativen nicht vor der Verwilligung einer Besitzsteuer zurücktreten werden. Und da die konservativen Wortführer plausible Gründe für ihre Weigerung, eine derartige Zusage zu geben, nicht zu geben, nicht zu finden vermögen, so spielen sie, die noch eben bei ihrer Agitation gegen die Nachlasssteuer mit den gemeinsten Mitteln gearbeitet haben, die Feinsühligen und Beleidigten. Die Forderung einer bindenden Zusage sei, so behaupten sie, eine unerhörte Zumutung, eine Bezwelgung ihrer Ehelichkeit, ein Ausfluß von Selbstüberhebung der liberalen Blockparteien usw.

Um ein gewisses Dekorum zu wahren und sich nicht allzu früh in die Karten sehen zu lassen, behaupten zwar auch hin und wieder konservative Blätter, ihre Partei wolle eigentlich selbst eine Besitzsteuer. Aber diese Versicherung hat genau denselben Wert wie die gelegentliche Behauptung agrarischer Blätter, die Konservativen dächten gar nicht daran, an dem bestehenden Reichstagswahlrecht zu rühren. Ueberdies wird diese Versicherung durch die eigene Argumentation dieser Blätter widerlegt. So bezeichnet zum Beispiel die „Kreuzzeitung“ in ihrem gestrigen Morgenblatt nicht bloß eine Reichsbesitz- oder Reichsvermögenssteuer als unannehmbar, sondern sie erklärt auch dazu, daß eine Verständigung nur möglich sei „auf dem Wege einer Erhöhung der Matrikularbeiträge, ohne wesentliche, in die Finanzhoheit und Selbstständigkeit der Einzelstaaten eingreifende Vorschläge“. Sie fordert also, daß die höheren Matrikularbeiträge auch auf einem anderen Wege als dem der Besitzsteuer aufgebracht werden dürfen. Und an anderer Stelle heißt es noch deutlicher:

„Was welcher Richtung ist nun allein eine Verständigung möglich? Allein auf dem Wege einer Erhöhung der Matrikularbeiträge, ohne wesentliche in die Finanzhoheit und Selbstständigkeit der Einzelstaaten eingreifende Vorschläge. Hiermit können die Einzelstaaten sich einverstanden erklären. Sachien hat dies im Prinzip schon getan, wenn ihm keine Vorschriften für die Aufbringung der Matrikularbeiträge gemacht würden. Ebenso kann wohl angenommen werden, daß Bayern dazu bereit ist. Eine direkte Reichsbesitzsteuer, Reichsvermögenssteuer, ist dagegen für die Einzelstaaten unannehmbar und wird nie die Zustimmung des Bundesrats finden; es ist zwecklos, zeitraubend und erschwert die Verständigung, auf einer solchen Forderung zu bestehen.“

Ganz im Sinne dieser Ausführungen hat denn auch gestern in den Beratungen der Finanzkommission (den Bericht darüber bringen wir an anderer Stelle dieser Nummer) der Vertreter der Konservativen erklärt, eine Vermögenssteuer nach dem nationalliberalen Vorschlag sei für seine Partei unannehmbar, weil damit den Staaten, wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich die Möglichkeit genommen werde, für ihre eigenen Zwecke künftighin noch eine Vermögenssteuer zu erheben.

Diese Situation haben die Zentrumsstaktiker bemerkt, um sich den Konservativen zu nähern und sich zugleich nach oben

in „empfehlende Erinnerung“ zu bringen. Sie haben in der Subkommission einen Antrag gestellt, nach dem an die Stelle der bisherigen Matrikularbeiträge eine von den Einzelstaaten zu erhebende sogenannte „Besitzsteuer“ treten soll, doch ist diese Besitzsteuer etwas amphibischer Natur. Die Steuer soll nämlich alljährlich durch das Reichshaushaltsgesetz bestimmt werden und nicht über 150 Millionen Mark betragen; aber darüber, wie diese Besitzsteuer von den Einzelstaaten erhoben werden soll, ist nichts bestimmt. Es heißt nur kurzweg in dem Zentrumsantrag, daß „der von den einzelnen Bundesstaaten zu entrichtende Betrag auf Grund des in diesen vorhandenen, nach einheitlichen Grundsätzen zu ermittelnden gesamten Einkommens und reinen Vermögensbestandes festzustellen“ ist, und daß ferner „so lange die Grundlagen für diese Feststellung nicht in allen Bundesstaaten vorhanden sind, ist die Abgabe nach Maßgabe der Bevölkerung zu entrichten“.

Der Antrag des sich als Vertreter der Armen und Unbemittelten ausspielenden Zentrums hebt also keineswegs die Matrikularbeiträge auf, sondern decoriert sie nur mit einigen bedeutungslosen sozialpolitischen Phrasenklittern; denn er fordert keineswegs, daß die sogenannte Besitzsteuer lediglich von Vermögen bestimmter Größe erhoben werden, sondern nur, daß sie dem gesamten Einkommens- und Vermögensstande der einzelnen Bundesstaaten entsprechen soll. Zudem aber soll auch diese Abmessung der Besitzsteuer oder richtiger der Matrikularbeiträge erst dann eintreten, wenn in allen Bundesstaaten eine gleichartige Feststellung der Vermögensverhältnisse erfolgt ist. So lange dies nicht geschehen ist, sollen einfach die Matrikularbeiträge, wie bisher, nach der Bevölkerungszahl berechnet werden. Der Antrag des Zentrums, der Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ besteht also im wesentlichen, wie auch der konservative Vorschlag, aus nichts anderem als einer bloßen Erhöhung der Matrikularbeiträge.

Sogar die Reichspartei geht, wenn auch in recht bescheidenem Maße, über die Forderungen der Zentrumsstaktiker hinaus. Sie verlangt wenigstens, daß Vermögen unter 20000 M. und Einkommen unter 900 M. nicht zu der geplanten neuen „Besitzsteuer“ herangezogen werden dürfen.

Da die Anschauungen der Konservativen, Zentrums-partei und Reichspartei, im Grunde genommen, nur in einigen nebensächlichen Dingen differieren, kann als wahrscheinlich angenommen werden, daß diese Parteien sich nach einigem weiteren Schachern und Parlamentieren auf einer sogenannten mittleren Linie einigen werden.

Was aber dann? Die Freisinnigen und Nationalliberalen können, wenn sie nicht den letzten Glauben im Volk verlieren und sich selbst als Wortbrüchige hinstellen wollen, einem solchen konservativ-liberalen Kompromiß nicht zustimmen. Zudem kommt es auch heute kaum noch auf diese Zustimmung an; denn selbst, wenn ein derartiges Kompromiß zustande kommen und eine Mehrheit finden sollte, bleibt es für die Reichsregierung unannehmbar, denn so willig diese auch, mit Einschluß des großsprecherischen Herrn Sydow, ist, sich dem Nachgebot der Agrarier evangelischer und katholischer Konfession zu fügen, so vermag sie doch nicht dem Widerspruch der Regierungen der meisten Einzelstaaten entgegenzuhandeln, die von einer Erhöhung der Matrikularbeiträge auf 150 Millionen Mark nichts wissen wollen, da sie sich größtenteils selbst in argen Finanznöten befinden.

In der bayerischen Gefandtschaft haben die aus Süddeutschland und Thüringen herbeigeeilten Finanzminister der Bundesstaaten vorgestern stundenlang mit dem Staatssekretär Sydow und dem preussischen Finanzminister von Rheinbaben konferiert; aber so sehr auch die beiden letztgenannten geneigt waren, den konservativen Ansprüchen Zugeständnisse zu machen, die süddeutschen Finanzminister entgegneten, sich auf die agrarischen Vorschläge nicht einlassen zu können.

So sieht sich Wulow und sein gefügiger Bureauchef, der Reichsschatzsekretär, in einer verzwickten Lage. Ohne die Zustimmung der süddeutschen Regierungen kann der Kanzler sich dem Gebot der Agrarkonservativen nicht fügen; andererseits aber hat er auch nicht die Kraft, den Kampf gegen sie aufzunehmen; denn politisch bankrott, vom Kaiser mit Kälte behandelt und nur noch aus einer gewissen Rücksichtnahme auf die geschäftige Jama geduldet, kann er die Unterstützung der Junker und der Junkerbureaucratie zur Behauptung seines Postens nicht entbehren. Ein erneuter, ernstlicher Konflikt mit dem Junkertum wäre sein Sturz. Was aber soll er unter diesen Umständen machen? Eine fatale Situation! Vielleicht stehen wir vor Ueberraschungen. —

Die Balkankrise.

Zu den letzten 24 Stunden ist keine wesentliche Aenderung in der gespannten Lage eingetreten. Die Entscheidung, ob Rußland sich einer gemeinsamen Aktion der Mächte in Belgrad anschließt, ist noch immer nicht gefallen. Die französische Presse gibt sich alle Mühe, der russischen Regierung klar zu machen, daß sie sich von der Aktion nicht fernhalten dürfe, und betont mit Nachdruck, daß das

Einbernehmen Deutschlands mit den Westmächten eine Garantie des Friedens sei. So schreibt der „Petit Parisien“, der als Sprachrohr des französischen Auswärtigen Amtes gilt: „In dieser Krisis ist mit Genugtuung festzustellen, daß Frankreich und England den Kontakt mit Deutschland aufrecht erhalten haben. Wie wäre es denkbar, daß ein blödsinniger Krieg auf die Vermählungen der Mächte antwortet, die so loyal bemüht sind, die orientalischen Konflikte zu verhindern?“

Und fast darf man hoffen, daß die friedensfreundliche Haltung Frankreichs auf die russische Politik nicht ohne Einfluß geblieben ist. Wie aus Petersburg telegraphiert wird, hat die gestern durchweg kriegerische Stimmung der russischen Presse heute einer weniger bedrohlichen Platz gemacht. Die „Kowoje Wremja“, welche gestern eine aufgeregte, kriegerische Sprache geführt hatte, schreibt heute unter der Ueberschrift: „Man stürzt uns in den Abgrund“: „Unsere Radikalen (!) treiben das unglückliche Rußland, das am wenigsten von allen seinen Nachbarn kriegsbereit ist, in den Krieg. Unsere Revolutionäre erinnern sich daran, was ein unglücklicher Feldzug für einen Aufbruch wert ist. Die eifrigsten Bemühungen der inneren und äußeren Feinde Rußlands gehen dahin, unser Staatswesen endgültig zu erniedrigen. Noch niemals war unser Vaterland so schwach zur Welt, und gerade jetzt hebt man uns in einen Krieg. Das russische Volk erwartet von der Staatsgewalt, daß sie keinen selbstmörderischen Schritt tut. Vor uns dehnt sich der Abgrund, warum sollen wir fremder Interessen wegen hineinfallen?“

Es ist wirklich eine starke Unverschämtheit, daß gerade das Blatt, welches von Anfang an die insamste Kriegsbegehr getrieben hat, jetzt plötzlich seine Schuld den Revolutionären in die Schuhe schieben will. Aber deshalb bleibt diese Wendung doch bezeichnend und darf vielleicht als Zeichen eines Rückganges auch der offiziellen russischen Politik gedeutet werden. Wenn die Panlawijew, deren Wortführerin das berüchtigte Heßblatt ist, einlenken wird, die russische Regierung ihre Provokationsrolle rasch aufgeben. Uebrigens erklärt ja die „Kowoje Wremja“ selbst ganz zutreffend die russische Friedensbegehr aus der völligen Desorganisation der staatlichen Machtmittel und der Angst vor dem Wiedererwachen der Revolution.

In London, wo sich überhaupt eine ruhiger Beurteilung der Lage geltend macht, tritt man ebenso wie in Rom gleichfalls für den Interventionsplan Deutschlands und Frankreichs ein.

In Serbien allerdings beharrt man bei der aggressiven Haltung. Der Ministerpräsident Rowakowitsch wiederholte gestern in einer Unterredung die alte Forderung nach „territorialen Kompensationen“, die eine direkte Verbindung Serbiens mit dem Adriatischen Meere ermöglichen sollen, und die in der S t u p s c h i n a - s i t u a t i o n verlesene Regierungserklärung kündigt die Abfindung jenes Memorandums an, das die serbischen Forderungen enthält und dessen Inhalt schon früher selbst die russische Regierung dazu bezwungen hat, die Abfindung zu widerrufen. Es ist dies aggressive Verhalten der serbischen Regierung, das die Lage so unsicher macht und jeden Tag des Aufschubes einer energischen diplomatischen Intervention zu einer Gefahr für den Frieden gestaltet.

Die Stupschinafrage.

Belgrad, 25. Februar. Stupschina. Lange vor der Eröffnung der Sitzung sind sämtliche Galerien vom Publikum überfüllt. Infolge des ungewöhnlichen Andrangs gestattete der Präsident der Stupschina jenen Besuchern, welche auf den Galerien keinen Platz finden konnten, im Sitzungssaale Aufstellung zu nehmen. Präsident Jwanowitsch eröffnete die Sitzung nach 11 Uhr vormittags. Als die Regierung unter Führung des Ministerpräsidenten Rowakowitsch erschien, wurde sie mit lebhaften Juvio-Rufen begrüßt. Sodann verlas Ministerpräsident Rowakowitsch folgende Erklärung der Regierung: Wir ist die Ehre zuteil geworden, mit einer ungewöhnlicherweise aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzten Regierung zu arbeiten. Trotzdem ist unser Erscheinen nur eine normale Sache. Es bedeutet, daß der gegenwärtige Augenblick gebietet die Eintracht im Innern des Landes und den Schutz der serbischen Interessen nach außen hin erheischt. (Stürmische Juvio-Rufe und Händeklatschen.) Von gewissen Seiten wird versucht, das natürliche Recht Serbiens auf seinen Fortbestand, welches durch internationale Verträge bekräftigt ist, anzufechten. Die nationale Stupschina hat das auswärtige politische Programm Serbiens aus dem Herzen des serbischen Volkes genommen. Die Forderungen, welche dieses Programm sowohl für Serbien als Montenegro enthält, sowie die Gründe des Rechts und die Interessen, auf welches dieses Programm basiert, wird Europa in kurzer Zeit zu würdigen haben.

Der Ministerpräsident fuhr fort: Die Regierung erscheint vor der nationalen Volksvertretung als ein Zeugnis dafür, mit welcher Einmütigkeit das serbische Volk seine nationale Frage Europa unterbreitet. Die Wurzeln dieser nationalen Frage können im Herzen des serbischen Volkes nicht vernichtet werden, solange selbst nur ein einziger Serbe auf dieser Welt lebt. (Geheißte Rufe: Es lebe die Nation! Hoch das serbische Piemont!) Indem die königliche Regierung alle ihre Sorgen den auswärtigen Fragen widmen wird, vertraut sie darauf, daß sie sich hierbei auf die allgemeine Eintracht und Befonnenheit stützen kann. Fest entschlossen, die Verfassung und die Geseze zu schützen, appelliert die königliche Regierung an alle Serben, durch Erfüllung ihrer Bürgerpflicht die Regierung in der Ausübung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Damit auf diese Weise die einzig sichere Grundlage für eine bessere Zukunft Serbiens geschaffen wird. Wir sind überzeugt, daß Sie, meine Herren Volks-

vertreten, und unterstützen werden. Erfüllen wir uns mit der Empfindung und dem Bewußtsein höherer Pflicht gegenüber den heiligen Ueberlieferungen unseres Volkes, gegenüber dem Erbe unserer heldenmütigen Ahnen und gegenüber dem Bestande und den vitalen Interessen unseres Vaterlandes!" (Stürmischer Beifall; stürmische Hilarität auf den König, auf die Regierung, auf das serbische Volk und auf Bosnien und die Herzegovina.)

Präsident Ivanovič erklärte, er glaube als Dolmetsch der gesamten Slawophobie zu sprechen, wenn er den Antrag stelle, die Erklärung der Regierung in sämtlichen Gemeinden des Landes durch Anschlag bekannt zu geben, damit sich alle Wähler überzeugen könnten, von welcher patriotischen Empfindung die ganze Slawophobie erfüllt sei und wie sie für die Interessen des Landes Sorge trage. Der Antrag wurde unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen. Das Haus ging sodann zur Tagesordnung über.

Vor Abschluß des Kuhhandels.

Die Finanzkommission des Reichstages nahm am Donnerstag die durch die Verhandlungen der Subkommission unterbrochenen Beratungen wieder auf. An erster Stelle stand der von Dr. Weber erstattete Bericht der Subkommission. Das Resultat ist gleich Null. Eine Einigung ist nach keiner Richtung hin zustande gekommen. Vom Referenten sowohl wie später von den Rednern des Zentrums und der Konservativen wurde übrigens die Wichtigkeit des Berichts der „Germania“ über das schwarz-blaue Kompromiß bestritten.

Es liegen drei Anträge vor:

1. v. Camp und Fürst Haysfeldt:
§ 1. Die Bundesstaaten haben nach Maßgabe dieses Gesetzes um das Reich eine Abgabe zu entrichten, die von dem Besitz erhoben wird (Besitzsteuer).
- § 2. Der Gesamtbetrag der zu entrichtenden Abgabe wird alljährlich durch den Reichshaushaltsetat bestimmt; er darf die Summe von 150 Millionen Mark nicht überschreiten.
Für eine Änderung dieser Bestimmung gilt die Vorschrift des Artikels 73 Abs. 1 der Reichsverfassung.
- § 3. Die Bundesstaaten haben den gemäß § 2 Abs. 2 bestimmten Betrag nach Verhältnis des Gesamtwertes des für ihr Gebiet ermittelten steuerbaren Vermögens aufzubringen und vierteljährlich an die Reichskasse abzuführen.
- § 4. Zum steuerbaren Vermögen gehört das bewegliche und unbewegliche Vermögen, sofern es in einzelnen nach Abzug der Schulden der Betrag von 20000 M. übersteigt. Möbel, Hausrat und andere bewegliche körperliche Sachen, sofern sie nicht als Zubehör eines Grundstückes oder als Bestandteil eines Anlage- oder Verkehrskapitals anzusehen sind, gelten nicht als steuerbares Vermögen. Grundstücke, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, einschließlich der dazu gehörenden, denselben Zwecken dienenden Gebäude und des Zubehörs, sind nach ihrem Ertragswert zur Besteuerung heranzuziehen. Als Ertragswert gilt das fünfjähriqzwanzigjährige Durchschnittsmaß, den die Grundstücke als solche nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung bei gemeinschaftlicher Bewirtschaftung im Durchschnitt nachhaltig gewähren können.
- § 5. Die näheren Bestimmungen über die Verteilung der Besitzsteuer auf die Bundesstaaten sowie die Grundzüge für ihre Veranlagung und ihre Erhebung von den Steuerpflichtigen werden für die Zeit vom 1. April 1912 ab durch Reichsgesetz festgesetzt.
Der Entwurf ist dem Reichstage bis zum 1. Januar 1911 vorzuliegen.
- § 6. Kommt bis zum 1. Juli 1911 das im § 5 Abs. 1 bezeichnete Gesetz nicht zustande, so gelten vom 1. April 1912 ab für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer die Vorschriften des preussischen Ergänzungsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906 (Preuß. Gesetzsammlung S. 294 ff.) mit der Maßgabe, daß

- a) soweit darin auf das preussische Staatsgebiet und die preussische Staatsangehörigkeit Bezug genommen ist, das Staatsgebiet oder die Staatsangehörigkeit des betreffenden Staates an die Stelle tritt,
- b) Vermögen im reinen Werte von nicht mehr als 20000 Mark steuerfrei bleiben,
- c) der Wert von Grundstücken, die dauernd land- und forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, gemäß der Vorschrift im § 4 festgesetzt wird,
- d) die Höhe des zur Aufbringung des festgesetzten Betrags erforderlichen Steuerjahres durch den Bundesrat festgesetzt wird, und
- e) für das Verfahren landesgesetzlich abweichende Vorschriften erlassen werden können.
- § 7. Die Bundesstaaten sind befugt, von der Erhebung der Besitzsteuer auf der Grundlage der §§ 5 und 6 abzusehen.
In diesem Falle haben sie den auf ihr Gebiet entfallenden Betrag, soweit er 40 Prozent auf den Kopf der Bevölkerung übersteigt, durch andere den Besitz belastende Abgaben aufzubringen. Als solche werden Steuern angesehen, die vom Einkommen, vom Vermögen oder von den Erbschaften erhoben werden.
Bei Besteuerung des Einkommens sind in diesem Falle Einkommen bis zu 900 Mark freizulassen. Die Besteuerung des Vermögens darf sich nur auf Vermögen erstrecken, die nach Abzug der Schulden der Betrag von 20000 Mark übersteigen. Die Besteuerung der Erbschaften darf nur nach Maßgabe der §§ 58, 59 des Erbschaftsteuergesetzes vom 8. Juni 1906 erfolgen.
- § 8. Bis zum 1. April 1912 wird der an die Reichskasse abzuführende Betrag alljährlich auf die Bundesstaaten nach der Bevölkerungszahl verteilt. Die Aufbringung soll nach den Vorschriften des § 7 Abs. 2, 3 erfolgen.
- § 9. Für die Dauer der Geltung dieses Gesetzes bleiben die in Artikel 70 der Reichsverfassung vorgesehenen Beiträge der Bundesstaaten außer Geltung.
- § 10. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1909 in Kraft.

2. von Herold und Müller-Zulda: § 1 des Finanzreformgesetzes von 1907 zu fassen:
„An Stelle der nach Art. 70 der Reichsverfassung aufzubringenden Matrilinearbeiträge ist von den Bundesstaaten eine durch Veranlagung des Einkommens und Vermögens aufzubringende Abgabe (Besitzsteuer) zu entrichten; für die Dauer ihrer Entrichtung werden Matrilinearbeiträge nicht erhoben.“

Der zu erhebende Betrag wird alljährlich durch das Reichshaushaltsetatsgesetz bestimmt, derselbe darf für die Rechnungsjahre 1909 bis 1913 die Summe von 150 000 000 M. jährlich nicht überschreiten.

Die Abgabe ist in vierteljährlichen Raten nach näherer Anweisung des Bundesrats an die Reichskasse abzuführen.

Der von den einzelnen Bundesstaaten zu entrichtende Betrag ist auf Grund des in diesen vorhandenen, nach einheitlichen Grundzügen zu ermittelnden gesamten Einkommens und reinen Vermögensbestandes festzusetzen.

Solange die Grundlagen für diese Festsetzung nicht in allen Bundesstaaten vorhanden sind, ist die Abgabe nach Maßgabe der Bevölkerung zu entrichten; hierbei bleibt für Sachsen-Weimaringen, Baden, Lippe und Schaumburg-Lippe ein Drittel der Bevölkerung außer Betracht.“

3. von Dr. Weber und Genossen: „Die Kommission wolle einen Gesetzentwurf ausarbeiten, in welchem eine direkte Reichsteuer etwa nach folgenden Grundzügen vorgesehen wird:

- I. Es wird im Deutschen Reich eine allgemeine Steuer von dem Vermögen der Einwohner, juristischen Personen und Gesellschaften im Einzelwerte von mehr als 20000 M. erhoben.
- II. Die Steuer wird veranlagt nach reichsgesetzlich vorzuschreibenden Grundzügen.

Veranlagung erfolgt in dreijährigen Abständen durch die Behörden der Einzelstaaten, ebenso die jährliche Erhebung; eine Entschädigung an die Bundesstaaten wird nicht vorgesehen.

- a) Der Erhebungsjahr ist ein einheitlicher.
- b) Der Besteuerung unterliegt das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen, unter Abzug der für abzugsfähig zu erklärenden Schulden (Kapitalschulden jeder Art, gesetzliche Renten).
- c) Für Immobilien Land- und forstwirtschaftlicher Art wird der Zwofache Ertragswert zu Grunde gelegt.
- d) Im übrigen wird beim Vermögen der gemeine Wert veranlagt.
- e) Voraussetzung ist bei jedem Zensiten, daß er ein Mindesteinkommen von 1200 M. p. a. hat.
- f) Dies Gesetz hat liberale Vorschriften zu enthalten, welche verhindern, daß unbillige Differenzen vorkommen (weite Stufen).
- g) Deklaration ist zugelassen.
- h) Möbel usw. gehören nicht zum Vermögen, ebenso wenig bewegliches Inventar (Sachen) in Landwirtschaft und Gewerbe.

III. Die zu erhebende Höchstquote — vielleicht 1 vom Tausend — wird durch die Verfassung (Änderung des Art. 70) festgelegt.

IV. Die jährlich zu erhebende Quote wird bis zu der sub III vorgezeichneten Höchstgrenze alljährlich durch den Reichshaushaltsetat bestimmt.

V. Der Bundesrat legt hiernach den Prozentsatz fest, der für das betreffende Jahr von dem Vermögen der Steuerpflichtigen erhoben werden soll.

VI. Dies Gesetz tritt spätestens am 1. April 1912 in Kraft. Bis dahin erfolgt die Erhebung nach Maßgabe der Bevölkerung; ein Höchstbetrag kann für die Uebergangszeit festgesetzt werden (150 Millionen Mark).

VII. Kontrolle über richtige Handhabung in den Einzelstaaten durch die Reichskommission für Völk- und Steuern.“

Von den Freisinnigen Dr. Biemer und Mommsen wird im Namen der gesamten Fraktionsgemeinschaft die Erklärung abgegeben, daß die Anträge 1 und 2 für sie unannehmbar seien; am gangbarsten erscheine ihnen, wenn die Nachlag- und Erbschaftsteuervorlagen der Regierung endgültig abgelehnt werden sollten, der durch den nationalliberalen Antrag (3) eingeschlagene Weg einer Reichsvermögenssteuer. Vorläufig würden sie aber an der Nachlasssteuer festhalten, da die dafür ins Feld geführten Gründe durch die Zirkus-Busch-Versammlung nicht erschüttert seien.

Camp verhöhnt die Freisinnigen, die mit leeren Händen erschienen seien und anscheinend jetzt, trotz der Subkommission noch nicht recht wüßten, was sie eigentlich wollten. Herold erklärte — wie nach ihm auch Müller-Zulda — daß von der Nachlasssteuer gar nicht mehr geredet zu werden brauche, ebensowenig wie von der Veränderung des Erbschaftsteuergesetzes im Sinne der Regierungsvorlagen, da diese

so gut wie abgetan

seien. Er wendet sich gegen die Anträge 1 und 3, weil sie in die Kompetenzen der Einzelstaaten eingreifen, was durch den Zentrumsantrag vermieden werde.

Vom Genossen Emmel wurde konstatiert, daß die Subkommission ebenso Haslo gemacht habe, wie die Finanzkommission bisher. Daß nichts zustandekomme, was irgend geeignet sei den Besitz zu belasten, liege an der agrarischen Unverschämtheit, wie sie aus der Zirkus-Busch-Versammlung und in der „Kreuzzeitung“ von heute ihren bezeichnendsten Ausdruck gefunden habe. Da wird einfach von den Agrariern dekretiert: Wir wollen keine direkte Steuer, die den Besitz trifft! und hier wird danach verfahren. Die Agrarier haben im Zentrum eine Hilfstruppe gefunden, die mit ihnen die gleiche Bahn wandelt. Zentrum und Konservative haben hier und in der Subkommission alles zu Fall gebracht, was geeignet war, den Besitz zu treffen. Die an den Tag gelegte Feindschaft gegen die Nachlag- und Ausdehnung der Erbschaftsteuer ist der Angst entsprungen vor der richtigen Einschätzung des Einkommens und Vermögens und die dadurch heraufbeschworene Gefahr der Entdeckung von Staatsbetrug durch Steuerhinterziehung. Die Anträge (1) Camp sowohl wie (2) Herold laufen nur darauf hinaus,

die Hauptlast auf die große Masse abzuwälzen und die Besitzenden zu schonen.

Die kleinen Leute mit Einkommen von über 900 M., wovon eine menschliche Existenz zu führen nicht möglich ist, denen durch den Polltarif und die ohnehin schon hohen Verbrauchssteuern das Leben schwer genug gemacht wird, sollen mit herangezogen werden können, und dazu hilft das Zentrum mit. Das ist der Sinn des Zentrumsantrages. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Reich durch direkte Steuern seinen Ausgabebedarf aufbringt, die von den Einzelstaaten einzuziehen sind. Dadurch würde auch eine erzieherische Wirkung auf die Regierungen der Einzelstaaten ausgeübt und nicht immer alle Forderungen für das Reich ohne weiteres bewilligt werden. Dementprechend treten wir für eine

direkte progressive Reichseinkommen- und Vermögenssteuer und Ausdehnung der Erbschaftsteuer

ein. Die vorliegenden Entwürfe genügen uns nicht, wir stimmen aber dafür, weil sie sich nach der angebotenen Richtung hin bewegen. Würden alle Ausgaben für das Reich durch direkte Steuern aufgebracht werden, so würden die hier tätigen Vertreter des Reiches vorzüglicher in ihren Bewilligungen sein, weil sie dann auch in ihrer Tasche greifen müßten.

Dem Dr. Weber hat die Tonart Emmels nicht gefallen, aber auch nicht die in der Wirtschaftlichen Vereinigung gegen Professor Wagner angelegene. Er ist der Ansicht, daß er und seine Freunde mit ihrem Antrage das Richtige getroffen, und wundert sich, daß sich die Regierungsvorläufer noch nicht in zustimmendem Sinne geäußert haben! Darauf erklärt der Reichschatzsekretär, daß er erst die Vorschläge der Subkommission abwarten möchte. Darüber habe sich der Bundesrat noch nicht schlüssig machen können und deshalb habe dieser auch die Nachlasssteuer noch nicht aufgegeben! Seine persönliche Meinung gehe dahin, daß die Anträge 1 und 2 viel schwieriger und bedenklicher seien als die Nachlasssteuer.

In gleicher Weise äußert sich Herr v. Rheinbaben über den Antrag und dessen Ausführung er für unmöglich hält. Graf Haysfeldt erklärt sich namens seiner Freunde bereit, den Zentrumsantrag mit dem ihren in Einklang zu bringen, womit Müller-Zulda einverstanden ist. Sie gegen Emmel wendend, erklärt Müller, daß das Zentrum nicht Hilfstruppe der Agrarier sei; es gehe seine eigenen Wege; wer sich ihm anschließen wolle, dem bleibe das unbenommen. Er bestreitet auch, daß der Effekt ihres Antrages darauf hinauskomme, die breiten Massen zu treffen. Herr v. Nitzthosen wendet sich scharf gegen den Antrag und will auf dem Umwege der Erhöhung der Matrilinearbeiträge die aufzubringenden 150 Millionen herausbringen (wenn sich überhaupt nach Feststellung der indirekten Steuern noch ein so großer

Betrag als nötig erweisen sollte), unter keinen Umständen aber auf dem Wege der Nachlasssteuer.

Nach einer kurzen Erklärung Raabs, daß die Wirtschaftliche Vereinigung zunächst für den Antrag 3 stimmen würde, und wenn dieser abgelehnt werde, für Antrag 1, wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Wie wir in letzter Stunde erfahren, ist die Freitagssitzung plötzlich abgesetzt worden! Die Anshändler brauchen Zeit...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Februar 1909.

Preussische Schmach im Reichstag.

Aus dem Reichstag. (25. Februar.) Der Antrag der Polen, der sich gegen das verächtliche preussische Enteignungsgesetz richtet, wurde heute nach achtstündiger Pause weiterberaten. Eine Reihe von Rednern aus dem Lager der Palastisten versuchte sich an der unmöglichen Aufgabe, die Vereinbarkeit dieses Gesetzes mit der preussischen Verfassung und den elementaren Anforderungen des Rechts zu beweisen. Die neue Leuchte der Konservativen, Graf Westarp, proklamierte mit der Unverkennbarkeit des offenkundigen Junkers, daß es den Reichstag nichts angehe, wenn Preußen Ausnahmegesetze gegen die Polen erläßt. Das hochgesteigerte Selbstgefühl des Feudalen entlud sich schließlich gegen die Freisinnigen in einer grotesken Unverschämtheit, die für die Stellung des Freisinn im Volk immerhin sehr bezeichnend ist.

Der „Wissenschaftler“ der Antisemiten, Herr Böhm, produzierte blühenden Unsinn über Rassenunterschiede, die die Verhandlung der Polen rechtfertigen sollen und versuchte sodann nach der Methode des Reichsverbandes der Sozialdemokratie anzuhängen, daß sie im Grunde genommen solche Ausnahmepraktiken gar nicht verwerfe. Genosse Sue ließ dem Herrn auf diesen Schwindel die gebührende Antwort zuteil werden, während Genosse Ledebour unter andauernder Zustimmung der Heiterkeit des Hauses die „Wissenschaft“ des Herrn Böhm auseinandernahm. Beide sozialdemokratischen Redner verfehlten natürlich nicht, die prinzipielle Stellung der Sozialdemokraten gegen die Polenmishandlung in aller Schärfe festzustellen.

Von den Polen sprachen in gut pointierten Reden die Herren Seyda und v. Dziembowski, vom Zentrum der Abg. Graf Braschma, für die Freisinnigen gab der Abg. Dove dem anmaßlichen konservativen Schulmeister eine Antwort, die an sich nicht schlecht war, indes in ziemlichem Mißverhältnis zu den Taten des Freisinn steht.

Die Abstimmung, die namentlich sein soll, wurde auf Freitag vertagt. Außerdem wird der Etat des Kolonialamts beraten werden.

Abgeordnetenhaus.

Im preussischen Abgeordnetenhaus ging es in den letzten Tagen wieder recht langweilig her. Es gehört eine starke Ueberwindung dazu, die ewigen Wiederholungen der Agrarier mit anzuhören, und deshalb ist es kein Wunder, daß die Abgeordneten, soweit sie überhaupt im Hause anwesend sind, jeden anderen Raum des Hauses dem Sitzungssaal vorziehen.

Am Donnerstag nahm das Haus zunächst den Antrag betreffend die innere Kolonisation an, nicht ohne daß vorher noch eine Reihe von Rednern klüßig gegen die Gewährung des Koalitionsrechts an Landarbeiter getwittert hätten. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Heydweiller hält das wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis für notwendig, für eine „gottgewollte“ Einrichtung, während der Konservative v. Dieckstein den Mühsand, die Abhängigkeit der Landarbeiter zu bestreiten, und sich sogar zu der mehr als lähnen Behauptung verließ, die Grundbesitzer seien von den Arbeitern abhängig. Derartige Behauptungen sind auch nur im Dreiklassenparlament möglich. Die Erwiderung darauf wurde durch einen Schlußantrag verhindert.

Der Rest des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wurde schnell erledigt. Dann unterhielt man sich einige Stunden über die Besitzverteilung. Gewisse Leute haben ja dafür ein ganz besonderes Verständnis. Die Frage, welche Art von Jucht die praktischste ist, nimmt ihr ganzes Sinnen in Anspruch, und sie wurden sogar höchst ungemächlich, als ein nationalliberaler Herr so dreist war, über die Besitzverteilung ansatz über die Pferde zu sprechen.

Am Freitag fällt die Sitzung aus. Sonnabend: Etat des Ministeriums des Innern.

Die Abgeordneten Behrens und Schaal gegen das Gefinderecht!

Bekanntlich haben unsere Genossen im Reichstage einen Antrag eingebracht, worin die Regierungen ersucht werden, dem Reichstage baldigt den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches das Vertragsverhältnis zwischen den in landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und ihren Arbeitgeber sowie das Vertragsverhältnis des Gefindes und deren Arbeitgeber durch reichsgesetzliche Vorschriften geregelt wird. Weiter wurden die Grundzüge angegeben, die bei dem Entwurf berücksichtigt werden sollten. Einen von uns gestellten Antrag, diese Materie an eine Kommission zur Vorberatung zu überweisen, widerlegten sich die Konservativen; sie wollten dem sozialdemokratischen Antrag, der Rechte für das Gefinde verlangt, kurzerhand das Genick brechen und ihm überhaupt nicht einmal die Ehre einer Kommissionsberatung erweisen. Die Abstimmung war eine namentliche und das Resultat war die Ueberweisung des Antrags an eine Kommission mit 209 gegen 105 Stimmen. Die Gegner bestanden, wie die jetzt herausgegebene Abstimmungsliste beweist, aus Konservativen, der Wirtschaftlichen Vereinigung, den Bauernverbänden und einem Teil der Nationalliberalen. Und unter diesen Gegnern des Antrags befinden sich auch die Abgeordneten Behrens und Schaal. Ersterer ist Vorstandsmittglied und beförderter Beamter des christlichen Bergarbeiterverbandes und letzterer bekanntlich Vorsitzender des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes. Daß diese beiden als Arbeiterführer den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern das Koalitionsrecht nicht gönnen, ohne dessen Besitz die Industriearbeiter und das kaufmännische Proletariat ihre Organisationen, zu deren Leiter die beiden Herren gehören, nicht hätten schaffen können, ist ein trauriges Zeichen mangelnder Ueberzeugungsbereue oder mangelnder Erkenntnis. Eines ist für die beiden Beteiligten in diesem Falle so schlimm wie das andere.

Die Tabakarbeiter

sind gegen die drohende, ungeheure Mehrbelastung des Tabaks in ganz Deutschland in eine lebhafteste Protestbewegung eingetreten. In Orten, für welche die Tabakindustrie von Bedeutung ist, sollen die Einwohner ganz allgemein

zur Unterzeichnung von Petitionen gegen die Mehrbelastung des Tabakarbeiters werden. Die Tabakarbeiter rechnen bei der Sammlung der Unterschriften auf die tatkräftige Unterstützung der Parteiorganisationen und Gewerkschaften.

Die zweite heftige Kammer und die Steuerpläne.

Offenbach, 25. Februar 1900. Die Zweite Kammer begann heute wieder mit ihren Verhandlungen. Infolge einer Anfrage über die Gas- und Elektrizitätssteuer kam es zu lebhaften Erörterungen über die Reichsfinanzreform. Die Gas- und Elektrizitätssteuer wurde allseitig sowohl von nationalliberaler Seite als auch vom Zentrum verurteilt. Die Regierung verlangte, daß man angeben solle, wie man den Ausfall der 50 Millionen Mark ersetzen wolle. Genosse Ulrich forderte die Einführung einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer von den größeren Einkommen und Vermögen, aus denen weit mehr herausgeholt werden könne, wenn man nicht bei 3 Proz. stehen bleiben wolle, und z. B. bei der Nachlasssteuer so weit gehen würde wie in England, wo man 15 Proz. nehme; wolle man aber die leistungsfähigen Steuerzahler nicht belasten, so solle man aufhören, höhere Forderungen für Militär und Marine zu stellen. Dort sei zu sparen.

Die Anfrage wurde dann als erledigt erklärt. Die Regierung beharrt auf ihrem Standpunkt, daß sie die Reichsfinanzreform im Sinne der Vorlagen der verbündeten Regierungen im Reichstage erledigt sehen will.

Zur Reichsfinanzreform.

Gegen das angeblich schon gesicherte Kompromiß einer „Reichsbesitzsteuer“ auf der Basis des Antrogs Camp wendet sich der „Süddeutsche Beobachter“, das Zentralorgan der württembergischen Volkspartei, in einem scharfen Leitartikel, der mit folgenden, durch Speerdruck hervorgehobenen Sätzen schließt:

„Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft wird sich von dieser Lösung der Frage vollständig fernhalten und wenn auf diesem Wege der Vorkaus aus dem Leime geht und die konservativ-ultramontane Verdrüderung wieder in Kraft tritt, dann mögen diese die ganze Finanzreform ruhig auf der flüchtigsten Grundlage durchführen. Für die Linken entsteht dabei die denkbar günstigste Situation. Sie haben dann nicht das Odium der Reichsfinanzreform und vollends nicht die Verantwortung für diese vorgeschlagene Vermehrung samt den dazu gehörigen indirekten Steuern vor der Wählerchaft zu tragen.“

Wir wollen abwarten, ob diese oppositionelle Stimmung von der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft auch wirklich bei dem weiteren Verlaufe der Reichsfinanzreform in die Tat umgesetzt wird.

Mit der Finanzlage des Reiches befaßt sich u. a. auch ein Leitartikel des „Württembergischen Staatsanzeigers“, der als eine offizielle Meinungsäußerung der württembergischen Staatsregierung anzusehen ist. Darin heißt es:

„In oft schon oft der tiefsten Beziehung dieser finanziellen Fragen zu der ganzen politischen Zukunft der Nation gedacht worden, als daß man nicht auch heute noch beim Reichstage und, soweit es ihn angeht, auch beim Landtage auf jene Opferwilligkeit setzen sollte, die dem Reich den notwendigen Bedarf gewährt, ohne den Bundesstaaten Lust und Bewegungsfreiheit in ihrem eigenen Haushalt zu nehmen.“

Der Zwischenfall „soweit es ihn angeht, auch beim Landtage“, könnte den Anschein erwecken, daß die württembergische Regierung sich mit einer Lösung der Reichsfinanzreform abfinden bereit wäre, die einen Teil der benötigten Mittel durch die sogenannten „veredelten“ Matrikularbeiträge oder durch eine auf die Einzelstaaten abzunehmende „Besitzsteuer“ aufbringen will. — Wer sich aber der erst kürzlich im württembergischen Landtage stattgefundenen Statistikerdebatte erinnert, weiß, daß dieser Schritt nicht richtig ist. Eine solche „Lösung“ der Finanzreform hat die württembergische Regierung vielmehr mit allem Nachdruck abgelehnt und es ist anzunehmen, daß sie diesen Standpunkt auch weiterhin einnehmen wird. Die auf den Landtag bezügliche Stelle dieses Artikels kann daher wohl nur Bezug haben auf die im Landtage erfolgte Ablehnung der Gas- und der Elektrizitätssteuer und der Fleischsteuern, bei denen die württembergische Regierung in Gegensatz hierzu dem Bundesrat zugestimmt hat. Dagegen bleibt es dabei, daß man in Württemberg die Pflicht, für die Bedürfnisse des Reiches zu sorgen, ausschließlich dem Reichstage zuweist, da jede andere Lösung der Schwierigkeiten nur geeignet ist, Lust und Bewegungsfreiheit der Einzelstaaten noch weiterhin zu unterbinden.

Die Dresdener Wahlrechtsprozesse.

Der Stadtverordnete Genosse Kühn in Dresden erhielt eine Anklage wegen Polizeibeleidigung, die er am Sonntag, den 17. Januar, während der Wahlrechtsdemonstrationen bei seiner Verhaftung bezogen haben soll.

Von der badischen Freiheit.

Zeiberg, 25. Februar. Die „Schwarze Chronik“, ein kleines hier erscheinendes Blatt, hatte eine Pastinachstum herausgegeben. Diese wurde beschlagnahmt und der Redakteur wegen Verbreitung ungesetzlicher Schriften verhaftet. Es dürfte dies in Baden der erste Fall sein, daß wegen eines Vergehens alsbald mit Verhaftung eingeschritten wird.

Pluralwahlrecht in Oldenburg.

Der oldenburgische Landtag hat mit 26 gegen 18 Stimmen die Einführung eines Pluralwahlrechts beschlossen; nach diesem erhält jeder Wähler, der das 40. Lebensjahr erreicht hat, eine zweite Stimme. — Die weitergehenden Anträge auf ein stärkeres Pluralwahlrecht wurden mit 26 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Frankreich.

Eine bedenkliche Wahl in der Arbeiterkonföderation.

Paris, 25. Februar.

(Wiederholungs des „Vorwärts“.)

Heute fand die Neuwahl des Sekretärs der Arbeiterkonföderation statt. Die infolge der Ammonition der bisherigen Sekretärs Griffuelhes notwendig geworden war. Mit einer Stimme Mehrheit siegte der von den Sozialisten unterstützte neutrale Kandidat Niel gegen den revolutionäre Syndikalisten Nicolet, der von Griffuelhes empfohlen worden war. Der neue Sekretär Niel tritt für den Anschluß der Konföderation an das internationale Gewerkschaftssekretariat ein.

England.

Für das Frauenstimmrecht.

London, 24. Februar. Anhängerinnen des Frauenstimmrechtes machten heute abend den entschlossenen Versuch, in das Parlament einzudringen. Die Polizei schritt ein. Es kam zu wilden Szenen; schandzweckig Verhaftungen wurden vorgenommen.

Rußland.

Die Interpellation über Agew.

Petersburg, 24. Februar. Reichsduma. Nach Pokrowsky sprachen zwei Redner des extremen rechten Flügels, welche darauf hinwiesen, daß kein genügender Grund zu einer Interpellation vorliege, da das ganze Material aus verdächtigster Quelle der Sozialisten und der Revolutionäre stamme; die Interpellation wäre infolgedessen entschieden abzulehnen, um so mehr

als die Duma mit Arbeit überhäuft sei und wichtigere Fragen auszuarbeiten habe. Der Abg. Bergament begründete in längerer Rede die Interpellation der Kabinetten.

Sodann ergriff Ministerpräsident und Beisitzer des Innern Stolypin das Wort und erklärte: Ingeachtet der Ausführungen der vorhergehenden Redner erscheint mir die Interpellation ungenügend begründet, da die ihr zugrunde gelegten Tatsachen demjenigen Material, über das die Regierung verfügt, widersprechen. Die Beschuldigungen, die aus der Interpellation zu folgen sind, erwidert zuerst und erwidert noch jetzt aus dem revolutionären Lager. Ich nehme daher an, daß die Duma, nachdem sie mich angehört, finden wird, daß in der Handlungsweise der Regierung kein Grund zu einer Interpellation wegen geschwiegener Handlungen vorliegt. Erwarten Sie von mir keine Verteidigungs- oder Entschuldigungsrede. Das würde die Sache nur verkomplizieren und ihr den Anstrich geben, als ob die Interessen des Rechts und der Regierung, aber nicht die des Staates im Vordergrund ständen. Indem ich die Interpellation persönlich beantwortete, möchte ich die ganze Angelegenheit vom rein staatlichen Standpunkt beleuchten. Der Minister ging sodann auf die Vorwürfe über und erklärte, zunächst den Begriff Provokation feststellen zu wollen. Er wies darauf hin, daß die Revolutionäre vorzugsweise alle diejenigen mit diesem Ausdruck bezeichneten, durch die ihre Absichten und Taten der Regierung bekannt würden, während diese nur die Urheber von Verbrechen Provokateure nennen konnte. Agew, den er weder verteidigen noch beschuldigen wolle, sei ein gewöhnlicher Polizeilient, dem jetzt legendäre Eigenschaften und, nach revolutionären Quellen, eine Reihe von Verbrechen zugeschrieben würden. Der Minister schilderte sodann ausführlich die Beziehungen Agews zu den Revolutionären an verschiedenen Orten Rußlands und des Auslandes, sowie seine Beziehungen zum Polizeidepartement vom Jahre 1892 und wie er auf die vom Polizeidepartement festgestellte Tatsache hin, daß die Haupt der revolutionären Organisation, wenn es sich um die Ausführung von Verbrechen handelte, immer an dem Tatorte anwesend seien, um den Willen der den terroristischen Akt ausführenden Person zu stärken. Dieser Umstand sei bei Beurteilung der Tätigkeit Agews in Betracht zu ziehen. Was speziell die Ernennung des Gouverneurs von Ufa und des Ministers v. Plehwe angehe, wolle er vier Fragen stellen, nämlich: Wo befand sich zu dieser Zeit Agew?, welche Rolle spielte er in der Partei?, welche Angaben machte er der Polizei? und hat die Polizei die Tätigkeit ihrer Agenten nach diesen Morden geprüft? Alle diese Fragen könnten vollkommen beantwortet werden. Die Aufenthaltsorte Agews waren, erklärte der Minister, der Polizei bekannt; unter den Revolutionären war er noch nicht in Verbindung mit der Aktionspartei und konnte nur zufällig einiges erfahren; der Polizei gab er wichtige Angaben, die sich vollkommen bewahrheiten. Da Agew Stellung unter den Revolutionären bis 1900 keine einflussreiche war, konnte er bei den Attentaten dieser Jahre weder eine Rolle spielen, noch sie verhindern. Erst 1900 wurde er Vertreter des Zentralkomitees und seitdem sind alle Anschläge des Zentralkomitees fehlgeschlagen und aufgedeckt worden, während nur selbständige Organisationen einige Morde zur Ausführung bringen konnten.

Der Ministerpräsident schilderte ausführlich die Tätigkeit Bakas in Warschau und wie auf dessen Verabschiedung aus dem Dienste der politischen Polizei hin, die erfolgt sei wegen des Verdachtes, Erpressungen versucht zu haben. (Ausrufe der Enttäuschung im Zentrum.) Sodann nach seiner Entlassung sei Bakas in das Lager der Revolutionäre übergegangen und habe diesen geheime Dokumente und eigene Erfindungen ausgeliefert. Ferner ging der Ministerpräsident über zu einer Schilderung der Tätigkeit Burzows, dessen revolutionärer Glaube nichts als Terrorismus, Morde, Mordanschläge und Bomben anerkenne. Als dritter Ankläger der Regierung trat der frühere Direktor des Polizeidepartements, Lopuchin, auf, der jetzt wegen Unterstützung der sozialistischen Revolutionäre angeklagt ist, weil er russische Revolutionäre in London empfangen und diesen befehligt hat, Agew sei Polizeilient. Ich weise hierauf hin, nicht um ein Urteil über Lopuchin zu fällen, das wird ein unparteiisches Gericht sprechen, die Regierung konnte sich aber unmöglich duldsam gegenüber dem von Lopuchin begangenen Vertrauensbruch zeigen. Neben den Zusammenhang mit der Agewaffäre genügt es festzustellen, daß auch Lopuchin keine Kenntnis von dem angeblichen Verbrechen Agews gehabt hat. Stolypin fuhr fort: Aus dem Angegebenen folgt erstens, daß ich augenblicklich keine Gründe vorfinde, um Beamte irgendwelcher verbrecherischen Handlungen zu bezichtigen. Ich verfüge auch über keine Beweismittel, um Agew der Provokation anzuklagen. Zweitens ziehe ich den traurigen aber unvermeidlichen Schluß, daß, solange der revolutionäre Terror herrscht, auch der politische Späherdienst fortbestehen muß. Alle Vorkehrungen werden getroffen, damit dieser Dienst nicht ausartet. Solange ich an der Spitze der Regierung sitze, wird sie niemals von der Provokation Gebrauch machen. Falls der Regierung irgendwelche Ausartungen bekannt werden, werden sie streng geahndet werden. Denn ich erkläre laut: Die Regierung duldet keine Provokation und wird sie nimmer dulden. Mithratenes Einzelsfälle kann man nicht zum Prinzip erheben. Unsere inneren Aufgaben sind der vernünftigen Majorität klar, doch können diese Aufgaben leider nur auf einem von Bomben und Drohungen bedrohten Wege erreicht werden, und das ganze Polizeisystem, das im Kampfe gegen diese Seuche aufsteht, ist nur ein Mittel dazu, um ein ruhiges Leben und eine ruhige Arbeit zu ermöglichen. Dann schloß Stolypin mit dem üblichen patriotischen Phrasenfeuerwerk.

Finnland.

Die Landtagsauflösung.

Wieder ist der finnische Landtag aufgelöst worden, wenige Tage nachdem er zu seiner Frühjahrsession zusammengetreten war. Erst am 6. April 1900 war der vorige Landtag aufgelöst worden, infolge der Annahme eines gegen den finnischen Senat gerichteten Vertrauensvotums. Jedoch die Neuwahlen, die am 1. Juli stattfanden, schwächten nur die Stellung der konservativen altfinnischen Partei und brachten den Sozialdemokraten 88 Mandate statt der früheren 80. Die Herbstsession des neuen Landtages verlief dann ohne wesentliche Störung in intensiver geschäftlicher Arbeit. Es trat aber mit jedem Tage deutlicher hervor, daß die Jarenregierung einen Konflikt heraufbeschwören wollte. Die reformatorische Tätigkeit des Landtages wurde fast völlig lahmgelegt, weil der Jar den Vorlagen die Befähigung verweigerte. Die finnischen Staatsmittel wurden in immer stärkerem Maße von der bankrotten Reichsregierung herangezogen. Am wichtigsten aber war, daß der russische Ministerpräsident sich immer mehr in die finnischen Angelegenheiten einmischte und die ganze finnische Autonomie — nach den Worten eines sehr gemäßigten Petersburger Blattes — in ein „lächerliches Karrenspiel“ verwandelte. Dieser Punkt war es auch, der dem Jar den früheren Anlaß gab, den jetzigen Landtag aufzulösen. Im Manifest vom 22. Februar, in welchem die Gründe der Landtagsauflösung angeführt werden, wird insbesondere darauf hingewiesen, daß der Vorliegende Swinhufud bei der Eröffnung des Landtages in „unangebrachter Weise ein abfälliges Urteil“ über diese Verordnung gefällt hätte. Die jahne Bemerkung des Landtagsvorsitzenden, daß „die Volksvertretung wegen der verfassungswidrigen und für die finnische Gesetzgebung verberblichen Neuordnung der Vorlesung der finnischen Angelegenheiten beim Monarchen mit beengenden Gefühlen an die Arbeit gehe“, ist vom Jar als ausreichend erachtet worden, um eine neue Krise in Finnland heraufzubekommen. Vorläufig ist noch nichts von einer Änderung des Wahlrechts bekannt. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Petersburger Regierung auf dieses Ziel hinarbeitet, um im Bunde mit einer auf Grund eines reaktionären Wahlrechts gewählten

Stimme von Land- und Kapitalmagnaten die sozialistische Arbeiterbewegung niederzuknappen und die finnische Freiheit endgültig zu vernichten.

Amerika.

Keine Lohnerhöhung.

Washington, 24. Februar. Das Repräsentantenhaus hat heute die Senatsvorlage, das Dienstlohn des Bundespräsidenten auf 100 000 Dollars zu erhöhen, abgelehnt.

Aus der Partei.

Zum Parteitag in Leipzig.

Eine Versammlung der Genossen von Leipzig-Stadt und Land wählte das Lokalkomitee, das die Vorbereitungen zum Parteitag zu treffen hat. Das 17gliedrige Komitee hat sich konstituiert und den Genossen N. Lipinski zum Vorsitzenden gewählt. Seine Adresse ist: Leipzig, Eiserstr. 14. Weiter hat sich das Komitee dann in Untergruppen geteilt: Einen Organisationsausschuß, Vorsitzender N. Lipinski, einen Pressenausschuß, Vorsitzender F. Seger, Fregestr. 22, einen Wohnungsausschuß, Vorsitzender G. Orbel, Leipzig-Plagwitz, Weihenfelder Straße 9, und einen Unterhaltungsausschuß, Vorsitzender F. R. Härtner, Leipzig-Thonberg, Südtürlicher Straße 18.

Parteiliteratur.

Eine Märzdenkschrift ist soeben im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung erschienen. Sie hat folgenden Inhalt: Moriz Hartmann: Wir lernten... Karl Leutner: Das Vermächtnis der Märzopfer. Karl Renner: Der sechsjährige Krieg. Ludwig Pfau: Aus den Feindlagensommern. Josef Diner-Dones: Väter und Söhne (1848—1900). Karl Höger: Wien im Jahre 1849. Das Titelblatt und die Umschlagseite: Der Unbesiegbare, gemalt von Wiener Maler Otto Friedrich. Die Vorlage ist leider mißraten. Im Bildband enthält die Schrift noch eine der berühmten politischen Karikaturen von Honore Daumier: „Das europäische Gleichgewicht“, ein Bild, das wie auf die heutige Zeit gemünzt erscheint. Die Schrift ist auf gutem Papier in schöner typographischer Ausstattung gedruckt. Sie kostet 17 Heller.

Unsere Toten. In Biel (Schweiz) ist Genosse Gottfried Reimann, Stadtpräsident, im Alter von 47 Jahren nach längerer schwerer Krankheit gestorben. Er war ursprünglich Schriftsetzer, durchwanderte Deutschland und Frankreich und nahm dort die sozialistischen Ideen in sich auf. Im Jahre 1887 kam er nach Biel, wo er sich gewerkschaftlich und politisch hervortragend betätigte. Besonders ließ er sich die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Lohnarbeiter sehr angelegen sein, die noch vielfach anarchisch-Heimbürgerlich und zünftlerisch-rückständig waren. Hatte doch auch an ihnen die Juraföderation Bakunins den härtesten Rückhalt. Wegen die Maschine in der Uhrenindustrie wurde zum Teil bis in die letzten Jahre hinein ein heftiger Kampf, selbst in Form von Streiks, geführt. Dem Sozialisten Reimann gelang es schließlich aber doch, die Lohnarbeiter mit der Maschine auszusöhnen. Im Jahre 1893 wurde Reimann der Leiter des neugegründeten internationalen Buchdruckersekretariats in Bern, 1896 Abjunkt des Schweizerischen Arbeitersekretariats. Vom 1. Januar 1900 bis Ende 1900 stand er an der Spitze der schweizerischen sozialdemokratischen Partei und des Größeren, um die er sich die Verdienste erwarb. Im Bieler Stadtrat und Kantonsrat und seit dem März 1907 als erster sozialdemokratischer Stadtpräsident in der Schweiz. Reimann war immer ein schenbar gesundheitsstarker, kräftiger Mann und daher wirkte vor etwa Jahresfrist die Nachricht sehr überraschend und betrübend, daß er an der Tuberkulose erkrankt sei. Leider blieben alle Versuche zur Heilung, auch ein längerer Aufenthalt in Dabos erfolglos, so daß er nun im besten Alter seiner Familie und den Genossen entziffen wurde. Die Arbeiterschaft wird ihm stets ein treues Andenken bewahren!

Die sozialdemokratische Stützpunktspartei im Wahlkreis Bingen-Weiß wird von der „Frankfurter Volksstimme“ und dem „Volksblatt für Halle“ angegriffen. Die Sozialdemokratie, so meinen beide Parteiblätter, hätte nicht für den Freisinn eintreten dürfen, sondern Wahlhaltung proklamieren müssen. Wir vermessen nähere Angaben in der Bekanntmachung des sozialdemokratischen Wahlkomitees in der „Mainzer Volkszeitung“ über die Gründe seines Scheiterns. Es sagt in dem Aufruf an die Wähler:

„Über auch dem freisinnigen Kandidaten dürfte angesichts der zweifelhafte Agitation der freisinnigen Partei im Wahlkreis nicht ohne weiteres die Stützpunktpartei der Sozialdemokratie zuteil werden. Nachdem Herr Harter Korell indessen auf die Anfrage unseres Wahlkomitees eine durchaus zufriedenstellende Antwort gab, nehmen wir keinen Anstand...“

Was hat denn nun der vielseitige Herr Korell erklärt und welche Garantien hat er gegeben, daß er nicht alsbald zum entgegengelegten Standpunkt gelangt? Das wäre notwendig zu wissen, um die Haltung des Wahlkomitees beurteilen zu können.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“. Die Nummer 3 ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Arbeitslosigkeit (Leitartikel). — Jugendbewegung und Turnen. Von G. Adler-Riel. — Wäher und Bibliotheken für die arbeitende Jugend. Von G. Hennig. — Bureaucratisch-kapitalistische „Jugendwohlfahrt“. — Ein sozialistisches Jubiläum (zum 50. Geburtstag der materialistischen Gesellschaftsauffassung) II. — Die Gewerkschaftsorganisation. Von B. J. — Aus der Politik. Von G. B. — Aus der deutschen Jugendbewegung: I. Die Jugendbildungsbestrebungen der Leipziger Arbeiterschaft. Von G. Hg. — II. Die Hamburger Jugendbewegung. Von R. L. — Vom Kriegsschauplatz. — Katechismusfragen. — Fremdwörter. — Die Beilage der „Arbeiter-Jugend“ enthält: Der junge Schmidt, Gedicht von Jürgen Brand. — Antonius, Erzählung von Hermann Thurov. — Gesellschaftsspiele. Von Frh. Schulz. — Dantes Feuilleton. — Räuber für die Jugend. — Kulturprüche. —

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter. Am 21. und 22. Februar fand in Berlin im Gewerkschaftshaus eine Konferenz statt, in welcher die seit langem vorbereitete Gründung eines Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands beschlossen wurde. Die Organisation der Landarbeiter oblag bisher dem Verbands der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Sitz Hannover). Schon seit 1902 ergingen Anregungen aus einzelnen Bezirken zur Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation. Der Fabrikarbeiterverband hielt indes an seiner Zuständigkeit für diese Arbeiterkategorie fest. Erst der Münchener Verbandstag dieses Verbandes beschloß, auf sie zugunsten einer selbständigen Landarbeiterorganisation zu verzichten unter der Voraussetzung, daß die der Gewerkschaft unterstehenden Arbeiter von dem neuen Verbande nicht erfasst, sondern dem Fabrikarbeiterverbande verbleiben würden. Nachdem nunmehr die Bahn für eine neue Landarbeiterorganisation frei war, wurden die notwendigen Schritte zur Vorbereitung der Gründung in den einzelnen Reichsgebieten unternommen, die durch die Berliner Konferenz ihren Abschluß fanden.

Die Konferenz beschloß, daß die neue Organisation, die den Namen: „Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter

Reichstag.

213. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niemand! Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Antrages Brandys u. Gen. (Polen) betreffend die Freiheit des Grundeigentumerverwerbes.

Der Antrag verlangt den Erlass eines Reichsgesetzes, wonach keinem Reichsbürger mit Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis, die politische Gesinnung oder die Nationalität Beschränkungen irgendwelcher Art beim Erwerb oder der Veräußerung von Grundeigentum oder der Errichtung von Wohnstätten auferlegt werden.

Abg. Graf v. Westarp (L.): Der Antrag richtet sich gegen bestimmte Paragraphen der preussischen An siedelungsgesetze von 1904 und 1908. (Sehr richtig! bei den Polen.) In Preußen wird aber niemand wegen seines Glaubensbekenntnisses zurückerufen. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lebhafter Widerspruch bei den Polen, im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Ferner gibt es gar nicht den Begriff der politischen Nationalität (Kocher bei den Polen, im Zentrum und bei den Sozialdemokraten), die Polen in Preußen sind preussische Staatsbürger und haben daher die deutsche Nationalität. Die Preußen seine Verfassung anwenden und ausbauen will, das geht den Reichstag gar nichts an. (Lebhafte Zustimmung rechts, lauter Widerspruch im Zentrum, bei den Polen und bei den Sozialdemokraten.) Die Annahme des Antrages wäre ein verfassungswidriger Eingriff in das preussische Verfassungsrecht. (Sehr richtig! rechts.) Der Gesinnung der Polen und Sozialdemokraten entspräche etwa folgender Gesetzesentwurf:

§ 1. Im Reichstag darf über Preußen nur mit Ausdrücken höchster Achtung gesprochen werden.

§ 2. Die preussische Verwaltung geht am 1. April auf das Reich über.

(Lachen beim Antidiot.) Zu ihren Maßnahmen ist die preussische Regierung gezwungen worden durch die großpolnische Agitation, welche Abneigung und Haß gegen alles Deutsche predigt, und auf die Gründung eines selbständigen polnischen Reiches ausgeht. (Lachen bei den Polen.) Mitverantwortlich für diese Agitation sind die polnischen Reichstagsabgeordneten. Leider hat Herr Sothorn namens der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft erklärt, sie stimme dem Antrage zu. Ich hätte gehofft, daß

der verebende Verkehr mit uns

(Stilmische Anrede bei den Freisinnigen; ironisches Sehr gut! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten) die Freisinnigen bezogen hätte, nationalen Erwägungen Raum zu geben. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Heinze (nat.): Was der Antrag will, ist bereits Reichsrecht. Man meinen die Antragsteller, die preussischen An siedelungsgesetze stehen im Widerspruch mit den betreffenden Reichsgesetzen. Das ist aber keineswegs der Fall; die preussischen An siedelungsgesetze sind im Einklang mit allen einschlägigen Bestimmungen der Reichsgesetze, wie bei der Beratung der An siedelungsgesetze im preussischen Abgeordnetenhaus eingehend dargelegt ist. Die Ziele der preussischen Politik zur Erhaltung des Deutschtums in den östlichen Provinzen billigen wir. Wir lehnen deshalb den Antrag ab. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Böhm (nat.): Der Antrag richtet sich nicht gegen irgend welche Ausnahmegesetze und religiöse Unterdrückung, er ist vielmehr ein Ausfluß des nationalen Kampfes, in welchem wir auf Seiten der preussischen Regierung stehen. Wir dürfen nicht die Konkurrenz einer kulturell tiefer stehenden Klasse dulden. (Lachen bei den Polen.) Auch sozialdemokratische Arbeiter tun in analogen Fällen das gleiche, wie Herr Stadthagen aus den „Sozialistischen Monatsheften“ aus Auffagen von Hue und anderen lernen könnte. Wir beklagen, daß die Polen so wenig dankbar sind (Anrede bei den Polen) für das, was Friedrich II. von Preußen für sie getan hat. Die polnischen Bauern waren gefoltert von der polnischen Schlachta, wie man es sonst nirgend kannte. (Anrede bei den Polen.) Abg. Anterski (Polen) ruft: Wer Logen er (ursch e l) Die federizianische Gesetzgebung hat die Polen aus der Hörigkeit und Leibeigenschaft befreit und zu menschenwürdigen Zuständen gebracht. (Abg. Anterski (Polen): Zu menschenwürdigen Zuständen!) Diese preussische Gesetzgebung ist notwendig im nationalen Interesse, wir werden sie stets unterstützen. (Bravo! rechts, Zischen bei den Polen.)

Abg. Graf Praschna (L.): Der Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums mag in der Reichsverfassung nicht ausdrücklich

enthalten sein; daß aber die Reichsverfassung auf diesem Grundsatz beruht, kann im Ernst nicht bestritten werden. Man mag sich drehen und wenden wie man will: bei den Teilnehmern und Hintermännern der sogenannten Ostmarkenpolitik spielt das konfessionelle Moment mit. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum, tobender Widerspruch rechts.) Bitte, meine Herren (nach rechts), haben Sie nicht in der Ostpreußenpresse den Wunsch ausgedrückt gefunden, möglichst alle Katholiken aus der Provinz Polen zu vertreiben? (Wiederholtes Hört! hört! im Zentrum.) Die Mehrheit der konservativen Fraktion des Herrenhauses war gegen die Enteignungsvorlage. (Hört! hört!) Gerade als königstreue Männer wenden wir uns gegen die Enteignungspolitik, die ganz unübersehbare Folgen für den gesamten Großgrundbesitz haben kann. (Lebhafte Weisfall im Zentrum.)

Abg. Seyda (Polen): Daß die Regierung bei unserem Antrage durch Unbereitschaft glänzt, wundert uns weiter nicht. Wir sind ja diese Mißachtung des Reichstags gewöhnt. (Lebhafte Zustimmung bei Polen, Sozialdemokraten und Zentrum.) Daß bei dieser Beratung am vorigen Freitag auch die Wände der konservativen Klassen Säden aufwießen, ebenso wie heute, darf wohl auf ein gewisses Schamgefühl zurückgeführt werden. (Lauter Widerspruch rechts.) Ihr Widerspruch zeigt, daß ich mich irre. (Sehr gut! bei Polen und Sozialdemokraten.) Es ist beschämend, daß 40 Jahre nach Erlass der Reichsverfassung ein solcher Antrag gestellt werden muß. Unfraglich verstoßt die preussische Enteignungsgesetzgebung gegen die reichsgesetzlich garantierte Religionsfreiheit und Gleichberechtigung. (Sehr richtig! bei den Polen, Sozialdemokraten und im Zentrum.) Wir wissen wohl, daß in den preussischen Gesetzen von 1904 und 1908 der Name „Polen“ nicht vorkommt. Aber dadurch hat sich noch kein Mensch, weder Freund noch Gegner jener Gesetzgebung, täuschen lassen. Offen haben die Wortführer, z. B. der konservativen Partei im Abgeordnetenhaus, zugestanden, daß es sich um eine antipolnische Gesetzgebung handelt. Heute haben Graf Westarp, Dr. Heinze und Dr. Böhm ihr Unvermögen, die Ausnahmegesetzgebung mit rechtlichen Gründen zu verteidigen, dadurch anerkannt, daß sie nicht einmal den Versuch einer solchen Rechtfertigung machten; sie haben lediglich politische Gründe, sogenannte „nationale“ Gründe ins Feld geführt. Verfassungswidrig, wie das Enteignungsgesetz ist, wird es auch noch gesetzwidrig angewendet. Es kennt nur eine Genehmigung oder Verjagung der Ansiedelung. Trotzdem wird die Genehmigung an das Einzahlen von Konventionalsstrafen für den Fall der Veräußerung des Grundstückes an einen Polen gebunden! Ein derartiges Vorgehen müßte strafrechtlich geahndet werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.) Herr Böhm nannte und Polen eine kulturell tiefer stehende Klasse. Auf diese Verleumdung antworte ich nicht; denn Herr Böhm und die Leute, zu denen er gehört, können uns nicht beleidigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.)

Vizepräsident Pasche: Dieser Ausdruck verstoßt gegen die Ordnung des Hauses.

Abg. Seyda (fortfahrend): Herr Böhm wirft uns Mangel an Dankbarkeit vor; ihm darauf die richtige Antwort zu geben, fehlt mir der parlamentarische Ausdruck. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.) Die Polen sollen dankbar dafür sein, daß man ihnen die Sprache nimmt, daß man ihnen das Land nimmt! Sie (nach rechts) sprechen die stolzen Worte: Deutsch sein heißt gerecht sein, und Deutschtum ist Freiheit! Nehmen Sie unseren Antrag an und sorgen Sie dafür, daß diese Worte zur Wahrheit werden. (Lebhafte Bravo! bei den Polen.)

Abg. Hue (Soz.):

Der Abg. Böhm hat es für notwendig gehalten, meinen Namen in die Debatte zu ziehen. Er sagte, Stadthagen würde in den „Sozialistischen Monatsheften“ Äußerungen von seinem Kollegen Hue und wie sie sonst heißen mögen, finden, in denen nachgewiesen wird, daß auch stark sozialistisch angehauchte Arbeitervertreter da, wo es sich um ihr Volkstum handelt, zu Ausnahmegesetzen säreiten, wenn sie fürchten, daß ihr Volkstum bedroht ist. Wie er dazu kommt, ist mir unverständlich. Wirde er handeln, wie man es von einem, sagen wir mal Proletarier verlangen muß, so würde er die betreffende Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ zitiert oder vorgelegt haben, in der ein Sozialist oder ein sozialistisch angehauchter für Ausnahmegesetze für Ausländer eingetreten ist. Ich erwarte von ihm, daß er nunmehr diese Pflicht anerkennt, das, was er behauptet, auch zu beweisen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im allgemeinen kann ich nur sagen, das, was mein Parteifreund Stadthagen am Freitag zur Sache ausgeführt hat, unterschreibe ich vollständig.

ich unterschreibe jeden Ausdruck, den er gebraucht hat, auch den allerhöchsten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich kann mir nicht vorstellen, daß im deutschen Reichstag sich eine Mehrheit findet, die das verteidigt, was im preussischen Landtag in den An siedelungsgesetzen gefündigt ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, den Polen und im Zentrum.) Herr Böhm ist den Spuren des Ministers v. Bethmann-Hollweg gefolgt, der neulich auch die „Neue Zeit“ in einem Zusammenhang zitierte, der vermuten ließ, daß ich mich dort vor so und so viele Jahre für eine Ausnahmegesetzgebung gegen die Polen ausgesprochen hätte. Wenn Sie aber den Artikel lesen, werden Sie finden, daß ich mich dort mit aller Schärfe gegen eine Ausnahmegesetzgebung ausgesprochen habe und daß ich geschildert habe, was für Zustände im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durch das Heranziehlen von Tausenden von polnischen Arbeitern sich herausgebildet haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben selbstverständlich manchmal Gespräche mit den polnischen Berufsgenossen, wie wir ja auch häufig im Parteibeirat mit den polnischen Parteimitgliedern in Oberschlesien zusammengetreten. Niemals aber ist uns der Gedanke gekommen, den gewerkschaftlichen oder Parteigenossen mundtot zu machen, eine Ausnahmegesetzgebung vorzuschlagen. Man muß sehr wohl unterscheiden, wenn man einmal in Partei- oder gewerkschaftlichen Kämpfen aneinander gerät und zwischen dem, was hier vorliegt und was von humanitären Standpunkte aus so scharf als möglich verurteilt werden muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Meine Stellung zur politischen Sprache habe ich ja dadurch präzisiert, daß ich beantragt habe, man solle überall, wo Polen beschäftigt sind, die Unfallverhütungsvorschriften auch in polnischer Sprache aushängen. Das beweist doch, daß hier auf unserer Seite kein Feind der polnischen Sprache vorhanden ist. (Zustimmung bei den Soz.) Wenn aber Herr Böhm wissen will, wie man das Deutschtum schwächt, so sehe er sich die Anwendung des Sprachenparagraphen an. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei den Polen.) Ich habe schon bei der Beratung desselben erklärt, daß er sich in seiner Wirkung namentlich gegen die Polen richten würde, woraus ich ja schloß, daß er auf Befestigung der rheinisch-westfälischen Industriellen in das Gesetz eingefügt sei; ich führte aus, daß dieser Paragraph zu einer weiteren Isolierung der polnischen Arbeiter von dem Deutschtum führen würde, einer Isolierung, die von den Industriellen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gefördert wird. Eine Stärkung des Deutschtums, die das Gesetz angeblich erreichen soll, liegt in der Tat gar nicht in der Richtung der Wünsche der Werkbesitzer.

Was Herr v. Dziembowski am Freitag hier über die Vertreibung seiner polnischen Mitbürger aus dem Osten sagte, kann ich zum guten Teil aus persönlicher Erfahrung bestätigen. Wir haben heute schon im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wohl über 200 000 polnische Arbeiter. Warum sind sie dorthin gekommen? An einem speziellen Fall kann ich nachweisen, daß Herr v. Dziembowski durch aus recht hat: In Herte ist ein polnischer Arbeiter, der im Osten Besitz eines Grundstückes war. Er wollte darauf ein Anwesen bauen und hat alles getan, um sich auf seinem Grund und Boden ansässig zu machen. Aber es ihm gegangen, wie so vielen anderen seiner Landleute. Es ist ihm ver sagt worden, und er sah sich genötigt, sein Grundstück sehr billig loszuschlagen und nach dem Westen auszuwandern. Durch dieses undeutliche Verfahren sind Tausende und Tausende aus ihrer Heimat getrieben, die gerne dort sesshaft werden wollten, aber es nicht durften. Was haben die Leute nun? Heute werden Sie lesen, wie vielen polnischen Industriearbeitern im Westen gekündigt worden ist, die nun auf der Straße liegen. Aus ihrer Heimat sind sie hinausgetrieben durch ein Gesetz, von dem man es nicht für möglich halten sollte, daß es in einem deutschen Parla mente angenommen wurde. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Gerade die Freunde des Herrn Böhm, die dem Sprachenparagraphen und dem An siedelungsgesetz zugestimmt haben, sind es in erster Linie, die den deutschen Arbeitern die Konkurrenz der ausländischen Arbeiter bringen. Wir wollen den Ausländern den Zugang nicht sperren, wohl aber verlangen wir Maßnahmen, damit den Ausländern nicht geringere Löhne gezahlt werden als den Einheimischen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hier aber haben wir es nicht einmal mit Ausländern, sondern mit Einwohnern und Bürgern unseres Landes zu tun. Sie sollten nur einmal hören, wenn im Westen ein polnischer

Kleines feuilleton.

Aus der Hegenfläche der Diplomatie. Die Diplomatie umgibt sich mit einem tiefen geheimnisvollen Schleier. Der brave Bürger, mag er sonst auch noch so unglücklich sein, betrachtet ihre Welt mit Schauer und Ehrfurcht. Und doch geht es in dieser Welt, wie in allen anderen, höchst einfach zu, ja meist noch etwas simpler und dünner als anderswo. Eine lustige Geschichte, die die Hegenmeister in ihrem Reglignee zeigt, wird den „Mensch. N. N.“ aus Paris berichtet.

Frau Pellet, die Gemahlin des diplomatischen Vertreters Frankreichs im Haag, weilt zurzeit in Paris, da sie ihrem Manne erst in einigen Wochen nachfolgen kann. Selbstverständlich halten sich beide Ehegatten durch häufigen Briefwechsel über ihr Wesen auf dem Laufenden; und Herr Pellet bemüht zu diesem Zweck wohl auch gelegentlich den diplomatischen Weg, das heißt eine distanzierte Depesche, die dann über den Quai d'Orsay (den Sitz des auswärtigen französischen Amtes) sicher in die Hände seiner Gattin gelangt.

Eines Morgens nun sprang ein junger Attaché des auswärtigen Amtes im Namen seines hohen Vorgesetzten, des Ministers Pichon, bei Frau Pellet vor. An der Totengräbermüne und dem heißen Gebaren, das er zur Schau trug, konnte man es dem Diplomaten auf den ersten Blick anmerken, daß er als Träger seltener Botenschaft nahe. Das entging auch dem Auge der Frau Pellet nicht. „Un Gott!“ rief sie bestürzt, „was ist geschehen?“ Der Attaché mißt sich nun, alle Feinheiten der diplomatischen Sprache zu erschöpfen, um der Unglückseligen ganz allmählich beizubringen, daß Herr Pellet sich schwer leidend habe zu Bett legen müssen, da er usw. „Tot! Er ist tot!“ rief Madame Pellet. „Das nicht“, versicherte sie dieser; „allein kein Zustand ist hoffnungslos.“ Und feierlich fügte der Attaché hinzu: „Seien Sie versichert, Madame, die Regierung wird sich erkenntlich zeigen“ usw. Madame Pellet fiel in Ohnmacht. Ein großes Diner, das am selben Abend stattfinden sollte, wurde plötzlich abbestellt und statt dessen ein Dugend Schlafwagen für Verwandte und Freunde auf der Nordbahn zum Nachschneezug belegt.

Nur vor Abgang des Zuges betreten die zwölf Verwandten und Freunde im Gefolge von Frau Pellet schmerz erfüllt den Bahnsteig. Dort erwartete sie auch der Attaché Pichon. Bei seinem Anblick entsetzt sich die Aermste von neuem. Aber siehe da! Mit zufriedener seligen Lächeln tritt er auf sie zu. Frau Pellet hält ihn für verrückt. Und: „Er lebt! Er lebt!“ ruft er ihr schon von weitem entgegen. „Wir haben nach dem Haag um nähere Auskunft telegraphiert... Herr Pellet hat sich nie wohler befunden als jetzt!“ Diesmal hatte der Diplomat die Wahrheit gesagt, was ja auch einem Diplomaten einmal passieren kann.

Der Sachverhalt läßt sich folgendermaßen auf: Der Quai d'Orsay hatte für seine diplomatische Korrespondenz mit den Vertretern Frankreichs im Auslande vor ganz kurzem erst einen neuen Chifferschlüssel eingeführt. Herr Pellet hatte demnach auf Grund dieses neuen Schlüssels die Depesche für seine Frau abgefaßt: „Bin

gesund, kamst weiter in Paris bleiben.“ Allein die etwas rüch händige Kanzlei des Herrn Pichon nahm die Entzifferung aus alter Gewohnheit mit dem früheren Schlüssel vor. Danach lautete die Hebertzong der obigen Depesche: „Zustand hoffnungslos. Bitte herkommen!“ — „Dieser Vorfall“, so meint der „Eclair“, der die Wahrheit der Geschichte ver birgt, läßt allerdings tief bilden; er wirft ein sonder bar großes Licht auf das Geheimnis so mancher verdrehten Nach richten, die aus den Amtsstuben des Quai d'Orsay in die Welt hinausgehen. Wenn z. B. einer unserer Vorkämpfer telegraphiert: „Sendet Planen für den diplomatischen Koffer!“, so überlegt man dort: „Lage ernst. Wohlstandung zu erwarten.“ Und dann wundert man sich noch über die endlosen Konflikte, die uns die Orientfrage in einem fort befährt!

Bei uns zu Hause kommt natürlich dergleichen nicht vor.

Schädeloperationen in der Steinzeit. Auf eine ganz außer gewöhnlich schwere Operation weist ein Schädel der jüngeren Stein zeit hin, der in der Pariser Akademie der Wissenschaften einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde. Es handelt sich um den Schädel einer ziemlich jungen, jedoch schon erwachsenen weiblichen Person, der bei den Ausgrabungen eines Hauses in Südfrankreich aufgefunden worden war und der drei ungefähr kaltergroße, kreisrunde Löcher zeigte. Diese rührten von einer dreimaligen Trepanation her, d. h. einer Operation, bei der ein Teil der Schädeldecke entfernt und das Gehirn bloßgelegt wurde. Die Operationen waren in kürzeren Zwischenräumen bei Versuchen an der betreffenden Person vorgenommen worden, darauf deutet die an den Wundrändern noch deutlich sichtbare Vernarbung. Der sichtlich auch für einen Menschen dieser hohen Zeit äußerst schmerz liche operative Eingriff zeigt auch die Spuren des Feuersteinver wendens, das an verschiedenen Stellen erst eingeritzt hat, ehe es die geeignete Stelle fand. Die Operation ging noch diesem und ver schiedenen anderen, ebenfalls trepanierten Schädeln zu urteilen, in der Weise vor sich, daß zuerst die Kopfhaut kreuzweise auf geschnitten und dann die Schädeldecke freigelegt wurde; mit einem Feuersteinwerkzeug wurde dann ein mehr oder weniger kreis förmiges Stück der Schädeldecke durch Sägen oder Schaben heraus gelöst. Der Künstler, der die Operation an dem genannten Schädel ausgeführt hat, muß sein Handwerk ausgeübt verstanden haben; nicht das geringste Anzeichen einer Knochen splitterung ist zu finden. Man schreite also schon in der Steinzeit nicht vor einer Operation zurück, die heute noch der modernen Chirurgie für eine der schwersten gilt. Offenbar sollte die Trepanation zur Heilung von Kopfschmerzen, Epilepsie und Geisteskrankheit dienen, wie analoge Fälle bei kulturell zurückgebliebenen Völkern lehren. Bis in die Gegenwart hinein hat sich nämlich die Ansicht im Volk er halten, daß Krankheiten durch übelwollende Dämonen verursacht werden, die sich in der Gestalt von Schlangen, Kröten, Käfern, Wärmern in den menschlichen Körper einzuschleichen pflegen. Durch die Löcher in der Schädeldecke sollte nun der Dämon nach dem nahen Glauben der Völker wahrscheinlich mit Hilfe gleichzeitiger Häuber- und Beschwörungsmittel herausgetrieben werden. Denn die ersten Kertze waren zugleich Priester, oder vielmehr beides war

nicht voneinander zu trennen. Und daß die Schädeloperationen mit religiösen Anschauungen eng verknüpft sind, ergibt sich daraus, daß die herausgelösten Knochenstücke als Fetisch dienten; sie wurden als Amulette um den Hals getragen und sollten augenscheinlich ihren Besitzer vor den Krankheitsdämonen schützen. An einigen feingezeichneten Schädeln, besonders bei solchen, deren Träger zu Versuchen eine Trepanation durchgemacht hatten, fehlten Knochenstücke, die erst nach dem Tode des Betroffenen am Rande der alten Wunde abgesetzt worden waren und darauf schließen lassen, daß solche Personen überhaupt Gegenstand einer hohen Verehrung waren. Von verschiedenen wilden Völkern, z. B. den Indianern, ist ja bekannt, daß Geistesranke eine hohe religiöse Säu geniechen; und der Glaube an „Besessenheit“ flakert selbst bei den Kulturvölkern noch hier und da auf. In einigen Ländern hat sich sogar die religiöse Trepanation an Verstorbenen erhalten; so befindet sich im Musée Gaimet zu Paris ein Rosenkranz aus einem tibetanischen Kloster, der aus 106 Knochenstücken besteht, die den Schädeln verschiedener heiliger Einsiedler entnommen waren.

Gumor und Satire.

Zirkusproduktion.

Ob das Schwein mit allen Bieren ein Klavier zu malträtieren oder ob ein Rispferd leert, wie man eine Kuh entfernt: Übung kostet es doch immer, um so mehr, je mehr man dünner. Zirkus Bulch in jedem Jahr zeigt und dieses sonnenklar. Von den heimatischen Klauen kommen sie herbeigelassen, wollen sich gleich dem Getier kunstvoll produzieren hier. Glauben, was dressierte Kälber leisten, können sie auch selber. Doch die Nähe ist unlustig, lernen muß man jede Kunst. Drum beschränkt man sich am Ende mangels sonstiger Talente, weil man drin erfahren ist, auf die Produktion von Mist.

Franz.

Notizen.

— Vorträge. Freitag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, spricht im Bürgeraal des Rathhauses in einem öffentlichen Vortrage des Deutschen Nonnenbundes Dr. Otto Juliusburger über „Gehirn und Seele“.

— Kunstchronik. Die Marées-Ausstellung in der Sezession wird am Sonntag den allgemeinen Besuch eröffnen. Einige der großen dekorativen Wandbilder werden dem Plane von Marées entsprechend in eine Goldverkleidung eingebaut.

Arbeiter erzählt, wie sein Vater oder Großvater im deutsch-französischen Kriege mitgelämpft hat, wie er mitgeholfen hat, das Deutsche Reich zu gründen und wie zum Danke dafür der Sohn und der Enkel von der heimischen Scholle vertrieben werden! Das sollten Sie nur einmal hören, und Sie würden empfinden, daß das, was Herr v. Dziembowski ausgeführt hat, eine Schande für den deutschen Namen ist. (Lebhafte Bravo! bei den Polen, den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. v. Dziembowski-Bowian (Polen) dankt allen Rednern, die für den Antrag und für das gute Recht der polnischen Staatsbürger eingetreten sind. Redner polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Reinge. Auf die Geschichtsbilderungen des Abg. Böhmke verfährt er sich eigentlich nicht einzugehen. (Vielstimmige Zustimmung.) Polen hat früher als Preußen die Weidgerechtigkeit aufgegeben. (Hört! hört!) Herr Dr. Böhmke sprach von einer „inferioren Rasse“. Ich meinerseits bin stolz darauf, einer Rasse anzugehören, die ein Dr. Böhmke als minderwertig bezeichnet. (Vielstimmige Zustimmung und Heiterkeit.) Herr Graf Westarp hat uns einmal erzählt, daß er irgendwann einmal das Ausscherekrane gemacht hat. Gut, daß er es gesagt hat; aus seinen heutigen Ausführungen war es nicht zu erkennen. (Schallende Heiterkeit.) Graf Westarp meint nicht einmal die Begriffe „Nationalität“ und „Staatsangehörigkeit“ auseinander halten zu können. — Im Jirkus Busch war soviel die Rede von der Heiligkeit des Eigentums. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wegen der Nachlässigkeit wurde sogar die Reichsregierung sozialistischer Tendenzen beschuldigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren von der Sozialdemokratie haben aber völlig recht, wenn sie den Konservativen vorwerfen, daß sie die Heiligkeit des Eigentums nur solange respektieren, als es ihnen paßt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Die großpolnischen Agitatoren sind nicht in unserer Reihen zu finden; die wahren großpolnischen Agitatoren, das sind die preussischen Minister, das sind die Abgeordneten, die für die Entleerungsvorlage stimmen, das sind die Leute, die solche Reden halten wie der Abg. Dr. Böhmke. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen und im Zentrum.) Steht das Deutsche Reich denn auf so schwachen Füßen, daß es unzufallen droht, wenn die Polen auf ihrem heimischen Boden toben? Diese Anghörslichkeit hat der konservative Graf Mirbach im Herrenhause gebührend verspottet. (Hört! hört! im Zentrum.) — In den östlichen Provinzen ist die gute Bekanntheit ein brillantes Geschäft. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen und Sozialdemokraten.) Eine Anzahl Existenzen, Beamte, Grundbesitzer, Zwischenhändler, profitieren von der Entleerungspolitik. (Sehr wahr! links und im Zentrum.) Wir bitten die Vertretung des deutschen Volkes, unseren gerechten Antrag anzunehmen. (Lebhafte Beifall bei den Polen.)

Abg. Lebedew (Sog.):

Auch mir fiel es auf, daß vor acht Tagen die halatjische angefränkelten Parteien dieses Hauses durch schnelle Vertagung sich der sofortigen Beantwortung der von polnischer Seite erhabenen Beschwerden entzogen. Aber ich war nicht so naiv wie der Herr Kollege Sedda, dies auf das Erwachen eines Schamgefühls zurückzuführen. (Lebhafte Zustimmung und große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich führe das Verhalten jener Parteien auf die Schwierigkeit zurück, die Ablehnung des polnischen Antrages mit der christlichen und konservativen Bestimmung in Einklang zu bringen. (Sehr wahr! bei den Polen und im Zentrum.) Die Schwierigkeit ist allerdings groß, so groß, daß trotz der Woche Zeit zur Ueberlegung, die sie hatten, jene Parteien nicht von Belang zur Verteidigung der preussischen Regierung vordringen können.

Den Gipfel parlamentarischer Unglaublichkeit hat heute der Abg. Dr. Böhmke erklommen. (Schallende Heiterkeit und vielstimmige Zustimmung.) Er sprach von einer „kulturell niedrig stehenden Rasse“. Groß sind ja die Ansprüche nicht, die wir an die Wissenschaftlichkeit der Reden zu stellen gewöhnt sind (Große Heiterkeit und sehr richtig! links), aber das sollte man denn doch von einem sozusagen gewerkschaftlichen Vertreter der Rassenlehre (Erneuerte Heiterkeit und Zustimmung links) erwarten, daß er sich einigermaßen mit dem Begriff „Rasse“ auseinandergesetzt hat. Herr Dr. Böhmke spricht led von einer deutschen und polnischen Rasse, während es bekanntlich reinrassige Völker in Europa überhaupt nicht gibt. (Zuruf: Alles gemischt! Zustimmung und große Heiterkeit, Widerspruch des Abg. Ding.) Ach, Herr Ding, mit Ihrem Zwischenruf beweisen Sie nur, daß Sie auf demselben Niveau stehen wie Herr Dr. Böhmke. (Schallende Heiterkeit und sehr gut! links.) Nach den wissenschaftlich festgestellten Tatsachen hat sich in Nordamerika eine arische Rasse mit vorarischen mongoloiden Rassen gemischt. Nach allem, was wir von der arischen Rasse wissen, entsprechen etwa die Herren Hirt Rodzivil, v. Dziembowski, Herr Sedda in ihrer körperlichen Erscheinung den arischen Rassen. Wenn man aber nach einem ausgeprägten mongoloiden Typus hier suchte, so wäre das etwa der Abg. Böhmke. (Schallende Heiterkeit.) Wenn man auch der mongoloiden Typus auf eine tiefer stehende Rasse schließen läßt (Erneuerte Heiterkeit), so wollen wir doch auch den mongoloiden Elementen in unserer Bevölkerung, die gerade da besonders stark in die Erscheinung treten, wo man sich mit seinem Arierthum brüsst, die volle Rechtsgleichheit zugestehen.

Herr Böhmke hat, da ihm alle wissenschaftlichen Begriffe in seiner antilegalen Agitation abhanden gekommen sind, gemeint, wir Sozialdemokraten wollten auch die Konkurrenz einer niedrigeren Rasse fernhalten, und führte dazu Beispiele aus Australien an, wo man sich gegen die chinesische Einwanderung wehrt. Que hat ihn schon aufgefordert, seine Behauptungen durch Zitate aus unserer Literatur zu beweisen. Aber das Beispiel paßt auch schon aus dem Grunde nicht, weil die Polen, gegen deren Konkurrenz wir uns nach der Auffassung des Herrn Böhmke wehren sollen, nicht Zugewanderte sind, wie die Chinesen in Australien, sondern seit Jahrhunderten, seit fast einem Jahrtausend auf dem Boden sitzen, den sie heute bewohnen, und weil sie völlig gleichberechtigte Bürger des preussischen Staates und Deutschen Reiches sind. Es handelt sich hier nicht um Leute, die von außen hereingedrungen sind, sondern um Leute, die durch die geschichtliche Entwicklung zu unserem Staatswesen gehören und nach der preussischen Staatsverfassung als absolut gleichberechtigt behandelt werden müssen, wenn man nicht in der schändlichsten Weise die Reichs- und Staatsgesetze mißdeutet, um für die Verdrängung eines ganzen Volkes einzutreten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Polen.)

Die Herren Böhmke und Westarp haben in ihrer peinvollen Verlegenheit, um eine Ablenkung zu schaffen, Zitate über Differenzen in der polnischen Partei verlesen. Ich zweifle nicht, daß es solche gibt. In welcher Partei gibt es deren nicht! (Große Heiterkeit.) Aber selbst wenn die Herren mit diesen Ausführungen Recht hätten, so wäre das doch für die Frage, die uns hier beschäftigt, vollkommen gleichgültig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Art und Weise, wie die konservative Partei sich hier zu dieser Sache stellt, ist sehr charakteristisch. Graf Praschna hat ja schon darauf hingewiesen, daß die Majorität der konservativen Partei im Herrenhause gegen das Entleerungsgesetz gestimmt hat. (Sehr richtig!) Die Herren, die aus ihren persönlichen Besitzverhältnissen heraus und aus ihrer rein konservativen Anschauung die Sache beurteilen, werden eben von einem unheimlichen Gefühl ergriffen, weil sie ahnen, was das zu bedeuten hat, daß ein solches Gesetz in Preußen angenommen ist. Weniger angekränkt von solchen Gedanken sind die polizeilich bürokratischen Elemente. (Große Heiterkeit.) Und die Ausführungen der konservativen Partei hier hat ja auch ein Polizeibureaukrat gemacht, der durch wirtschaftliche Erfahrungen nicht beschwert ist. Wo es sich um den Besitz handelt, dringt bei den besitzenden Elementen die konservative Bestimmung doch sicher durch, da können sie sich nicht dazu aufschwängen, zu sagen, was der Polizeibureaukrat bei jeder Gelegenheit betont:

National ist, was die Polizei erlaubt, patriotisch ist, was die Polizei befehlt.

(Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Entleerungsgesetz hat ja das Charakteristische an sich — was ich auch bei der Beratung des Vereinigungsgesetzes schon betonte — daß es, allerdings in gesetzlicher Form, doch der Verwaltungsbehörde, der Polizei die Möglichkeit zu administrativer Willkür schafft. Das hat ja der Antragsteller auch durch seine Beispiele bewiesen. In der Anwendung sind nicht einmal diejenigen Schranken innegehalten, welche im Abgeordneten- und im Herrenhause die Befürworter des Gesetzes als angeblich feste Schranken angeführt haben. Es zeigt sich eben auch da der Krebsknoten unserer ganzen Gesetzgebung, daß die Polizeikommissionäre, die Sergeanten und Landräte (Große Heiterkeit.) stets darauf erpicht sind, die Gesetze, welche ihnen einen administrativen Spielraum lassen, so auszulagern, daß die davon betroffenen Bevölkerungsteile auf das härteste schikaniert werden. Damit befriedigen sie ihre patriotische Pflicht und dazu werden sie ermutigt durch die Regierung, durch die Behörden, durch die Minister mit ihren schönen Reden, daß bei der Ausführung der Gesetze alles nicht so schlimm sei. Statt ihnen eine Schranke zu setzen, ermutigen die Minister diese Polizeiorgane geradezu zu ihrem Vorgehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hier wurde ein Beispiel angeführt, daß ein Arbeiter auf Grund eines Erlaubnisbescheides ein Haus gebaut hatte, dann aber kam die Anstiedelungskommission und sagte, der Mann wäre nicht ansiedelungsberechtigt, und deshalb müsse der Bau inibiert werden? Ist das nicht der reine Hohn, nicht nur auf eine lokale Anwendung des Gesetzes, sondern auch auf jede Menschlichkeit? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Wo sind da die preussischen Minister, die übergriffen haben? Hier sind sie nicht, um sich zu verteidigen, sie überlassen die Verteidigung untergeordneten Beamten, die mit kleinen Wigeleien darüber weggehen wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier wagen sie nicht, Rede und Antwort zu geben. Wenn von der Majorität des Reichstages verlangt wird, daß die Reichsgesetze beobachtet werden sollen, dann glänzt der ganze Bundesrat durch Abwesenheit. Wahrscheinlich haben die Herren jetzt zu beraten, wie sie nach der Jirkus Busch-Verammlung die schwindende Gunst der Konservativen von neuem erhalten können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ganz besonders interessant ist das Verhalten der Konservativen in der Zeit, wo ihre Wortführer gegenüber der Nachlasssteuer immer den Familien in im Munde führen! Der Familienfiskus muß gepflegt werden, deshalb dürfen Leute mit mehr als 20 000 M. Vermögen keine Vermögenssteuer zahlen. (Sehr gut! links.) Der Familienfiskus muß geschützt werden gegen irgend welche steuermäßigen Eingriffe in den Besitz. Hier aber, wo ein Gesetz gemacht wird, um bestimmte Bestandteile der Bevölkerung der administrativen Willkür derart auszuliefern, daß der Zusammenhalt der Familie zerstört wird, daß die Familie von Grund und Boden vertrieben wird, da regt sich der Familienfiskus der Konservativen nicht. Es handelt sich ja nicht um ihre Familien. (Lebhafte Beifall bei den Polen, Sozialdemokraten und im Zentrum; Unruhe rechts.) Da kümmern sie sich nicht um das Schicksal von Tausenden, da zeigen sie, daß ihnen ihre angeblich christlichen und konservativen Grundzüge weiter nichts sind als Schaugepränge, daß sie ihnen gar nicht ins Innere hineingehen, daß sie bereit sind, sie jederzeit an den Nagel zu hängen, ganz ebenso wie ihre monarchische Bestimmung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei dem Zoll von 3 M. sind sie sehr monarchisch, bei 10 M. Zoll würden sie in glühende Begeisterung für jeden Monarchen geraten. (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn aber einmal unter Mitwirkung eines preussischen Königs der Zoll aufgehoben werden sollte, was allerdings kaum zu befürchten ist, dann würden nicht etwa Sie hier im Hause, wohl aber Ihre Anhänger (große Heiterkeit) die Worte zur Hand nehmen, um die Thronen trocken zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Genau so verhält es sich mit Ihrer konservativen Bestimmung! In einem großen Teil der konservativen Partei hat sich jetzt wegen des Entleerungsgesetzes ein Gefühl der Besorgnis festgesetzt. Diejenigen unter Ihnen, die weisheitsvoller sind als die Polizeibureaukraten, die ich eben, daß die preussische Regierung und die Junker mit diesem Gesetz den Akt angelegt haben, auf dem sie sitzen. (Lebhafte sehr richtig!) Das Gesetz ist als „sozialistisch“ bezeichnet worden. Es ist im Gegenteil sogar geradezu antisozialistisch. Der Sozialismus will im Interesse der Gesamtheit die Privilegien einzelner beseitigen, Sie aber wollen im Interesse einer Klasse große Bevölkerungsteile enteignen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber Sie werden gar nicht erreichen, was Sie erreichen wollen oder vielmehr erreichen zu wollen vorgeben. Denn ich kann mir nicht denken, daß irgend einer sich einbilden sollte, die Polen würden nach diesem Gesetz aufhören zu existieren oder, wie Herr Böhmke sagte, Konkurrenz zu machen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dadurch, daß einzelne Polen von Haus und Hof vertrieben werden, werden sie doch nicht von der Konkurrenz vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, vielmehr gerade dazu getrieben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was aber wollen Sie sonst noch? Sollen die Polen etwa christlich konservativ deutsche Staatsbürger werden? Welcher Gedanke, daß jemand durch solche Polizeigesetze in seiner Bestimmung zugunsten derer gewandelt werden könnte, die die Gesetze erlassen haben! Das gerade Gegenteil wird erreicht, eine fürchterliche Erbitterung wird erzielt und gar nichts im Sinne der staatsbehaltenden Grundzüge, die Ihnen vorschweben. (Sehr richtig! bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Erreicht wird, daß in den weitesten Kreisen des Volkes, speziell bei den Polen, die Ueberzeugung fest eintritt, daß dieser Vater Staat in seiner väterlichen Bestimmung nur als ein Schächer derjenigen Bestimmung auftritt, die Sie als „staatsbehaltend“ bezeichnen. Graf Praschna hat ausgesprochen, was wahrscheinlich im geheimen Tausende von konservativen Männern in Preußen fühlen, aber nicht auszusprechen wagen. Zerstört wird durch dieses Gesetz das Vertrauen zum Staate und zerstört wird die staatsbehaltende Bestimmung, wenigstens die, die Sie so nennen. Und insofern wirken Sie zu einem Zustande mit, daß schließlich die große Masse der Bevölkerung sich sagt: Bei dieser Gesellschaftsorganisation, die uns solche Gesetze beschert, ist für unser Wohl wahrlich nicht gesorgt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch, daß Sie das Vertrauen zur bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zerstören, arbeiten Sie der Verbreitung der sozialistischen Ideen vor. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weil wie Sozialisten diese

infame Art der Enteignung und Vernichtung von Existenzen aus sogenannten nationalen Rücksichten bekämpfen, weil wir Ihre bittersten Feinde sind und die preussische Regierung und Sie aus Erbitterung bekämpfen, wird das Volk Vertrauen zu uns fassen und erkennen, daß wir die Volkswohlfahrt besser verstehen als die Klassen, die in der Regierung sitzen und in ihrer Verblendung gar nicht wissen, was sie tun. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! im Zentrum.) Glauben Sie doch nicht, damit das zu fördern, was Sie „nationale Bestimmung“ nennen. Diese Polenverfolgung ist genau dasselbe wie vor achtzig Jahren die Demagogenvorgänge. Wie damals die „Sämälzgenossen“ wegen deutschnationaler Bestimmung verfolgt wurden, so heute die Polen wegen polnischnationaler Bestimmung. Es ist dieselbe Politik, die sich damals in der deutschen Demagogieherlei zeigte. In der Beziehung bleibt die preussische Bureaukratie konsequent, daß sie immer das absolut Unfähigste und Schändlichste für den Staat tut, dem sie angeblich dient. (Lebhafte anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Böhmke (Wirtsch. Gg.): Gerade die Tatsache, daß die Herren Stadthagen und Ledebour auf Seiten der Polen stehen, wird weiteren Kreisen des deutschen Volkes darüber die Augen öffnen, daß die polnische Sache die schlechte ist. (Schallende Heiterkeit links und im Zentrum.) Redner ergeht sich in historischen Betrachtungen, die große Heiterkeit erregen. Die australische Arbeiterpartei wahrlich darf den weichen Charakter Australiens, und der deutsche Arbeiter mag den polnischen nicht leiden. Wir (Heiterkeit) werden die deutschen Arbeiter von der Internationalität der Sozialdemokraten

überzeugen, die Leute wie Singer und Stadthagen an der Spitze haben. (Anhaltende Heiterkeit links.)

Abg. Dove (fr. Gg.): Im Herren- und Abgeordnetenhaus haben Graf Mirbach, Fürst Hatzfeldt, Prinz Carolath, Herr von Redder usw. den Standpunkt in der Polenfrage eingenommen, den wir stets vertreten haben! (Hört, hört!) Graf Westarp sprach hier von „veredelndem Einfluß“ der Konservativen auf uns Freisinnige. (Leutes Lachen links.) Wir haben bisher den Hohn nicht als Erziehungsmittel betrachtet. (Große Heiterkeit und sehr gut! links.) Von einer erzieherischen Wirkung des Hohns und des Fürsten Wilow auf die Konservativen habe ich noch nichts gemerkt. (Lebhafte Zustimmung links.) Das zeigen die Reden im Jirkus Busch und namentlich die Behandlung, die Professor Wagner zuteil geworden ist. (Lebhafte wiederholter Beifall links und auf der Tribüne.) Was Herr v. Böhmke betrifft, so dürfte noch seiner Physiognomie — und seinem Namen — zu schätzen, seine Bioge nicht allzuweit von Prag gestanden haben. (Schallende Heiterkeit.) — Wer ist es, der gerade die polnischen Arbeiter ins Land zieht? Der Graf Grundbesitz! (Lebhafte anhaltender Beifall links.) — Und nun noch ein Wort zum Veredelungsveruch des Grafen Westarp: Sein Juntergefühl reicht nicht an unseren Bürgerholz. (Lebhafte Beifall links und auf der Tribüne.)

Abg. Due (Sog.):

Herr Dr. Böhmke hat versucht, in unseren Reihen Reigungen für eine Ausnahmebehandlung der Polen zu erwecken. Unter anderem hat ihm ein Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ als „Beweis“ dienen müssen. Der Artikel ist von Schöppel, der sich darin in objektiver, rein referierender Weise über australische und sonstige koloniale Arbeiterpolitik verbreitet. Ein weiterer von Herrn Dr. Böhmke angezogener Artikel von Schulze-Gäbernitz ist gleichfalls rein referierend, wobei außerdem noch zu bemerken ist, daß Herr Schulze-Gäbernitz politisch Herrn Böhmke näher steht als uns. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da muß Herr Böhmke schon mit anderem Material aufwarten, wenn er uns Sozialismus nachweisen will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Böhmke sprach von der Behandlung der Polen durch England. In England wird niemandem der Gebrauch seiner Muttersprache verboten. In England kann jeder reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und daß das in Deutschland anders ist, das ist, wie ich wiederhole, eine wahre nationale Schmach! (Lebhafte anhaltender Beifall bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.) behauptet noch einmal, daß das preussische Entleerungsgesetz der Verfassung nicht widerspricht. Redner ergeht sich dann in halatjischen Phrasen und behauptet unter dem Widerspruch des Zentrums, daß die Katholiken bei der Ansiedelung nicht zurückgesetzt werden.

Abg. v. Dziembowski (Polen): Graf Westarp hob die nationale Bestimmung hervor. Dann müssen Sie sie auch bei uns Polen achten. (Sehr richtig! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Die administrative Willkür bei der Anwendung des Entleerungsgesetzes ist noch schlimmer als die Umgehung und Verletzung des Reichsrechtes. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Pauli (Oberbarnim, Apt.): Der Abg. Westarp konnte nicht auch im Namen der Reichspartei sprechen. Ich habe im preussischen Abgeordnetenhaus gegen das Entleerungsgesetz gestimmt und werde hier für den Antrag der Polen stimmen. (Lebhafte Bravo! im Zentrum und bei den Polen.)

Abg. Erzberger (S.) befragt gegenüber dem Grafen Westarp noch einmal, daß bei der Ansiedelung die Katholiken zurückgesetzt werden. Hiermit schließt die Diskussion.

In der gleich darauf vorgenommenen zweiten Lesung ergreift niemand das Wort.

Die von polnischer Seite beantragte namentliche Abstimmung wird darauf auf die nächste Sitzung, Freitag 2 Uhr, vertagt. (Außerdem Etat des Kolonialamts.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Stadtverordneten-Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Richelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Dem verstorbenen Bürgerdeputierten Dr. Volle wird ein ehrender Nachruf gewidmet.

Aus der Ausschussberatung des Antrages Ladewig, den Magistrat zu ersuchen, schenkt ein Projekt bezüglich Erbauung einer Stadtbibliothek vorzulegen, ist folgendes Ergebnis herausgekommen: Die Annahme des Antrages wird einstimmig empfohlen; daneben soll aber der Magistrat auch ersucht werden, die Stadtbibliothek nebst Lesesaal von morgens 10 bis abends 10 Uhr offen zu halten.

Nachdem der Referent Stadt. Caffel (A. L.) die Annahme des Ausschussantrages warm empfohlen, wird letzterer einstimmig zum Beschluß erhoben.

Mit der Aufhebung der Ermäßigung der Abonnementshandgelder in den Markthallen X, XI und XIII und mit der Wiedereinführung der früheren Tarife ab 1. April 1900 hat sich der eingesezte Ausschuss einverstanden erklärt. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation darüber zu verhandeln, welche Schritte zu tun sind, um das Innere der Markthallen für die Stadtgemeinde günstiger zu gestalten. Ohne Debatte beschließt die Versammlung nach dem Ausschussantrage.

Zu der Vorlage betreffend die Festsetzung der Diäten für die Hilfskräfte hat der niedergesetzte Ausschuss folgende Beschlüsse gefaßt:

Den Magistrat zu ersuchen,

1. die Anfangsdiäten der händigen Hilfsdiener auf 3,00 statt 2,50, nach einem Jahre auf 3,90 statt 3,80 M. festzusetzen, und die Anfangsdiäten der vorübergehend eingestellten Hilfsdiener auf 3,80 statt 3,50 M. zu erhöhen;

2. bei den „Diplomingenieuren und künstlerisch gebildeten Architekten“, den „Architekten und Ingenieuren“, den „Technikern 1. Klasse (Bauassistenten)“ und den „Technikern 2. Klasse“ die Stala beirat zu erhöhen, daß 1. nach sechsjähriger Dienstzeit eine Erhöhung von monatlich 30 M., 2. nach zehnjähriger Dienstzeit eine Erhöhung der Höhe um 30 M. monatlich eintritt.

Ueber die Petition der Reinigungsfrauen des Magistrats um Aufbesserung ihrer Löhne soll zur Lageordnung übergegangen werden.

Im übrigen ist der Ausschuss den Magistratsvorschlägen durchweg beigetreten.

Das Referat erstattet Stadt. Liebenow (A. L.). Auch hier wird eine Debatte nicht beliebt. Die Versammlung tritt den Ausschussanträgen einstimmig bei.

Stadt. Barth (A. L.) erstattet Bericht über die neuerlichen Verhandlungen des Ausschusses für die Magistratsvorlage betr. das Scheunenbiererei. Der Ausschuss schlägt folgendes vor:

Die Versammlung nimmt von der Magistratsvorlage Kenntnis mit folgender Beschlusfassung, der der Magistrat beizutreten ersucht wird:

Die Scheunenbierereikommission wird ermächtigt, die Veranfernung des Baugeländes des Scheunenbierereis vorzubereiten mit folgenden Aufgaben:

a) Der Verkauf ist öffentlich anzuschreiben.

b) Für den Gesamtverkauf wird ein Mindestpreis von acht Millionen Mark festgelegt.

c) Für den Einzelverkauf soll die Bewertung der Parzellen des von der Kommission aufgestellten Aufstellungsplanes maßgebend sein, jedoch ist die Kommission beauftragt, diesen Plan den Verkaufsbedingungen gemäß zu ändern und einen entsprechenden Ausgleich in den Preisen vorzunehmen.

d) Es bleibt der Kommission überlassen, die Verkaufsbedingungen unter möglicher Anlehnung an die bei der Grundeigentumsdeputation üblichen Bestimmungen festzusetzen.

e) Der Zuschlag erfolgt durch Gemeindecbschluß.

Die Versammlung beschließt demgemäß ohne Debatte
Den Vorentwurf für den Neubau eines Wohngebäudes für 7 Familien, einer Stallanlage sowie von Räumen für Fahrzeuge und Feuerlöschgeräte bei der Zentrale in Buch hat der niedergesetzte Sonderausschuss unter dem Vorsitz des Stadts. Liebherr (Fr. Fr.) mit 7 gegen 3 Stimmen abgelehnt; er schlägt vor, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, in welcher die Wohngebäude und die Wirtschaftsgebäude getrennt gehalten werden; dabei soll die Versammlung dem Magistrat anheimgeben, sofort auf die Schaffung von mehr Wohnungen Bedacht zu nehmen. Referent ist Stadts. Liebherr.

Vom Stadts. Louis Sachs (A. L.) ist folgender Gegenantrag eingebracht:
Die Versammlung genehmigt die Vorlage mit der Maßgabe, daß bei Verlegung der speziellen Projekte eine nicht unerhebliche Verringerung der Baukosten bewirkt wird. Gleichzeitig wird die Bauverwaltung ersucht, zwei Projekte vorzulegen, in welchen die Wohn- und Wirtschaftsgebäude a) getrennt, b) gemeinsam vorgesehen sind.

Stadtbaurat Hoffmann: Mit Rücksicht auf die etwas eigenartige Art und Weise, wie dieses harmlose Projekt von einer Seite behandelt worden ist, möchte ich mich ganz kurz fassen. Das Plenum wird sich nicht mit der Frage befassen wollen, ob zwei Eitel sich in einem nach Südwesten gelegenen Stall wohlfühlen können oder ob die Pläne, die sie vorgelegt werden, erst auf Papier ausgeführt werden müssen. Aber auch die Art der Kostenberechnung ist von Herrn Liebherr in der ersten Lesung bemängelt worden, und zwar mit solcher Bestimmtheit, daß ich wohl glauben konnte, es sei bei uns ein Verstum unterlaufen. Die von mir angeordnete Nachprüfung der Kostenrechnung hat ergeben, daß das nicht der Fall war; dennoch ist Herr Liebherr nicht überzeugt worden. Da habe ich die Deputation ersucht, die Frage klarzustellen; das ist geschehen, und die Deputation stellt fest, daß die Berechnung des Kostenüberschlages genau den für die Hochbaudeputation seit mehr als dreißig Jahren bestehenden Bestimmungen und den gleichen Bestimmungen für das preussische Staatsbauwesen entsprechend ausgeführt ist. Diese Feststellung erfolgte einstimmig. Es lassen sich Gebäude sehr wohl konstruieren, in denen auch Vieh untergebracht ist, ohne daß es die menschlichen Bewohner stört. Ich habe den Bemängelungen aus der Versammlung stets Raum gegeben und muß anerkennen, daß mir die Architekten aus der Versammlung im Laufe der 12 Jahre viele gute und belehrende Ratschläge gegeben haben. Die Bauverwaltung hat gerade jetzt sehr große und schwierige Aufgaben fertigzustellen; wir müssen tunlichst davor bewahrt bleiben, unsere Kraft an Kleinliche Meinungen zu verschwenden.

Stadts. Sachs: Mein Antrag hat auch dem Ausschusse schon vorgelegen; er wird heute von sämtlichen Mitgliedern meiner Fraktion Jänen empfohlen. Der Ausschussantrag lautet an dem großen Fehler, daß er die Ablehnung empfiehlt und damit die Ausführung um ein Jahr verzögern würde. Das geht nicht wegen der großen Wohnungsnotlage für unsere Beamten in Buch. Wir wollen nicht schroff und kleinlich die uns vorbehaltenen Kritik üben, aber eine sachliche Kritik ist nicht nur im Interesse der Sparsamkeit geboten, sondern, wie ich weiß, auch dem Bauamt sehr erwünscht. (Beifall.)

Stadts. Bergmann (Soz.): Kollege Liebherr hat seine Aufgabe als Vorsitzender ebensowenig richtig aufgefaßt wie seine Stellung als Vorsitzender eines Ausschusses; er hat immer seine eigene Ansicht, nicht die des Ausschusses zum Ausdruck gebracht. Der vorliegende Gegenstand konnte allerdings kaum Veranlassung geben, daß der Bauamt, so wie geschehen, auf dem Esel herumgeritten ist. Der Ausschuss schlägt vor, eine Vorlage zu fordern, wonach die betreffenden Bauarbeiten ausinandergeschaltet werden. Dabei ist man davon ausgegangen, daß keine Veranlassung vorliegt, eine solche Kombination von Stall und Wohnung unter einem Dach vorzunehmen. Jedenfalls ist das in Buch keine Notwendigkeit, wo Grund und Boden reichlich vorhanden ist. Gewisse Bedenken habe ich auch deshalb, weil es Beispiele gibt, wo es nicht einmal in Wohngebäuden gelungen ist, wohlhabende Wohnungen zu schaffen. Zwingende Gründe liegen also nicht vor, architektonische noch weniger. Der Magistrat wird sehr wohl dem Ausschussantrage entsprechen können.

Stadts. Gremer (Fr. Fr.): Sie haben in Berlin viele, auch herrschaftliche Wohngebäude, in denen auch ein kleiner Stall steht. Die Trennung ist also keine Notwendigkeit. Damit schließt die Beratung. In seinem Schlußwort betont der

Referent, daß es auch dem Bauamt nicht gelungen ist, irgend etwas von den gezeigten Kommissar zu widerlegen; es habe einfach Meinung gegen Meinung gehandelt.

Stadts. Kommissar (Fr. Fr.) demerkt zur Geschäftsordnung: Es ist auf verschiedenen Seiten so verstanden worden, als hätte der Stadtbaurat Kommissar aus dem Ausschuss genannt. Sollte das zutreffen, so möchte ich ihn bitten, von der Gepflogenheit, Namen nicht zu nennen, in Zukunft nicht abzuweichen.

Stadtbaurat Hoffmann: Ich habe von den Ausführungen des Herrn Liebherr in erster Lesung mit Ramenennung gesprochen. Der Antrag Sachs wird von der Mehrheit angenommen.

Unter dem Vorsitz des Vorsitzers Nische hat der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage wegen Aufnahme neuer und erhöhter Zuwendungen und Beiträge an gemeinnützige Anstalten, Vereine usw. in den Etat für 1900 beraten. Die meisten Vorschläge des Magistrats sind vom Ausschuss ohne weiteres gutgeheißen worden. Für den Verein Sänglingskrankenhause befürwortet er die Erhöhung der bisherigen Subvention von 1000 auf 2000 M. (statt 1500 M.); er empfiehlt ferner, auch für den freiwilligen Erziehungsbeitrag für schulenlose Frauen die jährliche Subvention von 5000 auf 5000 M. und den Zuschuß an die „Elisabethstiftung für Witwen und Waisen unbesoldeter Kommunalbeamter“ von 10 000 auf 15 000 M. zu erhöhen. Ferner soll dem Berliner Verein für Obdachlose für 1900 eine außerordentliche Beihilfe von 15 000 M. (neben den bisherigen 12 000 M.) gewährt werden. Die Forderung einer Beihilfe von 5000 M. für den „Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft für Groß-Berlin“ ist abgelehnt worden. Die beantragte Erhöhung der Beihilfe von 100 M. für den Berliner Waldschützenverein auf 3000 M. hat der Magistrat zurückgezogen.

Stadts. Friedemann (Soz.-fortsch.): Wir beantragen, die Magistratsvorlage wegen Einstellung von 5000 M. für Rechtsauskunftserteilung wiederherzustellen. Es handelt sich um ein sozialpolitisches Ziel. Vor allen Dingen müssen die armen Leute eine Auskunftsstelle haben, wo sie über Fristverläufe und andere Formen der Rechtspflege unterrichtet werden. Für die von einer bestimmten Partei unterhaltenen Arbeitersekretariate werden wohl auf absehbare Zeit Unterhaltungen von der Stadt nicht gegeben werden.

Stadts. Gassel: Für meine Person kann ich dem Antrag des Vereines zustimmen. Außerdem wiederhole ich meine Anregung auf Erhöhung der Zuwendung von 10 000 M. an den Verein für das Wohl der schulenlosen Jugend, damit dieser mehr für Hochschulen und Haushaltungsschulen tun kann, wenigstens im nächsten Jahre.

Stadts. Ramslau: Die letztere Anregung wird erwogen werden. Die Schulfächer des Vereines befinden sich ja in städtischen Räumen. Bei der Rechtsauskunftserteilung handelt es sich nicht mehr um einen schülerlosen Versuch, sondern um eine Sache, die schon in zahlreichen Städten erprobt ist und sich sehr bewährt hat. Die Zeitungen können diese Auskunft nicht ersehen. Die Arbeitersekretariate leisten sehr gutes; aber ihre Tätigkeit ist doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Gegen eine Verhinderung der Sache muß ich mich sträuben.

Stadts. Rosenow (A. L.): Ich kann auch meinerseits die Bewilligung nur dringend befürworten. Dem Magistrat empfehle ich für das nächste Jahr den Berliner Krüppelverein zur Berücksichtigung.

Die Mehrheit nimmt den Antrag Friedemann an und bewilligt entgegen dem Ausschussantrag die 5000 M.
Im übrigen tritt die Versammlung sämtlichen Ausschussanträgen bei.

Mit der Festsetzung von Plankontingenzen für die Straßen A und B auf dem Gelände der Godanstraße an der Sellenstraße nach Maßgabe des Entwurfs des städtischen Vermessungsamtes hat sich der eingesehene Ausschuss einstimmig einverstanden erklärt. Die Versammlung beschließt dementsprechend.

Der Schlacht- und Schaugebührenantrag für 1900 wird genehmigt.
Zur Beratung steht nunmehr die Vorlage wegen Neugestaltung des Berliner Rettungswesens. Wir haben über den Inhalt der Magistratsvorlage bereits ausführlich berichtet. Der Verein der Berliner Rettungswesen, das Kuratorium der Unfallstationen und die Sanitätswachen sollen sich vertraglich auf 3 Jahre verpflichten, unter Kontrolle der Stadt nach diesem Plane Stationen zu unterhalten, und zwar der Rettungswachen 6 Hilfsstellen (2 Volkswachen und 4 Halbstationen), das Unfallstationenkuratorium 11 (4 Volk-, 7 Tagesstationen), die Sanitätswachen 11. Als städtischer jährlicher Zuschuß sollen dem Rettungswesen, dem Kuratorium und den Sanitätswachen 90 000, 75 000 und 36 000 M. bewilligt werden. Außerdem soll in den 18 Feuerwachen je eine fahrbare Tragbahre zur Aufstellung gelangen.

Stadts. Koblenger (Soz.): Was lange dauert, wird gut, pflegt man zu sagen; aber hier hat es zwar lange gedauert, ist aber nicht gut geworden. Die Vorlage wird getragen von der Liebeshierarchie, die den Dementen, der sie solange gebelgt hat, auszeichnet; aber wir finden doch einen Mangel an Sachkenntnis darin, der auch die Erreichung des Zieles verhindert. Schon 1907 im Herbst sollten wir eine definitive Vorlage bekommen; jetzt erhalten wir sie, und was entsteht sie? Ungefähr soll alles beim alten bleiben. Ertragungschaften sind ja da: die Macht der Ärzte wird gestärkt, die Berufsgenossenschaften kommen weiter auf ihre Rechnung und ein großer Teil der Kosten wird ihnen abgenommen. Das ist außerst liebenswert; durch Liebeshierarchie kommt man aber hier nicht weiter, da ist auch Energie und Sachkenntnis nötig. Die Position des Dementen war ja allerdings sehr schwierig, da die private Wohltätigkeit bei solchen Veranstaltungen nach der Meinung des entscheidenden Teils der Versammlung nicht ausgeschaltet werden soll. Die Vorlage ist ein Kompromiß, worüber übrigens die Parteien draußen noch gar nicht einig sein sollen; unmöglich wird der Rettungswesen der Herabsetzung des Honorars zustimmen. Da möchte man die Vorlage dem Magistrat zurückgeben; indessen würde nach unserer Meinung auch dann nichts Besseres herauskommen. Vielleicht macht die Ausschussberatung aus der Sache noch etwas Brauchbares. Man hat von Stadtwegen die drei Kategorien revidieren lassen und gefunden, daß sie ganz gut funktionieren. Ich bestreite das an sich gar nicht. Augenscheinlich ist man der Meinung, genügende Informationen einzubringen, aus dem Wege gegangen; man hat nur die Interessenten gehört, die an den Ertragungen beteiligt sind, aber nicht die Konsumenten, die bezahlen sollen. Das Rettungswesen, die Sanitätswachen, sie funktionieren brillant, aber bei den Unfallstationen ist man in Verlegenheit mit dem System nicht zufrieden; so liest man in der Vorlage — das wußten wir aber schon lange, dazu brauchte man keinen Revisor hinzuschicken — nur um den Stimmungen im Publikum Rechnung zu tragen, heißt es weiter, mußte Wandel geschaffen werden. Dieser Wandel besteht nun darin, daß man sie im wesentlichen auch bestehen läßt; es kommt in großen und ganzen nur auf eine Änderung der Firma hinaus, damit die Bürger nicht kopflos werden. Auch die Mittel werden wie bisher dort eingesetzt werden, aber — die Weiterbehandlung wird fortfallen. Das ist das ganze Ergebnis, wofür 65 000 M. mehr von Stadtwegen gegeben werden sollen! Wie kommt man dazu, den Berufsgenossenschaften soweit entgegenzukommen, die anderen Kontingenten aber außer acht zu lassen? Niemand denkt daran, die Kontingenten zu fragen, welcher Klasse sie angehören und sie zu ihrem Arzt zu schicken. Seit langem ging der Wunsch dahin, daß die Krankenkassen bei der Verwaltung dieser Sache beteiligt würden nach Maßgabe ihres Interesses daran. Aber daran hat kein Mensch gedacht. Andererseits tritt der Magistrat hier in einer Rolle auf, in der wir ihn noch nie hier gesehen haben, als Organisator der Ärzte; er hat die Ärzte der Unfallstationen beivogen, sich dem Rettungswesen anzuschließen, damit die Sache ein einheitliches Ansehen bekommt. Die Vorlage gibt nur, der Magistrat nimmt nichts für das, was er leistet, in Empfang. Das ist sehr liebenswert, aber kaum praktisch. Die Vereinfachung geschieht nicht, weil der maßgebende Teil der Versammlung will, daß das bisherige, was hier an Wohltat geübt wird, erhalten werden soll. Wäre das nicht auch möglich, wenn die Stadt die Sache übernehme? (Rufe: Nein!) Nehmen Sie unseren Antrag auf Ausschussberatung an! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bürgermeister Dr. Reide: Das auf dem Gebiet Vorhandene einfach auszuführen, konnte ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Der bestehende Apparat funktioniert gut, das hat eine große Menge gründlicher Revisionen erwiesen; es sind auch Mängel konstatiert worden, die wir streng gerügt haben, die sich aber beseitigen lassen. Eine gut geleitete private Institution arbeitet freier und besser, als eine bürokratische. (Beifall bei der Mehrheit.) Für uns gibt es keine „Anfälle“, sondern eine Einrichtung für erste Hilfe; den eigentlichen Unfallkranken kennen wir nicht mehr. Gehört ein Kranke einer Berufsgenossenschaft an, so soll er wegen der Nachbehandlung auf die betreffende Stelle aufmerksam gemacht werden. Damit besorgen wir doch aber nicht die Geschäfte der Berufsgenossenschaften. Die Verzechtung hat unsere Vorschläge gebilligt, auch der Rettungswesen, der doch bisher zu den Unfallstationen in einem gewissen Gegensatz stand. Der unerfreuliche Kampf der Personen auf diesem Gebiete muß endlich aufhören; ich hoffe, die Verzechtung wird den neuen Weg gemeinsam mit uns gehen und auch weiter sich im Sinne des Friedens betätigen.

Stadts. Dr. Langerhans (A. L.): Die Angriffe gegen die Unfallstationen zeigen von ungeheurer Voreingenommenheit. Es gibt kaum eine humanere Institution. Die Rettungswachen stellen auch nicht das Ideal dar. Gewiß sind auch berechtigte Beschwerden erhoben worden; aber es hat auf den Unfallstationen nie an Ärzten und Helfern gefehlt.

Stadts. Barth (A. L.): Ich stehe mit dem größten Teil meiner Freunde auf dem Boden der Vorlage; wir sind aber auch einer Reihe von mehr lokalen Gründen für Ausschussberatung. Ich beantrage aber, den Ausschuss schon heute zu ernennen.

Stadts. Kammerhain (A. L.): Ich würde die Vorlage schon heute annehmen können. Von den Sanitätswachen hat Herr Koblenger gar nicht gesprochen.

Stadts. Dr. West (Soz.): Gegenüber dem Lobgesang auf die Unfallstationen muß ich etwas Wasser in den Wein gießen. Die Dinge liegen doch anders, als sie der berechtigte Senior der Versammlung, Dr. Langerhans, ansieht. Man muß sie allerdings aus eigener Anschauung kennen gelernt haben. — Bei Gelegenheit unserer Interpellation am 28. Januar meinte der Bürgermeister, ich wäre nicht genügend orientiert über den beabsichtigten Entwurf; jetzt zeigt es sich, daß ich im wesentlichen sehr gut orientiert war. Die Vorlage zeigt ein gerüttelt Maß bürokratischer Pedanterie, sie ist am grünen Tisch gemacht, kein Arzt hat dabei mitgewirkt. Die zu stellende Frage ist: Was hat die große Masse von der Vorlage? Das große Publikum hat davon gar nichts, nicht mehr, als was bisher schon mit Ach und Krach bestanden hat. — Man preßt die Unfallstationen. Lesen Sie die wiederholten Klagen, daß Schwerverrannte vergebens an den Porten der Unfallstationen pochten. Als vor 14 Tagen die Frau Schäfer dem verbrecherischen Messerschnecker zum Opfer fiel, verblühte sie, weil der betreffende Herr auf der Unfallstation in der Warschauer Straße gar kein approbierter Arzt war! Das Kuratorium sollte sich doch mindestens die Approbation ansehen. Jene unglückliche Frau wäre nicht zu Tode gekommen, wenn der betreffende Herr nicht ein Betrüger gewesen wäre. So etwas mag vorkommen, aber man kann doch nicht sagen, daß die Unfallstationen einwandfrei sind. — In der Vorlage heißt es: „Auf Grund mehrfacher Ver-

handlungen ist folgendes vereinbart...“ Ich bin auferst, zu erklären, daß der Vorstand des Rettungswesens das Rettungswesen davon nichts weiß; er erklärt ihn durch meine Mund, Herr Bürgermeister, daß er darauf nicht eingehen kann. (Hört! hört!) Im Bericht des Kuratoriums der Unfallstationen ist auch gesagt, daß diese Stationen die Interessen der Berufsgenossenschaften wahrzunehmen hätten. Damit kann man unter keinen Umständen einverstanden sein. Was erreichen wir mit den 60 000 M., resp. mit den 75 000 M. für die Unfallstationen? Damit erreichen wir scheinbar den Frieden mit den Ärzten auch bei den Unfallstationen; aber nichts für das Publikum. Und dazu sollen die Gelder der Steuerzahler gehalten? Die Ärzte sollen ihre Bezüge weiter bekommen, aber auch daraus ergeben sich so viele Unstimmigkeiten, daß wir diese Vorlage unmöglich mit Hurra annehmen können. Der Bürgermeister hat gegen die Verstaatlichung das hohe Lied der freien Liebeshierarchie gesungen und meinte, es wäre sehr unwirtschaftlich, das Bestehende mit einem Federstrich zu vernichten. Ich bedaure hier wieder, daß kein Arzt mitgearbeitet hat; der würde klar gemacht haben, daß mit 180 000—170 000 M. ein gut geleitetes einheitliches Rettungswesen für ganz Berlin geschaffen werden kann, natürlich unter der Voraussetzung, daß die Krankenhäuser ihren Verpflichtungen nachkommen. Ein Schwerverletzte gehörte doch in erster Linie ins Krankenhaus. Heute kommt es vor, daß Schwerverletzte namentlich durch die Polizei an dem Krankenhaus vorbei erst auf die Unfallstation und dann erst ins Krankenhaus kommen, wo die Verbände der Unfallstation meistens erst nochmals umgelegt werden müssen. Wir brauchen vielleicht nur 12 Stationen, aber jede muß dann auch vollständig ausgestattet sein. Unsere Stationen, auch die Unfallstationen, sind heute keineswegs mit allem Material ausgestattet, welches für Kranke, auch Schwerverrannte, erforderlich ist. Der heutige Zustand ist also schlecht; deswegen sind wir für Vereinfachung, für Verstaatlichung. Der Kongress vom Juni 1908 für Rettungswesen in Frankfurt a. M. hat gerade betont, daß das Rettungswesen behördlich und einheitlich geregelt werden muß, gerade wie die Feuerwehr. Worin besteht denn die freie Liebeshierarchie? Sobald die Stadt eine größere Subvention gibt, bröckelt diese Wohltätigkeit schon von selbst ab. Das haben wir wiederholt erlebt. Im ganzen kommen 30—40 000 M. heraus, und darum Räuber und Mörder! Wir sind überzeugt, diese Summe wird noch von Jahr zu Jahr abnehmen. Andererseits tut der Bürgermeister alles, um die ehrenamtliche Tätigkeit abzusichern. Warum wird nicht die Mitwirkung des Magistrats, der Stadtdirektoren usw. in Anspruch genommen, warum soll die Einrichtung unter Aufsicht eines Magistratsbeamten stehen, der diese für 1000 M. ausübt? Bei einem Objekt von 300 000 M. sind doch diese 30—40 000 M. gewiß ein Bettel. Es werden auch bei den Unfallstationen private und öffentliche Interessen veräußert; die Ärzte, die Kliniken oder Ambulatorien besitzen, werden begünstigt. Auch aus diesem Grunde wenden wir uns mit aller Energie gegen dieses Bestehen. Unser Senior meinte, die Unfallstationen verfolgen keine Erwerbszwecke; sie seien lediglich aus Wohltätigkeitsgründen entstanden. Wiederholt habe ich früher schon nachgewiesen, daß die Unfallstationen weiter nichts sind als die Politiken der Berufsgenossenschaften, um diesen die Entschuldigungsverpflichtung für Unfälle herabzumindern; sie haben sich dann nur das Wankende der Humanität umgehängt, um durch marktgerichtete Respekt mehr Geld in ihren Beutel zu tun. Die vorliegenden Reformvorschläge sind also mit kleinem bürokratischem Geist erfüllt, lassen jede Großzügigkeit vermissen. Von den Plakaten, den Reden, den Unterzetteln ist die Rede. Die Zentrale im Rathaus soll bestehen bleiben; dann haben wir vier Zentren, die alle denselben Zweck dienen! Wie schön wäre eine einzige, einheitliche Zentrale! Für Massenunfälle usw. muß doch einheitlich gesorgt werden von den Korporationen; was aber bei den Flugversuchen auf dem Tempelhofer Feld erziehen, zeugte nicht nur nicht von Einheitlichkeit, sondern mußte direkt den Spott des Publikums herausfordern. Wir werden an die Arbeit im Ausschuss mit allem Eifer herangehen; jedenfalls werden wir uns bemühen, eine Vorlage zustande zu bringen, durch welche die Gesundheit der Bevölkerung gefördert wird. (Beifall.)

Bürgermeister Reide: Ich würde es einfach für unfair halten, wenn die Ärzte vom Rettungswesen das erklärt haben sollten, was Kollege West angeführt hat; hier muß ein Mißverständnis vorliegen. Auch aus dem Bericht des Kuratoriums der Unfallstationen wird man nicht herauslesen können, was Dr. West herausgelesen hat. Die Krankenhäuser lassen sich nicht immer so leicht erziehen; sollte System darin liegen, Schwerverrannte an Krankenhäuser vorbei auf Unfallstationen zuzuführen, so werden wir dafür sorgen, daß solche Schuldbürger unterbleiben. Die Krankenhäuser können auch keineswegs durchweg die erste Hilfe leisten, das ist unmöglich. Die vier Zentren haben doch ganz verschiedene Funktionen. Der Fall vom Tempelhofer Feld ist unglücklich gewählt; daß zwei Institute konkurrieren, beruht auf einer Vereinbarung. Der erwähnte junge Mann hätte seit 2 Jahren als Doktor ausgeübt; es war bestreut worden, sich seine Approbation vorlegen zu lassen. Soll die Aufsicht schon jetzt definitiv gestaltet werden, ich habe nichts dagegen.

Stadts. Rosenow: Es überrascht uns, heute zu hören — es ist auch uns darüber Schriftliches zugegangen (Hört! hört!) —, daß die Ärzte oder einige von ihnen nicht mit den Abmahnungen zufrieden sind. Des Streites ist genug; man sollte sich endlich verabschieden. Offenlich bringt der Ausschuss die nötige Klärung.

Stadts. Ritter (Fr. Fr.): Die Verstaatlichung würde eine halbe Million kosten. Bezüglich der Differenz wegen der Ärzte hat der Bürgermeister recht, aber Herr West auch. (Weiter.) Die Ärzte wünschen noch Ausschussberatung. Bei der von dem Referenten getroffenen Frau war eine Rettung absolut ausgeschlossen. Alle drei Institute haben gesündigt.

Stadts. Professor Landau (A. L.): Ich stelle richtig, daß auf den dreifachen Dienst der Rettungswesen bisher nicht eingegangen ist. Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern, der sofort vom Vorstände ernannt wird.

Schluß 1/10 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle verhandelt am Donnerstag über die Anträge zu § 134b Ziffer 4 und 5. Der Paragraph enthält Bestimmungen über die

Arbeitsordnung.

Unsere Parteigenossen beantragen, daß auch Bestimmungen über die Verwaltung der Strafgeißel in der Arbeitsordnung getroffen werden müssen. Vom Zentrum wird beantragt, daß die Arbeitsordnung die Personen benennen muß, die zur Festsetzung der Strafen befugt sind. Beide Anträge werden angenommen.

In Abt. 2 des § 134b beantragt das Zentrum, daß die reguläre Höchststrafe nicht mehr als ein Viertel des Tagelohnes betragen darf. Gegenwärtig ist die Grenze auf die Hälfte des Tagelohnes festgelegt. Unsere Parteigenossen beantragen, daß bei schweren Vergehen der Arbeiter im Betriebe die Höchststrafe auf den halben Tagelohn festgesetzt wird. Wähler konnte der volle Arbeitslohn als Strafe befreit werden. Der Antrag unserer Parteigenossen findet die Unterstützung des Vertreters der polnischen Fraktion, wird aber abgelehnt. Der Zentrumsantrag wird mit 12 gegen 10 Stimmen angenommen. Angenommen wird auch ein Antrag Wang (fr. Vp.), der verlangt, daß den Arbeitern gegen die festgesetzten Strafen Beschwerde an die Fabrikleitung eingebracht wird.

Sodann beantragt das Zentrum folgende neue Fassung des Absatz 2:

„Alle Strafgeißel müssen zum Besten der Arbeiter des Betriebes verwendet werden. Die Grundsätze für die Verwendung und Verwaltung müssen nach Anhörung des ständigen Arbeiterrates in der Arbeitsordnung oder in besonderen

Satzungen festgelegt werden. Dem ständigen Arbeiterausschuss muß Gelegenheit gegeben werden, sich zu der Verwendung der Strafgeelder, soweit sie nicht durch die Arbeitsordnung oder die Satzungen im voraus bestimmt ist, jeweilig zu äußern. Außerdem muß ihm mindestens einmal jährlich eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben vorgelegt werden. Die Strafgeelder können auch der Betriebskasse oder einer sonstigen Unternehmungskasse überwiesen werden, sofern die satzungsmäßigen Leistungen über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistungen entsprechend hinausgehen und die Arbeiter bei der Verwendung desselben auch in geheimer Wahl gewählte Vertreter mit mindestens der Hälfte des Stimmrechts beteiligt sind.

Unsere Parteigenossen wollen durch einen Antrag herbeiführen, daß die Arbeiter die Verwaltung der Strafgeelder führen. Dieser Antrag soll erreichen, daß die Verwendung der Gelder zum Nutzen der Arbeiter gesichert ist. Insbesondere berufen sich unsere Genossen zur Begründung unseres Antrages auf den Fall, daß bei einem Konkurs des Unternehmers die Strafgeelder in der Regel nicht mehr vorhanden sind. Sie gehen in die Masse ohne vorbereitete Forderung. Es wird damit der Zweck, die Strafgeelder zum Nutzen der Arbeiter zu verwenden, illusorisch. Die Strafen sollen nicht zum Vorteil des Unternehmers dienen.

Abg. Wang (fr. Sp.): Wird die Verwaltung der Strafgeelder dem Arbeitgeber entzogen, so ist das ein Mißtrauen gegen den Arbeitgeber. Deshalb muß der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt werden. — Abg. Hennig (L.) beantragt, daß alle Strafgeelder in die Betriebskassenklasse oder Unternehmungskasse fließen müssen. Ist eine solche Klasse nicht vorhanden, so muß sie gegründet werden. Ein Antrag Wang (fr. Sp.) ändert die Fassung des Zentrumsantrages dahin, daß nicht die „Anforderung“ des Arbeiterausschusses über die Verwendung der Gelder gefordert werden soll, sondern eine „Mitwirkung“ des Ausschusses. Der Antrag unserer Genossen wird abgelehnt. Der Antrag des Zentrums wird unter Ablehnung des Abänderungsantrages Wang gegen den das Zentrum stimmt! — angenommen.

Dem Abf. 3 des § 134b beantragen unsere Parteigenossen folgende Fassung zu geben:

„Über die Zeit der zulässigen Aufkündigung sowie über die Gründe, aus welchen die Entlassung und der Austritt aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf, dürfen Bestimmungen, die von den gesetzlichen abweichen, nur mit Zustimmung der Arbeiter oder des ständigen Arbeiterausschusses festgesetzt werden und haben nur Gültigkeit, sofern die von den gesetzlichen Bestimmungen festgesetzten Abweichungen für die Arbeiter günstiger sind als die gesetzlichen Vorschriften. Mit Zustimmung der Arbeiter oder des ständigen Arbeiterausschusses können neben den in Absatz 1—5 bezeichneten noch weitere die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter im Betriebe betreffende Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufgenommen werden. Jedoch dürfen gesetzliche Vorschriften, die zum Schutze der Arbeiter erlassen sind, nicht außer Kraft gesetzt werden.“

Die Genossen Wolfenbühler und Stadthagen begründen den Antrag, der bezweckt, daß gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter nicht durch die Fabrikordnung aufgehoben werden. Die Redner weisen darauf hin, daß durch Fabrikordnungen die Bestimmungen des § 618 B. G. B. außer Kraft gesetzt wird. Ferner ist der Beitritt zu Koalitionen in einigen Fabrikordnungen untersagt. Es hat sogar die Renner Eisenbahndirektion in der Arbeitsordnung der Werksstättenarbeiter die Bestimmungen aufgenommen, daß ein Arbeiter, der dem Transportarbeiterverband angehört, sofort entlassen wird. Das ist eine Aufhebung des Koalitionsrechtes durch die Fabrikordnung.

Abg. Wang (fr.) erklärt sich gegen unseren Antrag. Ein Bedürfnis dafür liegt nicht vor. Abg. Erimborn (B.) wendet sich sehr energisch gegen unseren Antrag; der Antrag bedeute die Herrschaft der Arbeiter im Betriebe, ein Grundgesetz, dem man nicht zustimmen könne. Von unseren Genossen wird beauptet, daß die temperamentsvollen Ausführungen des Redners nicht im stenographischen Wortlaut durch ein Flugblatt im Rheinland verbreitet werden können, weil Erimborn noch über die Anschauungen von Stamm hinausgehend das Verlangen der Arbeiter bekämpfe, bei dem „freien“ Arbeitsvertrag die Vorschriften über die Kündigung freizulassen und die Gründe der Entlassung nicht ohne Zustimmung der Arbeiter von den gesetzlichen Vorschriften abweichen zu lassen, vielmehr dem Arbeitgeber das unumkehrbarste Herrschenrecht selbst gegen die gesetzlichen Vorschriften wahrnehmen zu lassen.

Der Antrag wird mit allen Stimmen gegen die unserer Parteigenossen und der Wola abgelehnt.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Die Reichstagskommission zur Förderung eines Gesetzesentwurfes über den unlauteren Wettbewerb hielt am Donnerstag ihre sechste Sitzung ab. Es wurde beschlossen, zunächst einmal durch eine Aussprache festzustellen, ob die Kommission wünschenswert, Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen, welche das Bestehen Angestellter durch Schmiergelder unter Strafe stellen. Es liegen hierzu folgende Anträge vor:

§ 13a. Brochhausen. § 13a. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu hundert Mark oder mit einer dieser beiden Strafen wird bestraft, wer als Angestellter oder Beauftragter dafür, daß er Waren oder andere gewerbliche Leistungen eines Konkurrenten bevorzugt, Geld oder geldwerte Vergütungen fordert, annimmt oder sich versprechen läßt.

§ 13b. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher als Angestellter oder Beauftragter Geld oder geldwerte Vergütungen dafür fordert, annimmt oder sich versprechen läßt, daß er Beauftragungen hinsichtlich gelieferter Waren oder gewerblicher Leistungen unterläßt oder befehligt.

§ 13c. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu hundert Mark wird bestraft, wer es unternimmt, einen Angestellten oder Beauftragten zur Bevorzugung seiner Ware oder gewerblichen Leistungen vor den Waren oder gewerblichen Leistungen eines Konkurrenten oder zur Unterlassung oder Befreiung von Beauftragungen seiner Ware oder gewerblichen Leistungen durch Übergabe von Geld oder geldwerten Vergütungen zu bestimmen. Zugleich kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt ausschließlich Geldstrafe ein.

Nachdem der Antragsteller die Anträge begründet und Junck (natl.) sich im allgemeinen für sie ausgesprochen hat, erklärt Brähne (Soz.): Die Fabrikanten, welche Angestellte zur Annahme von Schmiergeldern veranlassen, seien gefährlicher als die, welche Schmiergelder annehmen. In vielen Fällen müssen solche Nebeneinnahmen die schlechten Gehälter der Angestellten verbessern; dem Unfug müsse man zu begegnen suchen.

Einig (Sp.), Carstens (freis.), Storz (Dem.) sprechen sich für die Regelung dieser Frage durch das Gesetz aus, ebenso Bitter und Gerstenberger (B.). Schließlich wurde der Antrag von Brochhausen angenommen und die Subkommission mit der Formulierung betraut.

§ 11 erhielt auf Antrag Dr. Bitter, Noeren folgende Fassung: „Wer zu Zwecken des Wettbewerbs über das Erwerbsgeschäft eines anderen, über die Person des Inhabers oder Leiters des Geschäftes, über die Waren oder gewerblichen Leistungen eines anderen Tatsachen bekannt oder verbreitet, die geeignet sind, den Betrieb des Geschäftes oder den Kredit des Inhabers zu schädigen, ist, sofern die Tatsachen nicht erweislich wahr sind, dem Verletzten zum Erlage des entstandenen Schadens verpflichtet. Der Verletzte kann auch den Anspruch geltend machen, daß die Behauptung oder Verbreitung der Tatsachen unterbleibe.“

Das der Mitteilung oder der Empfänger der Mitteilung an ihr ein berechtigtes Interesse, so ist der Anspruch auf Unterlassung nur zulässig, wenn die Tatsachen der Wahrheit zuwider behauptet oder verbreitet sind, während der Anspruch auf Schadenersatz nur geltend gemacht werden kann, wenn der Mitteilungende die Unrichtigkeit der Tatsachen kannte oder kennen mußte.“

§ 12 wurde nach der Regierungsvorlage angenommen. Da der § 13 zu längeren Erörterungen führen wird, soll am nächsten Mittwoch weiter beraten werden.

Soziales.

Schadenersatzpflicht wegen verspäteter Zufstellung der Invalidenrente.

Der Schlosser M. ist am 2. November 1908 plötzlich aus seiner Beschäftigung bei der Firma „Maschinen für Wasserversorgung, G. m. b. H.“, ausgetreten. Da die Invalidenrente nicht in Ordnung war, wurde vereinbart, daß ihm dieselbe zugestellt wird. Die Rente traf aber erst am Abend des nächsten Tages ein. M. forderte nun für einen Tag 5,22 M. Schadenersatz. Das Gewerbegericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Wölbling verurteilte gestern den Beklagten, die geforderte Entschädigung zu zahlen. Begründend wurde ausgeführt: Der Arbeitgeber hat die Verpflichtung, die Invalidenrente zur Auszahlung bereitzustellen. Dem ist die Beschlagnahme nachgekommen. Deshalb hatte Beklagte die Verpflichtung, die Rente sobald als möglich zuzustellen. Kläger konnte dieselbe mit Recht für den nächsten Morgen erwarten. Da sie aber erst des Abends anlangte, war der Kläger nicht in der Lage, sich anderweitige Arbeit zu beschaffen. Es könne ihm nicht zugemutet werden, zwecks Arbeitssuchens Aufwendungen zu machen, wenn er erwarten muß, daß er bei der heutigen außerordentlich starken Belastung des Arbeitsmarktes mit seinen Verwundungen infolge der fehlenden Invalidenrente abgewiesen wird.

Der verhinderte Dienstantritt.

Mit dem merkwürdigen Fall, daß eine Angestellte am Antritt des Dienstes durch eine Mißverständnisse gegen den Willen des Chefs verhindert wird, hatte sich gestern die 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zu beschäftigen. Der beklagte Wäckermeister Ernst Mittelhaus hatte die Klägerin Elise W. als Filialleiterin mit 20 M. Monatsgehalt, freier Wohnung und 1 Proz. Provision engagiert. Als „Sicherheit“ sollte sie 300 M. Einlage stellen; doch hatte ihr der Beklagte versprochen, sie auch dann einzustellen, wenn sie von ihrer Mutter nicht die Erlaubnis bekäme, das Geld einzuzahlen. Die Erlaubnis wurde der Klägerin auch versagt, und als nun Bräulein W. ihre Stellung, ohne eine Einlage zu zahlen, antreten wollte, weigerte sich die in der Filiale antretende Filialleiterin A., die Klägerin einzustellen, bevor sie nicht die 300 M. gezahlt habe. Es stellte sich nunmehr heraus, daß diese 300 M. „Einlage“ dazu dienen sollten, die Forderung der alten Filialleiterin, die eine „Kaution“ hatte stellen müssen, zu befriedigen. Ehe sie nicht ihr Geld hatte, wollte sie nicht einer neuen Filialistin das Feld räumen. Es ergab sich somit das merkwürdige Bild, daß der Arbeitgeber eine Anordnung trifft, deren Durchführung mit Gewalt von einer Angestellten verhindert wird. Der beklagte Wäckermeister gibt den Tatbestand so, doch meint er, die Klägerin habe keinen Anspruch auf Gehaltsentziehung, weil sie sich ihrerseits wieder geweigert habe, in einer seiner anderen Filialen zu arbeiten.

Das Kaufmannsgericht sprach der Klägerin die geforderten 35 M. zu. Die Klägerin hatte ein Recht auf Beschäftigung in der betriebsmäßig beendigten Filiale, und der Beklagte hätte dafür sorgen müssen, daß die ordnungsmäßige Uebergabe der Geschäftsbücher und Wohnräume erfolgte. In eine andere Filiale einzutreten, hatte die Klägerin nicht nötig.

Gerichts-Zeitung.

Wiederholt unschuldig im Justizhaus.

Ein überaus tragisches Lebensschicksal entrollte eine Verhandlung, mit der sich gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Wegen Diebstahls im straffähigenden Rückfall war die 42jährige Näherin Johanna Gehrmann angeklagt. — Die Angeklagte ist schon wiederholt wegen Diebstahls verurteilt. In allen Fällen handelte es sich um Nahrungsmittel von geringem Werte. Im März 1900 wurde sie zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren verurteilt, weil sie in einem Schlächterladen zwei Pfund Wurst gestohlen hatte. Als straffähigend wurde feinerzeit angeführt, daß sie als eine gemeingefährliche Ladendiebin anzusehen sei, da sie schon wiederholt vorher ähnliche Diebstähle verübt habe. Im März 1902, also unmittelbar nach ihrer Entlassung aus dem Zuchthaus, verübte die Angeklagte wiederum in einem Schlächterladen einen Diebstahl an geringwertigen Sachen. Sie wurde wegen dieser Straftat zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. — Am 8. Dezember erschien die Angeklagte in dem Laden des Schlächtermeisters Rudolph und kaufte eine Kleinigkeit. In einem unbeobachteten Moment entwendete sie vom Ladentisch ein Stück Speckbrot und drei Würste im Gesamtwert von 2,80 Mark. Der Diebstahl wurde sofort bemerkt und die Angeklagte zur Polizei gebracht. Die Folge war wiederum eine Anklage wegen Rückfalldiebstahls, die sie unschuldig ins Justizhaus gebracht hätte, wenn nicht der Verteidiger der G. bei einer Konferenz aus verschiedenen Momenten den Schluß gezogen hätte, es mit einer Geisteskrankheit zu tun zu haben. Auf Anraten ihres Rechtsbeistandes suchte sie freiwillig die königliche Universitätsklinik auf, wo festgestellt wurde, daß es sich um einen „Schulfall“ von progressiver Paralyse handle, der schon Jahre zurückreiche. Die auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Max Santorowicz geladenen Sachverständigen Dr. Flehner und Augenarzt Dr. Lichtenstein gaben ihre Gutachten dahin ab, daß bei der Angeklagten eine schon fortgeschrittene Gehirnverweirung zu konstatieren sei, die man heutzutage schon an den Augen absehen könne. Es sei auch sehr wahrscheinlich, daß bei der Angeklagten schon zur Zeit, als sie das erste Mal zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden war, eine Paralyse bestanden habe, so daß sie jene Straftaten in einer krankhaften Störung der Geistesfähigkeit begangen habe. Die Angeklagte hätte demnach die sämtlichen Zuchthausstrafen unschuldig verübt, so daß der Verteidiger in sämtlichen Fällen ein Wiedererwerbverfahren einzuleiten beabsichtigt. In der Sache selbst wurde die Angeklagte auf Antrag des Staatsanwalts freigesprochen.

Wegen 2 Pfund Wurst — 2 Jahre Zuchthaus!

Wegen geringwertiger Nahrungsmittel — 3 Jahre Zuchthaus!

Wegen abermaliger Entwendung von Nahrungsmitteln dem Zuchthaus nur entronnen, weil Geisteskrankheit vorliegt!

Das ist das Fazit des traurigen Schicksals der Kranken, über die jedesmal je 6 gelehrte Richter zu urteilen hatten. Hätten Laienrichter verurteilt und gar so drakonische Strafen ausgesprochen? Hätte ein sozial empfindender Richter überhaupt bei Entwendung von Nahrungsmitteln durch eine kranke Frau auf Zuchthaus erkennen können?

Früchte unserer Besserungsanstalten.

Von selten niedriger Bessermung zeugte eine Handlungsweise, welche gestern den erst 17jährigen Arbeitssünder Richard Wirus vor den Strafrichter führte. Der junge Wursch ist schon einmal wegen Straßeneinbruch mit einem Jahre Gefängnis bestraft worden, nachdem er sich vorher längere Zeit in einer Erziehungsanstalt befunden hatte. Er mußte sich nunmehr wiederum wegen mehrerer Einbruchsdiebstähle verantworten. Der Angeklagte hat einen erkrankten Bruder, der sich schon seit mehreren Jahren in dem Vereinsblindenheim für Männer in Steglitz befindet. Bald nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt besuchte der Angeklagte seinen Bruder. Während die Blinden in dem Hof auf sich aufhielten, schlich sich W. in das Schlafzimmer seines Bruders und verbrach mit einem Stemmstein dessen Schrank, aus dem er 82 M. entwendete. Außerdem erbrach er das Spind des blinden Bruders nach dem Trutt, dem er 4 M. entwendete. Der Angeklagte hatte dann noch die Dreifigkeit, noch zweimal in dem Blindenheim Einbruchsdiebstähle zu verüben. Am 7. Januar erbrach er das Spind eines Blinden und entwendete daraus eine Kassetten mit 100 M., die er in ein Tischloch einwickelte. Zufällig kam der Blinde bald

darauf in sein Zimmer und „sah“, wie er vor Gericht als Zeuge ausfragte, daß die Tischkante fehlte. Er schlug sofort Alarm und veranlaßte den Wirt, die Haustür zu schließen. Der Angeklagte lief in ein Zimmer hinein und schloß sich ein. Erst als die Polizei geholt wurde, öffnete er die Tür und ließ sich festnehmen. Großes Mitleid rief der alte Vater des Angeklagten vor Gericht nach, als er tränenden Auges sein Unglück schilderte, daß der eine Sohn blind und der andere ein Strich geworden sei. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis beantragt.

Welchen Einfluß die Besserungsanstalt auf die Begehung beider Verbrechen und die Länge der wegen des ersten Delikts ausgesprochenen Strafe auf die Begehung der jetzt abgeurteilten Straftat hatten, wurde vom Gericht nicht erörtert, und doch liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß die „Besserungsanstalt“ und die erste einjährige Gefängnisstrafe den jungen Mann geradezu zum Verbrecher erzogen hat. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, gilt insbesondere von der preussischen sogenannten Fürsorgeerziehung.

Ein Mitglied des Arbeitgeberverbandes vor Gericht.

Die Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Holzarbeiterverbandes haben sich zu einer Beleidigungsklage gegen das Mitglied des Vorstandes und Bezirksvorsitzer des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Holzgewerbe, den Tischlermeister Bergmann zu Görlitz, gezwungen. Bei Gelegenheit eines Zusammenkommens mit dem Gauvorsitzer des Deutschen Holzarbeiterverbandes Karl Dietrich zu Breslau, äußerte Bergmann, daß der Arbeitgeberverband über die internen Angelegenheiten des Holzarbeiterverbandes und die von diesen geplanten Schritte genau unterrichtet sei. Auf die Frage Dietrichs, woher diese Wissenschaft komme, antwortete Bergmann: Herr Dietrich, wir haben einen guten Freund in Ihrem Vorstand. Es kostet uns zwar viel Geld, das alles zu erfahren, aber die Hauptsache ist, daß wir es wissen. Wenn Sie mir das nicht glauben, besuchen Sie mich, ich werde es Ihnen schwarz auf weiß zeigen. Dietrich leistete dieser Aufforderung Folge. Was er erwartet hatte, traf ein. Das, was ihm Bergmann zeigen konnte, war nichts weiter, als die vom Vorstand des Holzarbeiterverbandes publizierten Berichte. Als Dietrich dies dem Bergmann erklärte, erwiderte Bergmann, er habe angenommen, daß dies Material durch einen Vertrauensbruch des Vorstandes des Holzarbeiterverbandes in die Hände des Arbeitgeberverbandes gelangt sei. Wegen dieser Beleidigung hatte sich Bergmann am 24. d. M. vor dem Schöffengericht in Görlitz zu verantworten. Für den Vorstand des Holzarbeiterverbandes waren der Genosse Leyhart und Rechtsanwalt Dr. Heinemann aus Berlin erschienen. Bergmann bestritt, den Vorstand des Holzarbeiterverbandes beleidigt zu haben. Dietrich bestätigte jedoch als Zeuge die Anklage in vollem Umfang. Nunmehr erklärte Bergmann auf Anregung des Richters, daß er bereit sei, seine Behauptungen zu widerrufen. Da die Kläger erklärten, daß sie an einer Verstrafung des Bergmann kein Interesse haben, lam folgender Vergleich zustande: „Bergmann erklärt: Ich habe keinen Anhalt dafür, daß die Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Holzarbeiterverbandes irgendwelches Material dem Arbeitgeberverband ausgeliefert oder nach irgendeiner sonstigen Richtung hin sich eines Vertrauensbruches schuldig gemacht haben und nehme die zur Anklage stehende Äußerung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“ Auch übernahm Bergmann die gesamten Kosten des Verfahrens.

Sum § 153 der Gewerbeordnung.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und Nötigung hatte sich der Former Graubaum vor der Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinanz zu verantworten. Graubaum wurde zur Last gelegt, bei Gelegenheit des Streiks in der Eisengießerei von Hartung im März vorigen Jahres mehreren Arbeitwilligen zugerufen zu haben: „Kinder, geht dort nicht hinein. Ihr werdet Euch das Genick brechen. Wenn Ihr dort anfangt, so ist es Euer Untergang.“ In Uebereinstimmung mit dem vom Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Heinemann, vorgelegten Urteil des Reichsgerichts gegen Kuhl nahm die Strafkammer an, daß Graubaum nicht versucht habe, einen anderen zur Teilnahme am Streik zu bewegen. Graubaum habe nur versucht, einen Druck auf die Arbeitwilligen dahin auszuüben, daß sie sich des Arbeitens enthalten, er hat sie also lediglich zu einem passiven Verhalten veranlassen wollen. Er hat nur versucht, einige die Erreichung des Zwecks des Streiks fördernde Gegner zu beseitigen. Der Begriff der Teilnahme im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung erfordert jedoch, daß der Angegriffene zu einem aktiven Tun habe bestimmt werden sollen. Eine bei der Bedeutung des Ausdrucks „teilnehmen“ nicht zu rechtfertigende ausdehnende Auslegung des Gesetzes würde es sein, wenn reine Unterlassungen schon um deswillen als Teilnahme an Verbrechen anderer behandelt werden sollten, weil sie deren Zweck objektiv fördern. Aus diesen Gründen scheidet der § 153 der Gewerbeordnung aus und set Graubaum insoweit freizusprechen. Wegen Nötigung wurde er zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

22 500 Mark unterschlagen

hat der Justizrat Rotar Max Breitung in München. Das Landgericht verurteilte ihn zu einem Jahre Gefängnis.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der Schmiede hielt seine große ordentliche Generalversammlung am Mittwochsabend in Dräfels Festalen ab. Der Kassierer Henschel legte die Abrechnung vom 4. Quartal 1908 vor. Danach bilanzierten die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 16 445,55 M. Unter den Ausgaben stehen 6844,48 M. für Arbeitslosenunterstützung und 8071,00 M. für Krankenunterstützung beigezahlt. In der Lokalkasse im 4. Quartal betragen die Einnahmen am Schlusse des 4. Quartals 26 124,31 M., die Ausgaben 17 119,43 M. Somit bleibt ein Kasienbestand von 10 004,81 M. Das Vermögen der Hauptkasse Berlin beträgt — mit den angelegten Geldern — 55 404,91 M. Aus der Lokalkasse wurden noch an Unterstützungen gezahlt: an streikende Mitglieder als Zuschlag 91 M., an ausgeführte 900 M., als Extracountergütung 154,50 M. Am Jahresabschluss wurden in der Registratur 2390 Mitglieder geführt. Seit dem 1. Januar 1909 hat der Verband in den ersten sieben Wochen an Arbeitslosenunterstützung 42 124 M., an Krankenunterstützung 2247,54 M. gezahlt und für die Ausgesteuerten 2100 M.

Basner gab als Obmann der Reichsverbandkommission seinen Bericht und die Versammlung erklärte sich mit den Entscheidungen der Kommission und des Obmannes über die einzelnen Beschwerden zufrieden. Den Bericht der Delegierten zur Gewerkschaftskommission erstattete Henschel, der besonders die Arbeitslosenabteilung besprach und die Notwendigkeit, zu den Kosten, die die Fassung verursachte, beizutragen. — Die bisherigen Delegierten zur Gewerkschaftskommission sollen ihre Amt noch behalten, da Vorschläge zu einer anderen Zusammensetzung der Kommission vorliegen. In die Beschwerdekommision wurden gewählt: Basner, Grahl, Stenzel, Wolf, Köhler. Die Ortsverwaltung legte einen Antrag vor über die Höhe einer Entschädigung an die Bezirksführer. Der Antrag führte eine ausgedehnte Diskussion herbei und wurde ein Antrag der Bezirksführer, der über den der Verwaltung hinausging, angenommen; danach soll die Entschädigung von 35 bis 20 M. abwärts betragen.

Ein Streit zwischen Ausschuss und Ortsverwaltung wegen einer Maßregelungsunterstützung führte zu einer erregten Debatte, in der die Ortsverwaltung, besonders Genosse Siering als Vorsitzender, scharf angegriffen wurde. Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Versammlung verlagert. Die Neuwahl der Ortsverwaltung findet in der kommenden Versammlung statt.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Unvorhergesehene Umstände machen eine Hinausschiebung der Kreis-Generalversammlung notwendig.

Dieselbe findet also nicht am Sonntag, den 28. Februar, sondern erst am

Sonntag, den 14. März

statt. Der Zentralvorstand.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Die Parteigenossen werden auf die am Sonnabend, den 27. Februar, abends 8 Uhr, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonnabend, den 27. Februar, findet das Winterfest des Wahlvereins in „Neu-Karlshof“, Deutsch, Ecke Charlottenstraße, statt.

Mühlensack. Am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal des Genossen Adolf Wärsch statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Der Entwurf zur Neugestaltung des Rettungswesens, der nun endlich vom Magistrat den Stadtverordneten vorgelegt worden ist, wird erst in einem Ausschuss geprüft werden. Der Antrag auf Ausschussberatung wurde gestern gestellt von der sozialdemokratischen Fraktion, die gegen diesen Entwurf sehr gewichtige Bedenken vorzubringen hatte.

Der Staatsanwältin der Stadt Berlin trat am Mittwoch zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die sozialdemokratische Fraktion ist in ihm durch die Genossen Dr. Arons, Vorkmann und Sassenbach vertreten.

Ebenfalls wurde zur Sprache gebracht, daß das Personal der Krankenhäuser in ungedeugter Weise in seiner Bewegungsfreiheit beschränkt wird.

Beim Etat der Pflichtfortbildungsschulen konnte wiederum auf ein eigenartiges Vorgehen des Magistrats Bezug genommen werden.

Renovierungen nicht in verdeckter Weise im Stadteutwurf einzufügen, sondern eine besondere Vorlage zu machen.

In der letzten Sitzung der städtischen Parteideputation wurde über die Vergabe der Spielplätze am „Großen Ring“ im Plänterwald zu Ferienpielen und Errichtung eines mit Kochenrichtungen versehenen Unterkunftsraumes für 2000 Kinder verhandelt.

Die Angler und die Fischerinnungen. Eine Protestversammlung der Angler Groß-Berlins ist durch das hiesige Komitee für den nächsten Sonntag nachmittag 2 Uhr nach dem Restaurant „Fischerhütte“ in Friedrichshagen einberufen worden.

Einen neuen Vorstoß gegen die Straßenhändler hat die Freie Vereinigung Berliner Hausbesitzervereine in Gemeinschaft mit dem Bund der Handel- und Gewerbetreibenden unternommen.

Unseres Erachtens ist schon jetzt der Straßenhandel ganz ohne Grund erheblich eingeeignet zum Schaden dieser kleinen Leute, die sich auf diese Weise schlecht und recht durchs Leben schlagen und auch als Staatsbürger ihre Pflichten erfüllen.

Der Schuß auf offener Bühne. Durch das Versehen des Requisitenwärters wurde während der Mittwochabendvorstellung im Luisen-Theater ein Unfall herbeigeführt, der leicht recht verhängnisvolle Folgen hätte haben können.

„Ich bin der Bauhausschlichter!“ — mit diesen Worten hat an den letzten Abenden ein Mann in der Gegend der Frankfurter Chaussee versucht, sich zu wiederholten Malen Frauen und Mädchen zu nähern.

Eine teure Nacht hat kürzlich ein Geschäftsmann aus einem Berliner Vorort in Berlin verlebt. Er war nach der Großstadt gefahren, um sich lustige Fahrt zu machen, wobei ihm seine Verlebstasche mit 8000 M. von einer „holden Maid“ in einem Café abgenommen wurde.

Feuerwehrrachrichten. Wegen eines Dachstuhlbrandes erfolgte in der letzten Nacht um 1 Uhr ein Alarm nach der Mopskötische 8. Der 16. Zug mußte dort tüchtig Wasser geben, um die Flamme, die an dem Jähalt der Bodenverschläge schnell Nahrung gefunden hatten, zu löschen.

und dann konnten erst die Klappen ausgegossen werden. — An der Ecke der Prenzlauer- und Alexanderstraße war ein Mann unter einem Straßenbahnwagen geraten. Er wurde befreit und nach der Unfallstation geschafft.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Der größte Teil der Sitzung vom Mittwoch wurde durch die erste Beratung des Stadthaushaltsetats ausgefüllt. Der Räumlicher Scholz gab zunächst einen Überblick über die Ergebnisse des Jahres 1908, er betonte, daß der Jahresabschluss sich voraussichtlich noch etwas günstiger gestalten werde, als er ursprünglich angenommen habe.

Stadtv. Kaufmann (lib.) wendet sich zunächst gegen den Gedanken einer Antizipation des Ausgleichsfonds; das darf erst dann geschehen, wenn einmal ein Defizit vorhanden sei.

Stadtv. Hirsch (Soz.) wies zahlreich auf die Belastung durch die neuere staatliche Gesetzgebung hin.

Nachdem noch Stadtv. Stadthagen namens der freien Vereinigung eine wohlwollende Prüfung des Etats versprochen hatte, wurde der Etat dem Staatsanwältin überwiesen.

Vorher hatte die Versammlung einige kleinere Vorlagen und Petitionen beraten.

Ein Antrag Hirsch (Soz.) und Genossen betreffend die Vereinstellung von 10 000 M. zur Unterstützung von Arbeitlosen konnte nicht beraten werden.

Das Gebaren des Haus- und Grundbesitzervereins von 1895, der unter dem Hinweis darauf, daß jetzt die Arbeitskräfte billig seien, um den belehnten von der Markthalle petitionierte, Brandmarkt-Genosse Vogel.

Die Generalversammlung der Freien Volkshöhle Charlottenburg im Volkshaus nahm zunächst einen interessanten Vortrag von Fritz Zietz über: „Tolstoi und Jola“ entgegen. Der Vortragende, Dr. Lindheimer, erläuterte den Geschäftsbericht. Der Bericht hebt das Repertoire des abgelaufenen Jahres als ein besonders vielseitiges und passendes hervor und spricht die Zufriedenheit mit den künstlerischen Leistungen des Schillertheaters aus. Die Kunstabende, die in diesem Jahre ausfielen, sollen wieder aufgenommen werden. Der Kassenbestand ist 1200,82 M., der Nachschußüberschuß 350,49 M. Der Vorsitzende stellt alsdann drei Anträge des Vorstandes mit zur Diskussion: 1. Den Monatsbeitrag auf 90 Pf. zu erhöhen; 2. den Beginn des Geschäftsjahres auf den 1. Juli zu verlegen; 3. die nächste ordentliche Generalversammlung auf Juni 1910 festzusetzen. Begründend bemerkt er: Das abgelaufene Jahr erweist einen Ueberschuß von 350,49 M., also 5 Pf. auf jedes Mitglied. Das Schillertheater verlangt nun aber für den neuen Abschluß, der ab September d. J. in Kraft treten soll, einen Preisauflauf, und dieser wird mindestens 10 Pf. per Platz betragen. Das bedeutet, wenn wir den Beitrag nicht erhöhen, ein sicheres Scheitern auf Defizit. Die Diskussion fördert in der Hauptsache nur Einwendungen gegen die Erhöhung zutage. Es wird eingewendet, daß die Generalversammlung zu schwach besucht sei, um eine so einschneidende Frage zu entscheiden, daß der Augenblick wegen des wirtschaftlichen Druckes schlecht gewählt sei, daß der Vorstand doch erst noch mal versuchen solle, zum alten Preis abzuschießen, man könne die Erhöhung immer noch von einer Generalversammlung im Herbst verlangen. Der Vorsitzende erwiderte, daß man auf diejenigen Mitglieder, die der Generalversammlung fernbleiben, keine Rücksicht zu nehmen brauche und daß es keinen Zweck habe, das Unermeidliche hinauszuschieben. In der Berliner Freien Volkshöhle zählten die Mitglieder jetzt 1,10 M.

In der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag 1 abgelehnt, doch wird der Vorstand auf Antrag Vorschardt durch Beschluß der Versammlung aufgefordert, nötigenfalls vom § 8 des Statuts Gebrauch zu machen, der ihm das Recht gibt, 10 Pf. Zuschlag zu den Beiträgen zu erheben. Antrag 2 wird angenommen, den Antrag 3 zieht der Vorstand zurück, um sich die Möglichkeit offenzubehalten, die jetzt abgelehnte Forderung im Juni einer neuen Generalversammlung vorlegen zu können.

Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Vorstand: Dr. Lindheimer, Vogel (Vorsitzende); Busse, Eide (Schriftführer); Will (Kassierer); Dr. Suhmann, Dr. Schifowski, Frau Eide, Sachse (Beisitzer); Nebisoren: Wendi, Frau Hopp, Hopp; Mitglieder der Ordnungskommission: Schmidt, Diez, Peger, Wiedner, Krebs, Burzifowski.

Rixdorf.

In einer imposanten Volksversammlung referierte am Dienstag bei Hoppe Genosse Adolf Hoffmann über Pfarrerefordernungen und der preussische Landtag. Lange vor Beginn der Versammlung waren Saal, Galerien und Nebenräume überfüllt. Immer neue Menschenmassen strömten heran, die jedoch wieder umkehren mußten. In einer großartigen von Humor durchwärmten Rede behandelte Hoffmann sein Thema. Den neuen Forderungen der Geistlichen, deren Einkommen heute schon bis 20 000 M. geht, stellte Redner die Tatsache gegenüber, daß über die Hälfte des deutschen Volkes mit einem Einkommen von kaum 600 M. hiebei nehmen müsse. Zum Schluß seiner oft von lebhaftem Beifall unterbrochenen Rede forderte der Referent die Versammelten auf, mit der Kirche zu brechen und sich der Organisation anzuschließen. Der Vorsitzende erwähnte noch, mehr als bisher den „Vorwärts“ zu abonnieren. Das „Rixdorfer Tageblatt“, das den Wahlrechtsraub gut heißen, müsse immer mehr aus den Arbeiterkreisen verschwinden. Hierauf wurde unter begeisterten Hochrufen die Versammlung geschlossen.

Darwin-Abend. Der hiesige Bildungsverein veranstaltet am Sonntag, den 28. Februar, abends 6 Uhr, bei Hoppe, Hermannstr. 49, einen Darwin-Abend zur Erinnerung an den 100jährigen Geburtstag des berühmten Naturforschers. Der Schriftsteller M. D. Baegle hält einen mit zahlreichen interessanten Lichtbildern ausgestatteten Vortrag über: „Die Darwinische Theorie und ihre modernen Ergänzungen“. Nach dem Vortrage gemütliches Beisammensein. Billets à 15 Pf. pro Person sind in den bekannten Buchstellen, bei den betreffenden Funktionären und am Sonntag noch im Restaurant Hoppe zu haben. Um einer Uebersättigung des Saales vorzubeugen, wird nur die zulässige Anzahl Eintrittskarten ausgegeben. — Die Funktionäre werden gebeten, nicht verkaufte Billets für den Darwin-Abend am Sonntagabend in der Expedition abzuliefern. Nicht abgelieferte gelten als verkauft.

Schöneberg.

„Aufere politische Lage“ lautete das Thema, über das in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Wolkendruck referierte. Die eingehenden Ausführungen, in welchen der Redner auch der neuen Steuerentwürfen gedachte und dabei die vor allen Dingen sich drückenden Junger gebührend kennzeichnete, wurden mit reichem Beifall entgegen genommen. Diskussion fand nicht statt.

Ein Antrag des 90. Bezirks, für den „Vorwärts“ das Wochenabonnement einzuführen, wurde abgelehnt.

Ueber einen Antrag des 90. Bezirks, welcher den Vorstand beauftragt, beim Parteivorstand anzufordern: 1. Aus welchen Gründen wurde das Urteil in der Ausschlußsache Niederbarnim-Pantower Wahlvereinsvorstand nicht veröffentlicht? 2. Aus welchen Gründen wurde der Genosse Freiwaldt noch nicht aus der Partei ausgeschlossen? ging die Versammlung zur Tagesordnung über.

Unter Vereinsangelegenheiten wies der Vorsitzende noch auf den am 20. März stattfindenden Moskauer Ball, auf das am ersten Osterfesttag in der Schloßbrauerei stattfindende Vergnügen und auf die im Anfang März stattfindende Flugblattverbreitung hin und erludte um rege Beteiligung an den Veranstaltungen. Als Delegierte zur Generalversammlung für Groß-Berlin wurden die Genossinnen Hartung und Leinert, sowie die Genossen Schulz Heim, Böhm, Knuth, Waars, Reiche, Jakob, Ball, Schneidenhaus und Jierdt gewählt.

Unpäßliche Gebührensordnung. Die Zwölfapostelkirche war in Schöneberg zur Kanalisationsgebühr herangezogen worden. Das Oberverwaltungsgericht erklärte nach dem Antrage der Kirchengemeinde auf Freistellung, indem es die Gebührensordnung für unpäßlich erachtete. Diese sieht vor, daß die Veranlagung zur Kanalisationsgebühr nach dem gemeinen Wert der Grundstücke erfolgt. Das ist hier nach Ansicht des Gerichts ein absolut unanwendbarer Maßstab und erscheint deshalb willkürlich. Der gemeine Wert eines Grundstückes und die Stärke der Benutzung der Kanalisation stehen sich in keine Beziehung zueinander bringen. Natürlich lasse sich nur ein Maßstab finden, der mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit dem Maß der Benutzung der Kanalisation nahekomme. Solche Maßstäbe beständen z. B. in der Größe einer Wohnung, in der Zahl der Wohnungen usw.

Wannsee.

Ein tödlicher Flugblatfall ereignete sich gestern nachmittag 1/5 Uhr in dem Neubau Köpenickerstr. 22. Dort stieg der gleichfalls in der Königsstraße wohnhafte Tischlermeister Schumacher in dem für eine Eisfabrik hergerichteten Fabrikraum auf einen auf zwei Meter hohen Sockeln ruhenden Balken. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte herab; auch der Balken fiel herunter und kam auf den Verunglückten zu liegen. Er hatte durch die Wucht des Fallens so starke Verletzungen davongetragen, daß er nach etwa zehn Minuten verstarb.

Steglitz.

Einheitspreis für Leucht- und Heizgas. In geheimer Sitzung hat unsere Gemeindeverwaltung einen neuen Vertrag mit der Englischen Gasgesellschaft die Zustimmung erteilt, der in seinen wichtigsten Punkten folgendes festsetzt: An Stelle des bisherigen Preises von 10 Pf. für Koch- und Heizgas und von 15,2 Pf. für

Leuchtgas tritt ein Einheitspreis von 12,35 Pf. pro Kubikmeter. Für dieses Jugelandrische übernimmt die Gesellschaft die Straßenbeleuchtung in dem jetzigen Umfange kostenlos und ermäßigt den Preis für neu anzuschließende Laternen von 2,47 auf 1,833 Pf. pro Laterne und Brennstunde. Ferner erhält die Gemeinde statt der bisherigen 5 Proz. auf den Leuchtgasverbrauch in Zukunft 9,46 Proz. Rente auf alles von Privatabnehmern in Steglitz verbrauchte Gas. Kante sich durch Einführung elektrischer oder anderer Beleuchtung die Zahl der Gaslaternen unter den jetzigen Stand vermindert, vergütet die Gesellschaft für jede nicht mehr benutzte Laterne 80 Mark pro Jahr. Die Erparnis für Straßenbeleuchtung, die der Gemeinde aus dem neuen Vertrage erwächst, wird auf rund 41 000 M. pro Jahr geschätzt, die Mehreinnahme durch die erhöhte Rente für das Jahr 1909 mit rund 40 000 M. angenommen. Hierinauf würden also unserem Orte vom Jahre 1909 ab jährlich 80 000 M. aus dem Vertrage zusteigen. Dafür verzichtet jedoch die Gemeinde bis zum Jahre 1946 auf die Errichtung einer eigenen Gasanstalt. Für die Konsumenten von Kochgas bedeutet der Einheitspreis eine Erhöhung um 23 1/2 Proz. Da das Kochgas im Jahre 1907 mit 50,55 Proz. an dem Gesamtverbrauch beteiligt war, wird man die Freude der Steglitzer Bürgerchaft an dieser „Reform“ leicht würdigen können. Auch die Verbilligung des Leuchtgases kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Wirklichkeit der gesamte Gasverbrauch um 4,75 Proz. verteuert wird, da der Erhöhung des Preises für Heizgas um 23,50 Proz. nur eine Verbilligung des Leuchtgases um 18,75 Proz. gegenübersteht.

Lichtenberg.

Die Stadtverordneten haben einer Vorlage, des Magistrats Rechnung tragend, die Bedingungen abgeändert, unter denen die neu geschaffene Stelle eines ersten Direktors der städtischen Werke besetzt werden soll. Die vom Magistrat geforderte lebenslängliche Anstellung mit den Rechten der für Staatsbeamte gültigen Bestimmungen wurde zum Beschluß erhoben mit der Einschränkung, daß diese Anstellung erst nach Abspolierung eines Probejahres zu erfolgen hat.

Ober-Schöneweide.

Gemeindehaushaltstatistik. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1909 beträgt in Einnahme und Ausgabe 1 695 200 M. Hier von sind 1 488 000 M. laufende und 212 000 M. außerordentliche Ausgaben. Für die laufenden Ausgaben werden gedeckt durch Staatsbeiträge, Gebühren und Ueberschüsse der Vorjahre 542 807,50 M., so daß durch Steuern 940 692,50 M. aufzubringen sind. Davon entfallen auf die U. M. jährl. Steuer 40 000 M., auf die Hundesteuer (20 M. pro Hund) 5800 M., Bier- und Brauereisteuer 21 000 M., Betriebssteuer 450 M., Grundsteuer 800 000 M., Gewerbesteuer 167 812,50 M., Luftbarkeitssteuer 1850 M. und auf die Einkommensteuer bei 125 Proz. Zuschlag 403 750 M. Die erforderlichen Ausgaben verteilen sich auf die einzelnen Etats wie folgt: Allgemeine Verwaltung 206 700 M., Straßen- und Brückenverwaltung 169 900 M., Armen- und Gesundheitspflege 55 500 M., Feuerlöschwesen 8000 M., Steuerverwaltung (inkl. 24 Proz. Kreissteuern im Betrage von 97 000 M.) 106 000 M., für Volksschulzwecke 352 050 M., Realgymnasium 60 400 M., höhere Mädchenschule 50 100 M., Fortbildungsschule 14 200 M., Gemeindefriedhof 22 500 M., Kanalisationswert 90 600 M., Wasserwert 18 200 M., diverse Beiträge und Zuschüsse 25 684,42 M. Hierbei sind auch wieder nicht vergessen die Zuschüsse an die Kirchengemeinden in Höhe von 4000 M. Die Schuldenverwaltung erfordert zur Verzinsung und Tilgung der Anleihen die respektable Summe von 296 878,08 M. Für Verabreichung warmen Frühstücks an arme Schulkinder werden 1000 M. gefordert. Die drei Schulküchen erhalten eine Entschädigung von insgesamt 1800 M. Die außerordentlichen Ausgaben setzen sich zusammen aus 170 100 M. als zweite Rate für die Ausstattung der zum April zu beziehenden 4. Gemeindeschule und 42 100 M. zur Verbesserung der Schmutzwasserkanalisation im alten Distrikt. Die Gemeinde, welche 1895 als Gutsbezirk aus 626 Einwohnern bestand, zählt deren jetzt 19 000.

Boghen-Rummelsburg.

Die Generalversammlung des Wahlvereins, welche am Dienstag im Lokale von Schiefer stattand, beschäftigte sich in erster Linie mit dem Entwurf zum neuen Kreisstatut. Nachdem derselbe vom Genossen Hlrich der Versammlung bekanntgegeben worden war, entspann sich eine längere Diskussion. Von allen Diskussionsrednern wurde bemängelt, daß den Mitgliedern das Statut nicht gedruckt vorgelegt wurde. Ein endgültiger Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt und die Delegierten beauftragt, in der Kreisgeneralversammlung zu beantragen, den Entwurf den Mitgliedern gedruckt vorzulegen.

Den übrigen Bericht vom Kreis erstattete Genosse Vorger. Derselbe schilderte in längeren Ausführungen die Pantower Angelegenheit sowie die Notwendigkeit der Anstellung eines Sekretärs für den Kreis Niederbarnim.

Nach längerer Diskussion wurde ein Antrag des Genossen Seidlich mit großer Majorität angenommen, wonach sich der Bezirk Rummelsburg gegen die Anstellung eines Sekretärs erklärt. Die Delegierten wurden beauftragt, in diesem Sinne zu stimmen, wenn dieselben in der Kreisversammlung durch weiteres Material nicht anderer Meinung werden.

Als Delegierte für den Kreis resp. Groß-Berlin wurden hierauf die Genossen Adolf Schmidt, Peters, Vetter, Wilsch, Schulze, Martin, Georg Schulze, Steinicke, Weinberg, Rfr. John, Wilsch und Fräulein Schulz gewählt. Als Ersatzleute gelten die Genossen Dahlenburg, Rhode und Destrach.

Zum Schluß wurde das Mitglied Pigarettenhändler M. Jintel wegen Streikbruchs aus dem Verein ausgeschlossen.

Die Adresse des Obmanns der Zeitungskommission ist Wilsch, Grohkopf, Gärtnerstraße 25 III. Dort hin sind etwaige Beschwerden über veripetete Zustellung des „Vorwärts“ anzubringen.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen lautete das Thema, das Genosse Kämin in einer Volksversammlung im Lokal „Weidetrug“ behandelte. In den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, in der auch die anwesenden Vertreter bürgerlicher Richtung ihre Uebereinstimmung mit dem Referenten ausdrückten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Schulverhältnisse in Mahlsdorf-Süd“ führte Gemeindevortreter Genosse Schmidt aus, daß Zustände, wie sie hier jetzt bestehen, begunstigt werden durch die Bestimmung im neuen Schulgesetz, wonach Gemeinden mit 7 und mehr Lehrkräften keine staatlichen Zuschüsse erhalten, und daß durch die Subventionierung höherer Lehranstalten es den besitzenden Klassen ermöglicht wird, ihre Kinder von Besuch der Volksschule fernzuhalten. Es wäre Pflicht des Schulvorstandes gewesen, sich längst mit der Kamalität in Mahlsdorf-Süd zu befassen. Daß die Kinder eine Stunde Weg in Wind und Wetter zurückzulegen haben, um zur Schule zu gelangen, oder daß durch das Fahrgehalt der Etat eines Familienvaters von 2-3 Kindern erheblich belastet wird, sei ein unhaltbarer Zustand. Wie verlaunt, beschäufte sich der Schulvorstand mit der Frage eines Schulbaues an die alte Schule in Mahlsdorf-Nord, welcher 137 000 M. erfordern soll. Es wäre doch nach Lage der Sache richtiger, dieses Geld vom Bau einer neuen Schule in Mahlsdorf-Süd zu verwenden. Da es der erwerbstätigen Bevölkerung unmöglich gemacht wird, in die Schulvorstände Vertreter zu entsenden, weil diese von der Regierung nicht befähigt werden, bleibt ihr nichts weiter übrig, als nach dem Rezept der Agrarier zu schreien, bis es der Regierung in den Ohren gellt und sie sich den berechtigten Forderungen nicht mehr verschließen kann.

In der Diskussion, die sich im Sinne des Referenten bewegte, wurde dem Vorsitzenden des Schulvorstandes, dem Herrn Gemeindevorsteher, Ausnutzung der ihm durch die Landgemeindevorstand gegebenen Amtsbezüge vorgeworfen. Ein bürgerliches Mitglied des Schulvorstandes demochte sich gegen den Vorwurf,

daß er einseitige Interessen in dieser Korporation verleierte und beschwerte sich lebhaft, daß der Gemeindevorsteher als Vorsitzender derselben die Korrespondenz selbstherrlich bewältige und die übrigen Mitglieder nicht von allem unterrichte. Ueber die Ausnutzung der Schulräume zu politischen Zwecken wurde Beschwerde geführt. Es wurde nämlich unter den Kindern Propaganda für den Flottenverein gemacht und diesen Flugblätter an die Eltern mitgegeben. Eine Resolution, in der die sofortige Inangriffnahme eines Schulneubaus für Mahlsdorf-Süd gefordert wird, wurde einstimmig angenommen. Unter „Verschiedenes“ wurden die vielen Scherereien, welche Baukosten für Genehmigung von Baugesuchen verursacht werden, bemängelt.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden, Genossen Dertel, ausklingend in die Aufforderung, aus dem Geförten die Konsequenzen zu ziehen und bei Wahlen nur den Kandidaten der Sozialdemokratie die Stimmen zu geben, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Hoffen.

Bleibt die hiesige Kommune gegenüber der Arbeitslosigkeit und dem Elend untätig? Die vom hiesigen Wahlverein mit den Gewerkschaften unternommene Arbeitslosen-Zählung hatte folgendes Ergebnis: Es wurden gezählt 152 Arbeitslose, davon waren 111 Familienväter mit 243 Kindern. Ein großer Teil der Arbeitslosen war bereits seit November vorigen Jahres ohne Arbeit. Der Zosterer Arbeiterchaft war es leider in Ermangelung eines Vertreters nicht möglich, den Herren Stadträten das große Elend vor Augen zu führen. Es wurde daher an den Magistrat eine Petition gerichtet, worin um Bewilligung einer angemessenen Geldsumme zur Linderung der großen Not ersucht wird. Der Magistrat hatte hierauf bis bei der Zählung benutzten Handlisten eingefordert, dieselben wurden auch prompt zugestellt. Seitdem sind bereits vierzehn Tage verstrichen und noch immer ist weder eine Stadtverordnetenversammlung einberufen worden, noch sind irgendwelche Maßnahmen zur Linderung der Not getroffen. Aus vorstehendem mag die Arbeiterchaft ersehen, wie notwendig es ist, daß sie Vertreter in die Stadtverordnetenversammlung entsende. Schon jetzt gilt es, auf die im November dieses Jahres stattfindende Stadtverordnetenwahl die arbeitende Bevölkerung aufmerksam zu machen.

Neu-Zittau (Kreis Weeslow).

Die deutsche Weltmachtpolitik und die neuen Steuern behandelte Genosse Fritz Jubeil am Sonntag in einer gutbesuchten Volksversammlung. In atemloser Spannung folgten die Versammelten den trefflichen Ausführungen und zollten dem Redner am Schluß großen Beifall. Ein als Sozialistenführer bekannter Herr Kirzhals suchte während der Rede die Versammlung zu stören. Erst nachdem der Redner an die frische Luft gesetzt worden war, trat die erwünschte Ruhe ein. In der Diskussion zeigte ein vorübergehend bei der preussischen Eisenbahn beschäftigter Arbeiter, wie wenig die Eisenbahnbehörde auf die politische Ueberzeugung ihrer Arbeiter Rücksicht nimmt.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde auch auf die kommunalen Verhältnisse des Ortes Bezug genommen. Genosse Schulz forderte zum Schluß zu reger Agitation für Organisation und Presse auf.

Weihensee.

Die Erbauung des Säuglingskrankenhauses ist seit längerer Zeit beschlossene Sache. Es wurde bereits ein Entwurf vorgelegt, nach welchem das Krankenhaus 842 000 M. Kosten verursacht. Nachdem auf Kosten der Gemeinde der Hochbau, der Vorsitzende und der leitende Arzt der hiesigen Säuglingsfürsorgestelle mehrere Anstalten im Deutschen Reich besucht hatten, wurde das Projekt geändert und lag nunmehr der Gemeindevertreterversammlung in der veränderten Form zur Beschlußfassung vor. Das Projekt verursacht jetzt einen Kostenaufwand von 420 000 M. und zwar sind die Ausgaben folgende: Das Hauptgebäude zu 40 Betten kostet 284 000 M., die Einrichtung 74 000 M., der Jostervilla 26 500 M., der Musiksaal 37 000 M., der Pferdehof 14 500 M., die Leichenhalle 1500 M., Wege und Gartenanlagen 10 000 M., Anlegebeiträge 22 500 M. Hierzu kommen noch der Grund und Boden von etwa drei Morgen zum Selbstkostenpreis von circa 20 000 M. Die Kreisverwaltung hat sich bereit erklärt, die Hälfte der Baukosten zinsfrei vorzuschießen, auch will der Kreis einen Zuschuß zu den Betriebskosten bewilligen. Das Krankenhaus soll an der Grenze von Hohen-Schönhausen seinen Platz finden und von einem circa 20 Morgen großen Park umgeben werden, wozu die Mittel bereits im Etat vorgesehen sind. Trotzdem die Vorlage im vorigen Jahre bereits angenommen wurde, macht sich gegenwärtig eine andere Stimmung bemerkbar. Die ungünstige Lage sowohl wie auch die zu hohen Kosten machen einigen Herren das Projekt nicht schmackhaft. Nach länger Diskussion wurde die Vorlage an die Hochbaukommission zurückverwiesen; hier soll ein neues Projekt ausgearbeitet werden, das nicht mehr als 350 000 M. Kosten verursacht. Wie die Kommission ein Minus von 70 000 M. herausrechnen soll, war unseren Genossen ein Rätsel, daher stimmten diese geschlossen gegen den letzten Antrag.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktstage: Fleisch: Futur kurz, Geschäft etwas reger, Preise unverändert. Wild: Futur knapp, Geschäft lebhaft, Preise bedrückend. Wild: Futur knapp, Geschäft mäßig, Preise bedrückend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Futur genügend, Geschäft sehr still, Vorräte reichlich, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 25. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Wind- richtung	Windstärk Baltische	Temperat. in C.	Stationen	Barometer hoch mm	Wind- richtung	Windstärk Baltische	Temperat. in C.
Zimmerde	773.0		2 halb dd.	-8	Caparanga	774.23		1 bedeck	-6
Pantow	773.0		2 halb dd.	-8	Petersburg				
Berlin	773.0		3 heiter	-6	St. Petersburg	771.90		2 mäßig	5
Kranke a. M.	769.0		3 heiter	-6	Herzen	777.50		2 bedeck	8
Wärsen	767.50		3 heiter	-11	Kursk	767.90		2 Schnee	-2
Wien	770.0		1 Nebel	-7					

Wetterprognose für Freitag, den 26. Februar 1909. Grundrisslich, vorwiegend trübes Frohwitter mit Schneefällen und gleichmäßig kühlen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Hochwasser, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	24.	23.	24.	23.		24.	23.	24.	23.
Remel, Elbe	180 ¹	180 ¹	om	om	Saale, Großh.	100	100	om	om
Bregel, Uckerberg	70 ¹	70 ¹	om	om	Saale, Sandau	73	73	om	om
Wesche, Elbe	10 ¹	10 ¹	om	om	Katzenau	115	115	om	om
Oder, Radibor	84	84	om	om	Spreewald, Spremberg	94	94	om	om
„ „ „ „	155 ¹	155 ¹	om	om	„ „ „ „	90 ¹	90 ¹	om	om
„ „ „ „	223 ¹	223 ¹	om	om	„ „ „ „	65	65	om	om
Wartze, Scharm	59	59	om	om	„ „ „ „	24	24	om	om
„ „ „ „	69 ¹	69 ¹	om	om	„ „ „ „	290	290	om	om
Rehe, Tordamm	58 ¹	58 ¹	om	om	„ „ „ „	99	99	om	om
Elbe, Zeitmeritz	45	45	om	om	„ „ „ „	97	97	om	om
„ „ „ „	170 ¹	170 ¹	om	om	„ „ „ „	48	48	om	om
„ „ „ „	112 ¹	112 ¹	om	om	„ „ „ „	188	188	om	om
„ „ „ „	102 ¹	102 ¹	om	om	„ „ „ „			om	om

¹) + bedeutet Sturm. — „ — „) Unterpostet. — „) Glühend. „) teilweise eisfrei. — „) schwaches Treibeis. — „) Eisreiben

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 26. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Mignon.
Königl. Schauspielhaus. Der Schlagbaum.
Deutsches. Revolution im Krähwinkel.
Kammerstücke. Der Arzt am Scheideweg. (Anf. 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Faust. I. Teil.

Anfang 8 Uhr.
Festung. John Gabriel Borkman.
Berliner. Einer von unsers Leut'.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Romische Oper. Jaja.
Neues. Die fremde Frau.
Alteins. Moral.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Lustspielhaus. Seine kleine Freundin.
Residenz. Kammerer dich um Amelie.
Schiller u. Schiller. (Auser.)
Der Graf von Charolais.
Schiller. Charlottenburg. Ein Volksgeld.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Westen. Der tapfere Soldat.
Lustig. Die goldene Lebenslüge.
Nathan. Der Salzw.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelskinder. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Roze. Wohlthäter der Menschheit.

Gastspiel-Theater. Der Hattenbesitzer. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bürgerl. Schauspielhaus. Urtel Meis. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Gebrüder Herzfeld. Die beiden Hinkelhände.
Apollo. Dufel Cosimir. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter - tadellos.

Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Reichshafen. Stettiner Sänger.
Wohlfahrt. Spezialitäten.
Folies Caprice. Ein lediger Ehemann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kasino. Ruhland. Spezialitäten.
Sahar. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.
Parodie. Siegel Siegel alles. - Alles ist's Kind. Oder: Die Folgen eines Kaudewoua. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.
Hörsaal 8 Uhr: Konstr.-Ingenieur Köhler: Die Stahlwerksindustrie.
Gastspiel-Theater. Köpenicker Straße 68. 8 1/2 Uhr: Gastspiel: Tanzabend Villany.

Abends 8 Uhr: Die goldene Lebenslüge.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder- vorstellung: Rar u. Rorik. Abends 8 Uhr: Das Mädchen auf Brüggen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf Brüggen. 8 Uhr: Die goldene Lebenslüge.
Montag: Der Stützenfied und Die Dienstboten.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 28. Februar 1909:
2. Gastspiel des Berl. Operetten-Enf.: Der Zigeunerbaron.
Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Hassary - Perry
Holden - Bender
Giampietro - Kettner
Pflanz - Thelischer.

Apollon Theater
8 1/2 Uhr: Mei Herdina
8 1/2 Uhr: Gobert Belling
8 1/2 Uhr: Maria Vincent
8 1/2 Uhr: Lloyd
10 1/2 Uhr: Rosenmontag in Berlin 1909

Wintergarten
Letzte Vorstellungen!
Sahar
Gertrude Barrison
Simon u. Gardner
in ihrer amerikanisch. Burleske:
Der neue Kutscher
und das drollige
Faschings-Programm.

Passage-Theater.
Letzte Woche!
Madame
Hanako
mit ihrem Ensemble.
Robert Koppe!
und das glänzende
Febru-
Variété-
Programm!

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Singhalesen.
Gaukler-Truppe
in ihr wilden Heimatstreifen
Salome.
das blaue Weib.
D Opfer unbarmherz. Tötung.
Alles ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom
Lahnbof Börs.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das vom Publikum u. d. gesamten
Presse anerkannt vorzügliche
Febru-
Programm.
Sensationell! Sensationell!

Georg Gailer
der phänomenale Balancekönig.
Wiederauftreten von Juan Veltet
Sturz aus der 6. Etage.
Der arme Kasimir.
Schwank in 1 Akt v. Schmidt-Hanfins.
Familienarten wochentags halbe Preise
überall gratis zu haben.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.
Hörsaal 8 Uhr: Konstr.-Ingenieur Köhler: Die Stahlwerksindustrie.
Gastspiel-Theater. Köpenicker Straße 68. 8 1/2 Uhr: Gastspiel: Tanzabend Villany.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Lebenslüge.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder- vorstellung: Rar u. Rorik. Abends 8 Uhr: Das Mädchen auf Brüggen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf Brüggen. 8 Uhr: Die goldene Lebenslüge.
Montag: Der Stützenfied und Die Dienstboten.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 28. Februar 1909:
2. Gastspiel des Berl. Operetten-Enf.: Der Zigeunerbaron.
Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Hassary - Perry
Holden - Bender
Giampietro - Kettner
Pflanz - Thelischer.

Apollon Theater
8 1/2 Uhr: Mei Herdina
8 1/2 Uhr: Gobert Belling
8 1/2 Uhr: Maria Vincent
8 1/2 Uhr: Lloyd
10 1/2 Uhr: Rosenmontag in Berlin 1909

Wintergarten
Letzte Vorstellungen!
Sahar
Gertrude Barrison
Simon u. Gardner
in ihrer amerikanisch. Burleske:
Der neue Kutscher
und das drollige
Faschings-Programm.

Passage-Theater.
Letzte Woche!
Madame
Hanako
mit ihrem Ensemble.
Robert Koppe!
und das glänzende
Febru-
Variété-
Programm!

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Singhalesen.
Gaukler-Truppe
in ihr wilden Heimatstreifen
Salome.
das blaue Weib.
D Opfer unbarmherz. Tötung.
Alles ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom
Lahnbof Börs.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das vom Publikum u. d. gesamten
Presse anerkannt vorzügliche
Febru-
Programm.
Sensationell! Sensationell!

Georg Gailer
der phänomenale Balancekönig.
Wiederauftreten von Juan Veltet
Sturz aus der 6. Etage.
Der arme Kasimir.
Schwank in 1 Akt v. Schmidt-Hanfins.
Familienarten wochentags halbe Preise
überall gratis zu haben.

Schiller-Theater.
O (Ballner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Trauerspiel in 5 Akten von Richard Beer-Holmann.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Ein Volksfest.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Volksfest.
Schauspiel in 5 Akten von H. Wien.
Deutsch von H. Lange.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Rechts herum.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Julius Caesar.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Rechts herum.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.
Sonntag, den 28. Februar 1909, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29:
Zehntes Stiftungsfest.
PROGRAMM:
I. TEIL.
1. Ouvert. zu Coriolan Beethoven
2. „Zigeunerleben“ .. Schumann (Volkschor)
3. Arie aus „Die Schöpfung“ (Frau Marek) Haydn
4. Loreleylied. . . . Mendels- sohn
5. Festrede.
II. TEIL.
6. Brantlied aus „Lohengrin“ (Volkschor) Wagner
7. Arie a. „Der Freischütz“ Weber (Frau Marek)
8. Serenade D-dur. . . . Mozart
9. Mirjams Siegesgesang (Solo u. Chor) Schubert-Mottl
Dirigent des Orchesters und Volkschors Dr. E. Zander.
Nach dem BALL und Aufführung der Damen-Abteilung des Turnvereins „Fichte“.
Tanz 30 Pf. Eintritt für Kinder verboten.
Billets a 50 Pf. bei Herach, Engelauer 15; Guhs, Zorndorfer Straße 39; Klotz, Fichtestr. 1; Kullcke, Prinzenstr. 102; Petereit, Nauynstr. 5; Zucht, Immanuelkirchestr. 12; Zachau, Lortzingstr. 88; Jordan, Labecker Str. 43, und an der Abendkasse. 55/5
Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.

Tischler-Verein E. H. No. 89.
Sonnabend, 27. Februar, im Konzerthaus „Sanssouci“ Kottbuser Straße 6:
Gr. Wiener Maskenball.
Ueberraschungen. 9 Humoristische Vorträge.
Anfang 8 1/2 Uhr. 1909/8 Billets 50 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Brauerei Friedrichshain.
Heute: Vorletzter Tag!
Schorsch Ehrengreber
mit seiner Truppe (60 Personen).
Heute Freitag: Elitetag!
Sensat. Gratisverlosung v. 400 Gegenständen.
Jedes vierte Los gewinnt!
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Zirkus Schumann
Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Komische Vorstellung.
Nur noch einige Tage:
Tiberio
der Münzendreher.
Heben eines Elefanten.
Schim-
panse
Peat, Klabau-
panse
Dutton Company!!
Um 9 1/2 Uhr:
Der Schläger der Saison!
Golo,
der Seeräuber.
Sonntag: In beiden Vor-
stellungen ungefärgt Golo.
Paet. Tiberio.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill, Oranienstr. 16.
Täglich jubelnder Beifall!
Einer von unsers Leut'.
Voll mit Gesang in 4 Akten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Syreathener. Ber-
liner Lokalstück mit Gesang.

Bürgerliches Schauspielhaus
Rastanien-Allee 7-9.
Zum erstenmal:
Uriel Acosta.
Trauerspiel in 5 Akten von Gutzkow.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonntag nachm.: Dantel.
Abends: Der Salontänzer.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theater-
saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2102.)
Sonntag, den 28. Februar:
Die Haubenlerche.
Schausp. in 4 Akten v. G. v. Wildenbruch.
Anf. d. Vorf. 7. Rasteneröffnung 6 Uhr.
Sonntags 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags
im Theater-Restaurant.
Montag, den 1. März: Soltes der
ausg. Sänger.

Ab 1. April a. c. befindet sich mein Geschäft
Neue Königstr. 70, im Hause des Postamt 43.
Max Ziegenhals, BERLIN N.O. 18, Keibelstr. 20, ::: dicht am :::
Telephon: Amt VII, 4730.

Billigste
Sinkaufsquelle in Zigaretten, Zigarren und Tabaken.

Öffentliche politische Versammlungen.
Dritter Wahlkreis.
Sonntag, den 28. Februar 1909, abends 6 1/2 Uhr,
im großen Saale der Arminshallen, Kommandantenstr. 58/59:
Öffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
Volkserziehung und Sozialdemokratie.
Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Kiehnorn.**
Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein.**
Eintritt inklusive Garderobe 20 Pf.
Tanz frei.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Einberufer. **Kug. Vogl, Rammstr. 30.**

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19-20, Rosenh. Tor.
Sonnabend, 27. Februar:
„Eine Knarr-Nacht“
auf dem
Weinbergsweg.

Casino-Theater
Lützowinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Sensationell!
Rußland.
Aktuell!
Rußland.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72.
Tägl. Spezialitäten-Vorstellung
mit **Franz Sobanski**
Offella Lorna, Orsina, Goldader,
The Southwille, Ell u. Dag Bach,
Ray Wilberg, Ray Rec.
Der Talmi-Grat.
Voll in 1 Akt von F. Sobanski.

Folies Caprice
Zum 78. Male:
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis nachts 12 Uhr geöffnet.
**Konzert und
Kunstausf.**
Von 1 1/2 bis 4 Uhr geschlossen.

Prachtvolltes Haar
erhält jede Dame mit
Haarblondin
entwird beim Waschen
Sauerstoff,
d. h. die Lebenskraft aller Organismen,
also auch der Haare.
Haarblondin entfernt jede Spur von
Schwemmung, Schuppen und
Schinchen, öffnet die Poren, entfernt
das Kopfschmerzmittel und fördert das Wach-
stum der Haare. Soll Haarblondin die
Haare reinigen, die Farbe aber nicht
verändern, so wäscht man nur 5 bis
10 Minuten. Wäscht man dagegen
seinen Haaren einen hellen Farbton
zu geben, so wäscht man dieselben
mindestens 1/2 Stunde lang und
wiederholt mehr, bis der gewünschte
Farbton erreicht ist.
Haarblondin macht die Haare glänzend
und federnd; es verhindert das
Spalten und Brechen der Haare und ist
garantiert unschädlich.
Zu haben in Parfüm- u. Drogerien
falls dort nicht zu haben, wenden
Sie sich an den Fabrikanten
Fritz Kratz, Drogenhaus,
Berlin N. - Hauptstr. 11, post.
Reinholdenbergr. Straße 110.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurter Str. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in wirklich ununterbrochen ge-
öffneten Sonder-Abteilungen für Damen
466L und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Hand-
tüchern 75 Pf. (40 Minuten Badzeit.)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Ab 1. April a. c. befindet sich mein Geschäft
Neue Königstr. 70, im Hause des Postamt 43.
Max Ziegenhals, BERLIN N.O. 18, Keibelstr. 20, ::: dicht am :::
Telephon: Amt VII, 4730.

Billigste
Sinkaufsquelle in Zigaretten, Zigarren und Tabaken.

Gebrüder Herrnfeld-
Theater. Vorverk. 11-2 Uhr.
 57 Kommandantenstr. 57.
Die beiden Bindelbands
 Vorher: Februar-Spezialitäten.
 Sonnabend, den 27. d. M.:
 Jubiläums-Fest-Vorstellung
 anlässlich d. 150. Aufführung
 von Die beiden Bindelbands.
 Einmalige Aufführung der
 „Original-Abriab-Partie.“
 Hierzu die
 Februar-Spezialitäten.
 Willt's heute schon erhält-
 lich an der Theaterkasse Wort-
 heim, Invalidendamm.

Parodie-Theater.
 Dredener Straße 97. Anf. 8 1/2 Uhr.
Siegel segelt alles!
 oder: Der Bäckisch in Rötten.
 Vorher: Alles für's Kind! oder:
 Die Folgen eines Bienenboud.
 Preise d. Plätze: 20, 40, 75 Pf., 1 M.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
 Zum Schluss:
Der Kompanieball.
 Mitwirkende
 Humoreske
 von Meysel.
 Anfang
 montags
 8 Uhr.
 Sonnt. 7 U.

Theater Variété Brillant
 (City-Passage)
 Dredener Str. 52/3 Annon. 42/3
 Täglich: Ausreten von nur er-
 fahrenden Spezialitäten bei gän-
 zlich freiem Entree, auch Sonntags.
 Sonnabend und Sonntag
 nach der Vorst.: Gr. Freitags-
 Kinematograph.

Sanssouci, Straße 6.
 Dredener Str. 52/3 Annon. 42/3
 Täglich: Ausreten von nur er-
 fahrenden Spezialitäten bei gän-
 zlich freiem Entree, auch Sonntags.
 Sonnabend und Sonntag
 nach der Vorst.: Gr. Freitags-
 Kinematograph.

Neue Welt
 Hasenheide 108-114.
Im Riesen-Festsaal:
„Das“ Bockbierfest.
 Größter und amüsantester Bock-
 trubel Berlins.
 Original-Alpen-Dekoration.
Rutschbahn Wasserfall
 30 bayerische Maß.
 Baron Muckl. Max vom Heede.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
 Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 50 Pf.

Gustav Behrens-
Theater.
 Goltzstr. 9.
Gastspiel des Mr. Fatouré
 mit seinem
 weltberühmten Zwergetheater:
 und die übrigen erstklassigen
 Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

B.O. Blättner - Orchester.
 Sonntag, 28. Februar, 7 1/2 Uhr:
Populäres Konzert.
 Dirigent: Ferdinand Neisser.
 Solist: Fr. L. Ralfy (Gesang).
 A. d. Progr.: Nicolai; Ouv.
 „Die lustig. Weib. v. Windsor“.
 Liszt: Rapsodie N. 6, M. Bruch:
 Avo Maria f. Sopran a. d. Orat.
 „Das Feuerkreuz“. Rubin-
 stein: Valse caprice.
 Karten a 1.50, 1.—, 0.75 b. Bote
 & Bock, Worthheim usw., Or-
 chesterbureau Lützowstr. 76.
 Tages- und Abendkasse am
 Konzerttage. 288/4*
 Donnerstag, 4. März, 8 Uhr
XIX. Sinfonie-Konzert.

Grünau!
 Sonntag, den 7. März 1909:
großes Schlachtfest
 verbunden mit musikalischer Unter-
 haltung. Hierzu ladet alle Freunde
 und Bekannte bestens ein.
Gustav Lindenhayn,
 Friedrichstr. 2, Telefon 17.

Sozialdemokrat. Kreiswahlverein
Potsdam - Spandau - Osthavelland.
 Sonntag, den 28. Februar 1909, mittags von 12 Uhr ab:
Kreis - Generalversammlung
 in Stanken im Lokale von Guldig.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Agitation, Organisation. Referent Genosse
 Schubert-Spandau. 3. Diskussion. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.
 Hierzu ladet ein
Der Vorstand.
 281/19 J. W.: Aug. Paris, Volten, Luisenstr. 17.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Einsetzer!
 Sonntag, den 28. Februar 1909, vormittags 10 Uhr,
 finden **Bezirksversammlungen** statt.
 Tages-Ordnung: 79/19
Berichterstattung von der Generalversammlung.
 Bezirkslokale: Bezirksleiter:
 I. Merkowski, Andradstr. 28. Perßke, Palfadenstr. 13.
 II. Schade, Koppenhagenstr. 74. Richter, Rheinsberger Str. 33.
 III. Müller, Redowstr. 11. Dietrich, Jagowstr. 18.
 IV. Prell, Rosenstr. 24, Rixdorf. Föhst, Rixdorf, Prinz-Handjery-
 Straße 37.
 V. Wiemer, Säulenstr. 55. Kleper, Wilmerdorf, Ringbahn-
 Straße 20.
 VI. Mix, Staliger Str. 59. Neumann, Strolauer Allee 23 b.
 VII. Volkshaus, Rosinenstr. 3. Nölte, Charlottenburg, Delmholtz-
 Straße 27.
 VIII. Melzer, Biesenstr. 29. Stoß, Gerichtstr. 28.
Obleute: Gottlieb Franz, Markgrafendamm 30.
Paul Tomalske, Schleißche Str. 31.

Mitglieder des
Arbeiter - Radfahrerbundes „Solidarität“
 von Groß-Berlin.
 Heute Freitag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 bei Anton Becker, Weberstr. 17.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Gen. Emil Hartmann
 aus Rudolstadt (Vormann der Reichskommission):
„Unser Fahrradhaus „Frisch auf!““
 2. Diskussion.
 Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen
 der Bundesgenossen erwünscht.
 10/2 J. W.: Der Vorstand.

Gesunde, Nervöse, Herz-, Magen-, Nieren-
 leidende und Alle, die ihr aufregende Ge-
 tränke wie Kaffee, chinesisches
 Tee etc. meiden sollt,
 kauft
 schnell
 in der
 nächsten Apotheke
 oder Drogerie
Sieber's Aepfeltee!
 Pakete zu 30 Pfg., 50 Pfg., und 1 Mark
 überall erhältlich.
 Generalvertr.: Dr. Wasserrug, Frankfurt a. M.
 Alleinverkauf f. Berlin u. Vororte:
Joh. Zschernack, Berlin N. (Tel. III, 7356.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.
 Sonntag, 28. Februar 1909, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 für die Branche
 der Eisen-, Metall- und Revolverdreher
 in den Musiker-Festjäten, Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 18m.
 Tages-Ordnung:
 1. Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, 28. Februar 1909, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung
 der Rohrleger
 und Helfer Berlins und Umgegend
 im Gewerkschaftshaus, Engelufer Nr. 15, Saal 4.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag: „Die Bildungshätten in Preußen.“ Referent
 Stadtverordneter Genosse Schubert. 2. Diskussion. 3. Branchen-
 angelegenheiten. 112/6

Sonntag, 28. Februar 1909, vormittags 10 Uhr:
Branchen - Versammlung
 aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten
 Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen
 im Gewerkschaftshaus, Engelufer Nr. 15, Saal 1.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert!

Sonntag, 28. Februar 1909, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der Schmiede
 in Willes Festjäten (früher Mübrodt), Müllerstraße Nr. 7.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Wäde über: „Organisations-
 bestrebungen der Arbeiter“. 2. Verbands- und Branchen-
 angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch obiger Versammlungen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Bäckerei-Genossenschaft, Berlin.
 (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
 Sonntag, den 7. März 1909, nachmittags 1 Uhr.
 bei Krone, Altepler Straße 18:
Ordentliche Generalversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftsbericht des Vorstandes und Aufsichtsrates und Genehmigung
 der Bilanz. 2. Berlebung des Berichts des Verbandsreferenten. 3. Neuwahlen
 für die auscheidenden Vorstandes- und Aufsichtsratsmitglieder. 4. Ver-
 schiedenes. 103/19
 Der Vorstand. Georg Geisler, Ludwig Ertl.

Verband der Sattler.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Die nächsten
Branchen-Versammlungen
 finden an nachfolgenden Tagen statt:
Geschirrbrennerei: Mittwoch, den 3. März 1909.
Treibriemenbranche: Donnerstag, den 4. März 1909.
Taschen, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag,
 den 4. März 1909.
Militärbranche: Sonnabend, den 27. Februar 1909.
Sinoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, 4. März.
Wagenbranche: Donnerstag, den 4. März 1909.
Eisenmöbel- u. Lederstuhlpolsterer: Donnerstag, 4. März.
Sektion Charlottenburg: Montag, den 1. März 1909.
 Die Kollegen werden ersucht, diese Branchensammlungen vollständig
 zu besuchen. [156/12] **Die Ortsverwaltung.**

Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes
Albert Zwirner
 sage ich allen Genossen, Kollegen
 Freunden und Bekannten meinen
 herzlichsten Dank. 1174b
Witwe Zwirner nebst Kindern.
Dankjagung.
 Für die am Grabe meiner lieben
 Frau und unserer guten Mutter
Anna Schmidt
 uns erwiesene Teilnahme sagen wir
 allen Erschienenen, besonders dem
 Gesangsverein der Fußer, unsern
 innigsten Dank. 1173b
Gustav Schmidt nebst Kindern.

Dankjagung.
 Allen Verwandten, Freunden und
 Bekannten sowie den Kolonisten der
 Kolonie Neu-Zillertal für die tunige
 Teilnahme und reichen Krangspenden
 bei der Beerdigung meiner lieben
 Frau sagen wir unsern innigsten
 Dank.
Wilhelm Fest nebst Kindern.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse
der Metallarbeiter.
Filiale Rixdorf.
Versammlung
 am Sonntag, den 28. Februar, vor-
 mittags 10 Uhr, Bergstraße 151, bei
 Thiel.
 Tages-Ordnung:
 Die diesjährige Generalversamml-
 ung. — Aufstellung der Kandidaten.
 — Verschiedenes. 112/7
Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter!
 Bis zur Stunde ohne Nachricht
 über die Absichten der Unternehmer,
 empfehlen wir den Kollegen, den bis
 zum 1. März gültigen Tarif solange
 als fortbestehend zu betrachten, bis
 andere Vereinbarungen zwischen den
 beiden Körperschaften, Innung und
 Unternehmerverband einerseits, Ge-
 sellenrat und Steinarbeiter-
 verband andererseits, getroffen sind.
 Sonderabmachungen einzelner
 Unternehmer und Kollegen sind un-
 zulässig.
 Etwasige Tarifverträge, Lohnver-
 einbarungen und andere Differenzen
 sind dem Unterzeichneten sofort mit-
 zuteilen. 171/5*
Die Ortsverwaltung.
 J. W.: Ernst Winkler, N. 58,
 Steinstr. 45.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
 Mitglied des Arbeiter-
 Radfahrer-Bundes
 „Solidarität“.
Tour
 am Sonntag, den 28. Februar:
 Vereinsstour nach Hildessee
 („Deutscher Kaiser“). Start 2 Uhr
 besetzte Stellen. 10/3
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
 Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Esst Honig!
 Gar. reiner Bienenhonig
 br. 10 Pfund-Postdose frko.
 nach jeder Postzeit Mk. 6,50
 5 Pfunddose franko. 4.—
Versand-Gesellschaft
 Magdeburg 90 Postf. 164.

Peek & Cloppenburg Berlin C.
 Gertraudenstr. 25, 26, 27
 Spezialgeschäft für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung
Konfirmanden-Anzüge

Katalog-Nr.	Brustweite in cm	76-80		82-86	
		M.	N.	M.	N.
2752	Schwarz Cheviot	Form 3	13.50	14.50	
2753	Schwarz Kammgarn	Form 3	16.—	17.50	
2754	Gerippt schwarz Kammgarn	Form 3	20.50	22.50	
2755	Schwarz Cheviot, sehr solide Qualität	Form 3	22.50	24.50	
2757	Schwarz Cheviot, sehr haltbare Ware	Form 4	24.50	27.50	
2759	Schwarz Diagonal-Kammgarn-Cheviot	Form 3	24.50	27.50	
2760	Reinwollener Diagonal-Cheviot, 1- oder 2-reihig		27.—	30.—	
2761	Schwarz Tuch-Kammgarn	Form 3	27.—	30.—	
2762	Tuch-Kammgarn, elegant	Form 4	31.—	34.—	
2763	Schwarz Cheviot, vorzügliche Qualität	Form 3	32.—	36.—	
2764	Smoking-Anzug aus schwarz Tuch-Kammg., m. seid. Schal	Form 1	32.—	35.—	
2765	Diagonal-Kammgarn-Cheviot, la Qualität	Form 3	34.—	37.50	
2766	Schwarz Cheviot, Sakko, 2-reihig, elegant verarbeitet	Form 5	35.—	39.—	
2767	Schwarz Tuch-Kammgarn, feine Qualität	Form 4	35.—	39.—	
2768	Reinwollener, solider Cheviot, la Qualität	Form 5	44.—	48.—	
2769	Smoking-Anzug aus feinem Melton-Cheviot, m. seid. Revers	Form 2	44.—	48.—	

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinaer & Co., Berlin SW.

Aus Industrie und Handel.

Die Lage am Eisenmarkt.

Den Hoffnungen auf günstigere Gestaltung der Lage am Eisenmarkt auslösenden Stimmungsbildern der letzten Zeit, die besonders die Anleihe über die Produktion der Hochöfen und den Bestand des Stahlverbandes anknapften, sind nun wieder sehr pessimistisch launende Marktberichte gefolgt. So schreibt die „N. W. Z.“ in ihrem Monatsbericht über den Eisenmarkt: Trotz des billigen Geldstandes hat sich die Marktlage seit Beginn des Jahres nicht gebessert, sondern in letzter Zeit noch verschlechtert.

Der Stahlmarkt notiert geformten Stahl und Stahlplatten mit 1.30 Dollar per 100 Pfd.; für Stahlbarken mit 1.20 Dollar per 100 Pfd., das ist eine Ermäßigung um 6 bzw. 4 Dollar per Tonne. Der Zerfall des Stahlmarktes folgte heute die Ankündigung der Freigabe der Verkäufe auf dem Weltmarkt.

Der Bleistift hob alle Preisvereinbarungen auf, um die Unterbietungen der Duffler zu bekämpfen. Die American Smelting and Refining Co. setzte den Preis für Rohblei 10 Punkte pro Pfund herab. Auch die Proklamierung des offenen Kupfermarktes seitens der United Metals Company, der Verkaufsorganisation der Amalgamated-Interessen, soll unmittelbar bevorstehen.

Industrielle Revolutionierung.

Wie berichtet wird, beabsichtigt die Firma Thyssen u. Co. ein neues Patent für die Fabrikation von Rietzen zu erwerben. Man glaubt, daß die Firma damit den Weg zu einem Monopol auf diesem Gebiete beschreitet. Thyssen würde selbstverständlich in seinen Salzwerken das Rietzeisen herstellen und mit dessen Weiterverarbeitung zahlreichen kleinen Rietzfabriken eine vernichtende Konkurrenz bereiten.

Die Kommerz- und Diskontobank Hamburg-Berlin erklärt eine Dividende von 5 1/2 Proz. Der Reingewinn für 1908 ohne Vortrag beträgt 5 177 868 M. gegen 5 166 217 M. in 1907 und 7 008 935 M. pro 1906.

Die elektrotechnische Industrie. Wie eine Veröffentlichung des Vereins zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik“ ausführt, hat die dem Reichstage vorliegende Elektrizitätssteuer der elektrotechnischen Industrie jetzt schon ganz erhebliche Schädigungen zugefügt. Da die Besteuerung der elektrischen Energie die Wirtschaftlichkeit des elektrischen Antriebes gegenüber derjenigen des direkten Dampftriebes wesentlich verringern würde, seien besonders in der Bergwerks- und Hüttenindustrie große Projekte auf Einführung des elektrischen Betriebes von Förderanlagen und Walzwerken zurückgestellt worden. Bis sich das Schicksal der Steuerentwürfe geklärt habe, ebenso hätten große Werke die Einführung des elektrischen Antriebes ihrer Bestände verschoben und auch im Kleinergewerbe zögere man mit der Anschaffung von elektrischen Antriebsmaschinen. Die ebenfalls vorgeschlagene Besteuerung der Beleuchtungsmittel hat verschiedene Kommunalverwaltungen bedankt, die bereits beschlossene Einführung der öffentlichen Beleuchtung mittels Bogenlampen zurückzustellen. Die Rentabilitätsberechnungen für größere Fabrikanlagen seien zurzeit gar nicht durchzuführen, da man nicht wisse, ob man im Hinblick auf die geplante Besteuerung elektrische Antriebsmaschinen verwenden können oder nicht. Der Ausfall an Investitionen soll sich auf viele Millionen belaufen. Er mache sich um so mehr bemerkbar, als infolge der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage die Abzugsgelegenheit sich verringere und vor allem auch der Export im Niedergange begriffen sei. Der Verein hat daher an den Bundesrat und die Bundesregierungen die dringende Bitte gerichtet, mit Rücksicht darauf, daß die Annahme der Gas- und Elektrizitätssteuer im Reichstage als ausgefallen gelten könne, die Vorlage zurückzuziehen, um der Beunruhigung ein Ende zu bereiten, die dieser Steuerentwurf nicht nur in der elektrotechnischen Industrie, sondern bei allen Erwerbszweigen, die am Konsum elektrischer Energie für Kraft- und Beleuchtung interessiert seien, hervorgerufen habe.

20 Proz. Lohnabzug.

Durch Anschlag kündigte die Gute Hoffnungshütte ab 1. März eine Lohnreduktion von 20 Proz. an.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeiterin in der Gewerkschaftsbewegung.

Am Montag, den 22. Februar, sprach im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse Karl Legien über: „Die Arbeiterin in der Gewerkschaftsbewegung“. In dem Maße, wie die Anteilnahme der Frauen am Erwerbsleben wächst, steigt auch — so führte der Referent aus — die Zahl der organisierten Frauen. In der künftigen Handwerkerorganisation des Mittelalters kam die industrielle Arbeit der Frau kaum in Frage. Dagegen finden wir gegen Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts zugleich mit der Ablösung des Handwerks durch Hausindustrie und Manufaktur auch den Eintritt der Frau in die Industrie. Nunmehr war auch die Frage der Frauenorganisation spruchreif geworden und trotz der herrschenden Koalitionsverbote nahmen Frauen schon im Jahre 1848 lebhaften Anteil nicht nur am politischen Leben, sondern auch an Bestrebungen rein wirtschaftlicher Natur. In den Statuten eines Vereins, die „Arbeiterverbände“ benannt, besagt der § 20 ausdrücklich, daß Frauen von der Vereinigung nicht ausgeschlossen seien, und Frau Louise Otto-Peters erwähnt in einem Aufreiß der Männer, zu bedenken, daß sie nicht nur Brüder sondern auch Schwestern hätten, und daß die Frauen unter dem Druck der Arbeitgeber und dem Uebermaß der Konkurrenz gleich den Männern leiden. Jenem kurzen freithätlichen Aufschwung folgte allerdings eine Periode ärgerer Reaktion, und erst Anfang der sechziger Jahre sehen wir wieder neue Organisationen entstehen, die aber nur — kraft der nicht mehr zu hemmenden wirtschaftlichen Entwicklung und trotz strenger Koalitionsverbote — sozusagen unter Duldung der Behörden weiter existierten.

Schon damals begannen die Arbeiter einzusehen — namentlich jene Kreise, die unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Bewegung standen — daß die Konkurrenz der Frau nur gemindert werden könne durch eine gemeinsame Organisation. Noch im Jahre 1848 hatte der damals bestehende Tabakarbeiterverband beschlossen, die Frauen aus den Fabriken hinauszudrängen; bei dem im Jahre

1885 neugegründeten Verband der Tabakarbeiter galt die Zugehörigkeit der Frauen bereits als selbstverständlich, und der im Jahre 1867 unter starker Mitwirkung der Frauen geführte Streik war gerade infolge unangenehmer Behandlung der weiblichen Arbeiter zum Ausbruch gekommen. Es hatte sich also eine vollständige Wandlung der Anschauungen vollzogen, die den Beschluß veranlaßte, die Frauen zu aktiven Arbeiten, zu welchen sie befähigt wären, zuzulassen.“ Ausschlaggebend für diesen Meinungsumschwung war die rapide wirtschaftliche Entwicklung, die immer mehr Frauen ins Erwerbsleben einbezog. Als daher nach dem Fall des Sozialistengesetzes die erste gewerkschaftliche Konferenz stattfand, nahmen bereits weibliche Delegierte daran teil, und 1892 wurde den Frauen die Organisation nach jeder Richtung hin geöffnet in der Annahme, daß der § 152 der G.-O., der die Betätigung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse gestattet, auch der Anteilnahme der Frauen kein Hindernis sei.

Im weiteren Verlauf des Vortrages brachte Genosse Legien reiches Zahlenmaterial bei und zeigte an der Hand desselben den erfreulichen Aufschwung, den — namentlich in den letzten Jahren — die Frauenorganisation genommen hat. So konnte er nach schätzungsweise Berechnung mitteilen, daß im Jahre 1895 von 1 284 206 industriell erwerbstätigen Frauen erst 1 1/2 Proz. organisiert waren, während im Jahre 1907 bereits 14 1/2 Proz. derselben einer Gewerkschaft angehörten. In dieser Berechnung sind auch die Mitglieder der circa-Dunderschen Gewerkschaften mit 7060, der christlichen mit 24 123 einbezogen, während die freien Gewerkschaften 136 929 Mitglieder zählten, so daß insgesamt im Jahre 1907 168 111 Frauen gewerkschaftlich organisiert waren. Gegenüber den männlichen Organisierten, die der Referent für 1907 auf 26 bis 28 Proz. der gewerblichen Arbeiter schätzte, allerdings noch immer eine kleine Zahl.

Es wäre nun aber, wie der Redner betonte, ein Irrtum, auf den bloßen Prozentzahlen sowohl der weiblichen wie auch der männlichen Gewerkschaftsmitglieder Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Lage der Gewerkschaften ziehen zu wollen. Auch wo nicht, wie in gewissen Industriezweigen, in einem Beruf 70—80, ja bis zu 100 Proz. der Erwerbstätigen organisiert sind, haben tatsächlich die Gewerkschaften bedeutenden Einfluß auf Lohnhöhe und Arbeitszeit ausgeübt. Haben doch die Arbeiter häufig eine Arbeitszeit von 9 1/2, 9 ja 8 Stunden erzwungen, während gewöhnlich erst jetzt der Feiertagsurlaub vom Reichstag festgelegt wurde. Allerdings ist es unmöglich, auf gewerkschaftlichem Wege etwa den Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit herbeiführen zu wollen, wie dies von bürgerlicher Seite jetzt durch Befürwortung von Tarifverträgen u. a. erhofft wird. Gewiß ist die Lebenshaltung der Arbeiter heute eine andere als vor 30 Jahren; wenngleich die Zollgesetzgebung die Lohnsteigerung illusorisch gemacht hat, ist doch die Kulturstufe, auf der der heutige Arbeiter steht, eine weit höhere als früher. Um so schroffer ist aber heute auch der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter; von einem persönlichen Verhältnis kann gar nicht mehr die Rede sein; dagegen steht die Lebenshaltung der Bourgeoisie in einem schreienden Kontrast zu der der Arbeiter, und dieser weiß, daß die Ansprüche auf Kulturleben, die er stellt, in der Gegenwart auf gewerkschaftlichem Wege nicht zu erreichen sind. Mit dem Steigen der Bedürfnisse, der verkürzten Arbeitszeit und größeren Lohnhöhe bricht sich die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß nur die Ablösung des Privateigentums an Produktionsmitteln durch genossenschaftliche Produktion zum wirtschaftlichen Ausgleich führen könne. Immerhin haben die Gewerkschaften schon viel erreicht, namentlich in bezug auf die Befürzung der Arbeitszeit, welche ja gerade für die Frauen besonders wichtig ist, und so muß weiter gearbeitet werden, um immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen den Gewerkschaften zuzuführen. Der Redner gab dann einen Ueberblick über die Zunahme der Frauen in den einzelnen Berufsorganisationen und zeigte ferner, daß nach den Berichten von 1906 Deutschland erst in der dritten Reihe marschiere, da Dänemark mit 35 1/2, Schweden mit 28 1/2 Proz. aller erwerbstätigen Frauen vorangehe.

Wohl sind die Schwierigkeiten der Organisation der Frauen unübersehbar, weil die Frauen noch immer glauben, in der Ehe eine Versorgung zu finden; immer mehr müßte aber die Erkenntnis um sich greifen, daß der niedrigere Lohn der Frau auch unbedingt ungünstig auf die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterklasse einwirkt und somit auch das spätere Los der Proletarierinnen selbst in der Ehe verschlechtert. So schloß der Redner seine hochinteressanten Ausführungen mit einem warmen Appell an die Frauen, auch fernerhin mit größtem Eifer am weiteren Ausbau der Organisation tätig zu sein.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 28. Februar, in Freyers Festhölle, Kopenstr. 29, 30. Jährliches Stiftungsfest. Näheres in der heutigen Annonce.

Bestrafte Wahlrechtskämpferinnen.

London, 25. Februar. Die 22 Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, welche im Laufe des gestrigen Verurteilung, ins Parlament einbringend, verhaftet worden waren, wurden zu ein bis zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Eine Katastrophe im Hamburger Hafen. Am Mittwochabend ereignete sich im Hamburger Hafen ein folgenschweres Unglück auf der Laufbrücke der „Kaiserin Auguste Viktoria“. Als beim Schichtwechsel 30 Arbeiter die Brücke passierten, rissen plötzlich die Befestigungseile der Brücke, wodurch sämtliche Personen ins Wasser fielen. Bei der Dunkelheit gelang es nur noch den Hilferufen und Schreien der Arbeiter neuzugeln von den Verunglückten an Land zu bringen. Drei Leute sind durch die im Wasser treibenden Eisschollen schwer verletzt, während vier andere mit leichteren Verletzungen davonkamen. Ueber die Zahl der Vermissten herrscht noch völlige Unklarheit, da die Leichen unter die Eisscholle getrieben worden sind und nicht gesehen werden können.

Es liegen hierzu folgende Meldungen vor: Hamburg, 25. Februar. Bis heute vormittag 10 Uhr war es noch nicht möglich festzustellen, wie viel Personen bei dem gestrigen Abend erfolgten Bruch der Laufplanke des Dampfers „Kaiserin Auguste Viktoria“ ums Leben gekommen sind, da von den 600 Mann der Besatzung des Dampfers viele an Land gegangen waren und andere an Bord den Besuch Angehöriger empfingen. Bisher sind zwei Leichen gefunden worden.

Hamburg, 25. Februar. Bis heute mittag wurden an der Unglücksstelle am Kaiser-Wilhelm-Kai noch zwei Leichen männlicher Personen, die beim Bruch der Laufplanke des Dampfers „Kaiserin Auguste Viktoria“ ins Wasser gestürzt sind, gefunden. Eine weitere Meldung aus Hamburg besagt: Die Reederei hat die Unglücksstelle sofort durch einen Taucher absuchen lassen; dabei sind bisher 5 Leichen gefunden, von denen 4 identifiziert sind, während die fünfte bisher noch nicht rekonstruiert werden konnte. Da die Leichen sämtlich noch an der Unfallstelle gefunden sind, so besteht die Hoffnung, daß die Zahl der Verunglückten sich auf die vorgefundnen fünf beschränkt. Die Untersuchung über die Ursache des Unfalls ist noch nicht abgeschlossen, jedoch läßt sich bereits jetzt feststellen, daß der zweite Offizier, welcher mit der Beaufsichtigung der Laufplanke beauftragt war, der auf dieselbe eindringenden Menge wiederholt warnend zugerufen hatte, daß

die Laufplanke noch nicht befestigt sei. Trotzdem drängte die Menge mit solcher Gewalt auf die Laufplanke ein, daß der Quartiermeister, der mit aller Kraft die Leute zurückzuhalten suchte, selbst in das Wasser fiel.

Seine Schwefel und sich selbst getötet.

Der Lehrer Dammasch in Groß-Gastrow hat, wie aus Guben gemeldet wird, seine Schwefel, die ihm die Wirtschaft führte, gestern früh durch Stiche mit einem Küchenmesser in Brust und Hals getötet und sich darauf mit demselben Messer den Hals durchgeschnitten. Beide wurden gestern mittag in der Wohnung tot aufgefunden. Dammasch ist seit acht Tagen krank und hochgradig nervös gewesen. Es wird angenommen, daß er die Tat in einem Anfall von Geistesstörung verübt hat.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist neben dem 22. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Ein Rückblick auf ein Jahr. — Der Fall Wenz und die russische Revolution. Von R. A. — Zur Reform der Strafprozessordnung. Von Hugo Heilmann. (Schluß.) — Gewerkschaftskämpfe. Von Karl Böttcher (Berlin). — Literarische Rundschau: Oekonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland. Von K. K. Heinrich Diez. Die Militärstrafrechtsfrage im Lichte der Kriminalstatistik für das deutsche Heer und die Kaiserliche Marine. Von E. Barth. Simon Sagaroff, Die Arbeiterfrage in der sibirischen Landwirtschaft. Von R. Rajanoff. — Zeitschriften.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 35 Pf. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ wird die 5. Nummer des 26. Jahrgangs in den nächsten Tagen erscheinen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Der Kurs der deutschen Politik“ und „Der starke Mann“, sowie die weiteren Illustrationen „Die Ankunft der Antifemisten“, „Lohn“, „Ketten“, „Charitas“, „Sozialpolitik“, „Konversations“, „Ein zweiter Gottlieb Beiter“, „Zum Ausgleich“, „Finanzpolitik“, „Vorteilhaftes Geschäft“, „Die wachsende Ungleichheit“, „Reinigungsdifferenzen“, „Die hundertjährigen Geburtstagsfeier im Himmel“, „Im Unternehmensverband“, „In die“, „Er kommt nicht zu kurz“, „Unverschämte“ und „Annäherung“. Der fertige Teil der Nummer bringt die Gedichte „Die Agrarparade“, „Ein schöner Traum“, „Die Herde des Rasthirs“, „Hoi“, „Zum 150-jährigen Jubiläum“, „Montenapoleonische Zeiten“, „Arbeitslos“, „Die armen Kinder“, „Der Kontrast“, „Der Gedächtnis von Darwins Geburtstagen“, „Ein edler Kämpfer“, „Der Berliner Hochbahnprojekt“, „Rur ordnungsmäßig“, „Der Adolph Stein“, „Diamanten in Afrika“ und auch zahlreiche kleineren Beiträgen noch die Humoreske „Aus Paulsens Erbinne“ und das Gemälde „Eine historische Reminiscenz aus der Sibirischen Demagogie“.

Der einfache Weg zur Lösung der Reichsfinanzfrage. Von H. W. 16 Seiten. Deutsche Verlagsanstalt Berlin, Delfiner Straße 17. Mitterwirth in Altglatzen und Weltgeschichte. Von R. Hesse. 1 Mark.

Thora. Roman von Gustaf af Geijerstam. Geb. 80 Pf., geb. 1 M. — Der heilige Staraband. Roman von Elise Jerusalem. (E. Heger, Verlag, Berlin.) Geb. 6 M., geb. 7,50 M.

Die Jerusalem. Der heilige Staraband. Roman. 686 Seiten Verlag E. Heger, Berlin. — Josef Wiener-Braunberg. Die Erziehung zur Beseitigung. Groß. 4 M., geb. 5,50 M. — Ernst Freyher v. Wolzogen. Die Gloriarde und andere Romane. Illustriert von E. Caspari. — G. L. Hoffmann. Das Räubchen von Seuder und der goldene Topf. Illustriert von Ernst Stern. Pro Band Leinen geb. 60 Pf., Leder geb. 2 M. — Buchverlag „Fürs Deutsche Haus“, Wilhelm Wagner, Berlin SW. 11. — Gustaf af Geijerstam. Thora. Roman. Geb. 80 Pf., geb. 1 M. E. Heger, Verlag, Berlin.

National Convention of the Socialist Party (Parteilag der sozialistischen Partei), Chicago, 10. bis 17. Mai 1908. Stenograph. Bericht. Verlag der Socialist Party, Chicago.

Hun-Baste. „Allerhand Betrachtungen“. 144 Seiten. Selbstverlag Schöneberg.

Jesus Christus. Gottes Antwort auf die Lebensfragen der Gegenwart von Prof. Dr. Barth. 60 Pf. C. Schäfer, Düsseldorf.

Unsere Kolonialwirtschaft in ihrer Bedeutung für Industrie und Arbeiterschaft. 68 Seiten. Kolonialwirtschaftliches Komitee Berlin. Preisliches Gewerkschaftsorgan. 80 Pf. L. Schwarz u. Co. Berlin, S. 14.

Neclams Universal-Bibliothek Nr. 5061. Joff und Schwerk. Aufsätze von R. Gutzlow. — Nr. 5062. Bauerngeschichten von F. Heider. — Nr. 5063. Erfahrungen in Maschinenwerken der Landwirtschaft. — Nr. 5064. Einmal nach hebräisch. Aufsätze v. A. Wilhelm. — Nr. 5065—5067. Handel und Wandel von F. B. Göttsche. — Nr. 5068. Märchen. Trauerspiel von A. C. Brachvogel. — Nr. 5069—5070. Wörter der Naturwissenschaft. 2 Bde. 1. Teil. Von E. Günther. Einzelband 20 Pf. — B. Neclams, Leipzig.

Meine Stellung zum Freidenkertum. Vortrag von Max R. Pfäfer. 30 Cts. Buchhandlung des Schweiz. Gräbnervereins, Zürich.

Das Leipziger Arbeitersekretariat und die Leipziger Gewerkschaften 1908. 116 Seiten. Gewerkschaftsverlag Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Ländchen Nr. 3, im ersten Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 200. Fahrstuhl, 200. Stockwerk, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Wochens 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Nachhaken und eine Zahl als Vermerk beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

G. 000. Für die Mitterwirth reicht die Zahl der gestellten Karten nicht an. Invalidenten würde Ihre Mutter erhalten, wenn sie im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes erwerbsunfähig ist. Erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes ist jemand, der nicht mehr imstande ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. — W. S. 52. Nach herrschender Anschauung, soweit das Gehalt noch vorhanden ist, und wenn sie selbst ohne Grund geständig hat, ja. — M. W. 890. 1. Rein. 2. Und nicht bekannt. — Anna 44. Die Dienstzeit muß sechs Wochen lang für Kur- und Verpflegungskosten des Dienstmädchens zahlen. Hört aber der Dienstvertrag früher ab, so hat die Herrschaft nur bis zum Ablauf des Vertrages zu zahlen. Halber ist leider der Vater. — G. D. 100. 1. Ja. 2. Der Dienstherr hat das Recht, von den Erben Zahlung der Miete zu verlangen. Die Erben sind aber berechtigt, einen länger dauernden Vertrag vorzulegen zu kündigen. Sie können nämlich bis zum dritten Tage des Quartals, das auf den Todestag folgt, zum Schluß des Quartals den länger dauernden Mietvertrag kündigen. Demnach wären die Erben berechtigt, wenn der Erbfalles im Januar, Februar oder März gestorben ist, bis am 3. April zum 30. Juni den länger währenden Vertrag zu kündigen. — G. D. 9. Ein Lauffeld oder Konfirmationschein wird in der Regel verlangt. — J. W. 55. beantragen Sie bei dem Oberlandesgericht in Breslau unter Überreichung des Ehefähigkeitsurteils, daselbst mit dem Notariat zu verhandeln zu wollen und beantragen Sie dann bei dem Landgericht in Breslau zu erscheinen, daß das Urteil rechtskräftig geworden ist. Sie können aber auch Ihren Anwalt bitten, das Urteil mit dem Rechtskrafturteil versehen zu lassen und Ihnen einmündig zu machen. — G. S. 102. Ja. — G. S. 25. Leider hätte eine Klage keine Aussicht mit Erfolg, weil dieselbe sofort nach Empfang des Spiegels hätte angestrengt werden müssen. — J. 29. Sie können den Interessenten gegenüber das Anerkenntnis wegen Irrtums ansetzen. Den Irrtum würden Sie zu beweisen haben. — G. W. 84 a. Wenn Sie die Nummer 4 Ihrer Invalidenkarte oder die betreffende Aufrechnungsbescheinigung verloren haben, so kann der Verlust derselben in der Regel bei der Rentenbehörde nicht herbeizuführen werden. Um diesen Nachteil zu vermeiden, ist es zweckmäßig, auf dem Polizeirevier eine Ersatzkarte zu beantragen. Den Verlust müssen Sie glaubhaft machen. — H. A. 100. 1. Rein. 2. und 3. Ja. — G. D. 30. Sie können, um dem für die Zukunft zu entscheiden, auf der Klage antreten. — G. S. 9. Ihre Frau würde mit Rücksicht auf Erbschaft bei der Verjährungsfrist dagegen reklamieren können, daß sie für mehr als die beiden letzten Monate Beiträge zahlt. — W. D. 12. Nachtrag zu dem schließlichen Erziehungsurteil. Suchen Sie das Kind zu vermissen und würden Sie dann in anderer Weise auf dasselbe ein.

